1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 10 vom 6. März 1981 15. Jahrgang 1 DM

IG-Bau-Führer — Wegbereiter für Reallohnsenkung

4 Prozent bedeuten Lohnraub!

Metallarbeiter fordern: Urabstimmung jetzt!

FRANKFURT. — Die Führung der IG Bau-Steine-Erden ist der gesamten Bewegung gegen den Abbau der Reallöhne in den Rücken gefallen. Während die Metallarbeiter mit ihren Warnstreiks und Demonstrationen den Kampf für die Sicherung ihrer Reallöhne gerade eröffnet haben, können die Kapitalisten der Bauindustrie einen Tarifabschluß von 4 Prozent bejubeln, der sogar noch hinter der offiziellen Teuerungsrate weit zurückbleibt.

Dank der als besonders reaktionär berüchtigten IG-Bau-Führung ist den Unternehmerverbänden mit diesem Schandabschluß ein erster wichtiger Schlag bei der Durchsetzung ihrer sogenannten „neuen Lohnpolitik" gelungen. Dieser Etappensieg in ihrem Lohnraubfeldzug ist ihnen dazu noch kampflos in den Schoß gefallen. Rudolf Sperner und Konsorten machten auch nicht den minimalsten Ansatz zur Organisierung gewerkschaftlicher Gegenwehr.

Ein solcher Schandabschluß in dieser Phase der Lohnrunde '81 ist praktisch ein Dolchstoß in den Rücken der IG Metall, die sich bekanntlich momentan mitten in einer zugespitzten Konfrontation mit dem Unternehmerverband Gesamtmetall befindet. Ein niederträchtigeres Aufspalten der gewerkschaftlichen Kampffront ist kaum noch denkbar!

Zwei Tage vor dem Schandabschluß der IG Bau, am Mittwoch letzter Woche, war es in Hessen zu einer machtvollen Demonstration der Kampfbereitschaft der Metaller gekommen. Anläßlich der vierten Verhandlungsrunde im Metall-Tarifkonflikt legten ca. 20000 Kollegen in rund 30 hessischen Metallbetrieben die Arbeit nieder. Die Warnstreiks dauerten zum Teil mehrere Stunden. Bei Thyssen-Henschen in Kassel streikten rund 4000 Beschäftigte den ganzen Nachmittag über.

Am Verhandlungsort in Wiesbaden demonstrierten gleichzeitig 2000 Kollegen, die mit Bussen aus allen Teilen Hessens gekommen waren. **„Macht den Unternehmern Dampf — 8 Prozent durch Arbeitskampf!"** lautete eine ihrer Parolen. Am Freitag dann in Ludwigsburg, wo die dritte Verhandlungsrunde für den Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden stattfand, kam es ebenfalls zu einer Demonstration von Metallarbeitern. Ca. 700 Kollegen nahmen daran teil. Die Verhandlungen wurden für eine Stunde unterbrochen, weil demonstrierende Arbeiter in den Verhandlungsraum eingedrungen waren.

In Wiesbaden und Ludwigsburg „erhöhten" die Unternehmer ihr Hohnangebot auf 3 Prozent. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Ein neuer Verhandlungstermin steht jetzt in keinem einzigen Tarifbezirk mehr an.

Da am vergangenen Samstag auch die Friedenspflicht abgelaufen ist, wäre die einzig konsequente Vorgehensweise jetzt die sofortige Durchführung der Urabstimmung. Dies wird auch in den Betrieben immer massiver gefordert. Die IGM-Bonzen jedoch wollen es unter dem Schlagwort „neue Beweglichkeit" bei einer Ausweitung der Warnstreiks belassen und gleichzeitig weiter verhandeln (mehr dazu auf Seite 4).



„Weg mit dem SEPL!" 20000 Schüler demonstrierten in Hamburg gegen die vorgesehenen Schulschließungen, die im neuen „Schulentwicklungsplan" (SEPL) vorgesehen sind, und für eine bessere Schulpolitik.

Gegen den „Schulentwicklungsplan"

20000 Schüler demonstrierten in Hamburg

57 Hamburger Schulen sollen geschlossen werden

HAMBURG. — Rotstiftpolitik auch in Hamburg: Bis 1990 sollen 57 Schulen geschlossen werden. Das sieht der Entwurf eines „Schulentwicklungsplans" (SEPL) vor. Das aber nehmen die Schüler nicht hin: Zigtausende haben ihren Protest geäußert, 20000 von ihnen traten am 26.2. in den Streik und demonstrierten durch die Straßen der Stadt.

In Hamburg sinken die Schülerzahlen. Statt das auszunutzen, um die miserable Schulsituation zu verbessern, indem man die Klassen verkleinert, die Belastung für die Lehrer abbaut usw., nehmen es die Verantwortlichen der Schulbehörde zum Anlaß, weitere Streichungen durchzuführen.

Den massiven Protest der Schüler hatten Schulsenator Joist Grolle und seine Mitarbeiter allerdings nicht eingerechnet!

Als die Pläne bekanntwurden, wandte sich die Rote Garde an die Hamburger Schülerkammer und regte schlagkräftige Aktionen an. Es wurde ein Schulstreik beschlossen. Von diesem Plan ließen sich die Schüler durch keinerlei Drohungen der Behörden, die die Aktion als „rechtswidrig" bezeichneten, abbringen. Die gewaltige Zahl der Demonstranten führte Grolle und Co. deutlich vor Augen, daß sie nicht durchkommen werden. Grolle zeigte sich denn auch in einer Rundfunksendung „beeindruckt".

In einem Flugblatt verbreitete die Rote Garde ihre Forderungen:

• Keine Klasse über 25 Schüler • Keine Schließung von Schulen • Ausreichende Renovierung sowie ausreichende Fachräume und Sportstätten • Kein Pendelverkehr zwischen Schulstätten für Lehrer und Schüler • Ausbau echter Gesamtschulen • Kein Stundenausfall, mehr Förder- und Teilungsstunden • Konsequente Förderung der ausländischen Schüler • Einstellung aller Lehrer.

Demonstration

gegen die türkische Militärjunta und die Bonner „Türkei-Hilfe"

Am Samstag, 14. März 1981 um 11.30 Uhr, Frankfurt, Paulsplatz

Die KPD beteiligt sich an der Aktion der „Alternativen Türkei-Hilfe"

Im Mittelpunkt der Demonstration stehen die Forderungen:

- Stopp der Türkei-Hilfe — Unterstützung für das türkische Volk
- Gegen Folterungen und Hinrichtungen
- Für demokratische Rechte und Gewerkschaftsfreiheit
- Gegen Ausbürgerung und Bedrohung der Demokraten in der BRD
- Gegen die Ausländerfeindlichkeit.

Wir rufen auf zur Beteiligung an der Demonstration.

Es lebe der Freiheitskampf der Völker der Türkei!

Nach dem Putsch in Spanien

Millionen demonstrieren gegen den Faschismus

MADRID. — Ganz Spanien stand am Wochenende im Zeichen von machtvollen Demonstrationen gegen den Faschismus, an denen sich Millionen Werktätige in allen Regionen des Landes beteiligten.

Allein in der Hauptstadt Madrid zogen 1,5 Millionen Menschen in einem machtvollen Demonstrationszug zum Parlamentsgebäude, wo eine Woche zuvor 200 Angehörige der Guardia Civil unter dem Kommando des faschistischen Obersten Tejero das Signal zum Putsch gegeben hatten. Mit den großen Massendemonstrationen brachte das spanische Volk in beeindruckender Weise seine Kampfansage an die Putschisten und seinen Haß gegen den Faschismus zum Ausdruck.

Wenn von dem Putschversuch als einer isolierten Aktion gesprochen wurde, dann ist daran richtig, daß es eine vom Volk isolierte Aktion ohne jegliche Unterstützung der Massen war. Innerhalb des Staatsapparates jedoch waren Tejero und seine Leute keineswegs isoliert. Täglich werden neue Verbindungen der Putschisten zu hohen Offizieren der Armee und der Polizei aufgedeckt. Nach einem Bericht der Madrider Zeitung „El Pais" soll sogar der kürzlich zurückgetretene Regierungschef Suarez schon im Januar von dem bevorstehenden Putsch gewußt haben. Trotzdem hat er nichts dagegen unternommen. Und sein letzte Woche gewählter Nachfolger Sotelo erklärte unmittelbar nach seinem Amtsantritt, des werde keine Säuberung der Armee und der Polizei von faschistischen Elementen geben. (Siehe auch Artikel auf Seite 11).

Massendemonstrationen am AKW-Bauplatz

100 000 kamen nach Brokdorf

BROKDORF. — Die Wilster Marsch an der Unterelbe erlebte am vergangenen Samstag eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. 100000 Menschen aus allen Teilen unseres Landes — unterstützt von Delegationen aus Nachbarländern — brachten eindrucksvoll ihren Protest gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf zum Ausdruck.

Schon im Vorfeld der Massendemonstration hatte es in der Wilster Marsch einen bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch von etwa 11000 Polizisten und Grenzschützer gegeben. Der Landrat des Kreises Steinburg hatte zudem die gesamte Wilster Marsch durch ein dreitägiges Demonstrationsverbot faktisch unter Ausnahmerecht gestellt. Das Verbot wurde noch am Samstag vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Trotzdem ließen sich die 100000 nicht ihr Recht auf die Demonstration nehmen.

Die Staatsorgane versuchten mit vielfältigen Schikanen wie Straßenblockaden und Durchsuchungen, die Fahrzeugkonvois auf ihrem Weg nach Brokdorf aufzuhalten. So konnte sich am späten Samstag vormittag in Wilster nur ein Zug von etwa 20000 Demonstranten bilden, der das Demonstrationsverbot durchbrach und auf den Bauplatz des AKWs zumarschierte. Im Laufe des Tages schwoll dann dieser Zug von Stunde zu Stunde an. Und schließlich war es eine unübersehbare Menge, die unmittelbar am festungsmäßig ausgebauten Bauplatz demonstrierte. (Siehe auch Bericht auf Seite 9).



Teil der Abschlußkundgebung

Kommentar der Woche

Kaum waren die letzten Demonstranten aus der Wilster Marsch abgezogen, da hatten die Politiker der Bonner Parteien und die Kommentatoren der bürgerlichen Medien schon den Sieger nach Punkten bei der „Schlacht um Brokdorf" ermittelt. Es ist — man höre und staune — die Polizei.

Nur ihr besonnenes Verhalten, ihre flexible Taktik, ihre vornehme Zurückhaltung und dergleichen mehr — so wird jetzt getönt — hätte „Schlimmeres" verhindert. Nun, was Besonnenheit und Zurückhaltung angeht: Die mit Straßenkontrollen schikanierten, von BGS-Hubschraubern über die Marschwiesen gejagten oder von bayrischen Polizeikommandos zusammengeknüppelten Demonstranten könnten da ganz andere Dinge erzählen. Aber lassen wir das einmal beiseite.

Die verbotene Brokdorf-Demonstration

Was ist denn nun das „Schlimmere", das diese Polizei verhindert hat? In den Wochen vor der Demonstration wurde ja so einiges angekündigt. Nicht etwa von den AKW-Gegnern, sondern von den gleichen Leuten, die jetzt die Polizei mit Blumen überschütten. Da war von brennenden Gehöften in der Marsch die Rede gewesen, von Zerstörungsorgien in den Städten Norddeutschlands und schließlich sogar von Toten. Nun ist aber — sehr zum Leidwesen der Propheten — kein einziger Marschbauer erschlagen und kein Hof angesteckt worden. Ja, nicht einmal irgendein Schaufenster in Wilster ist zu Bruch gegangen.

Und das alles hat unsere wackere Polizei verhindert? Oder sollte es etwa daran liegen, daß die 100 000 in Brokdorf gegen das Atomprogramm demonstrieren, nicht aber die Wilster Marsch plattmachen wollten?

Es ist nicht schwer zu durchschauen, daß dieses lautstarke Lob für die Polizei noch nachträglich das verfassungswidrige dreitägige Demonstrationsverbot für die Wilster Marsch rechtfertigen soll. Halten wir fest: Durch dieses Verbot ist willkürlich ein Grundrecht außer Kraft gesetzt worden. Ein Vorgang von größter Bedeutung für die ganze demokratische Bewegung dieses Landes. Denn mit der vom Steinburger Landrat vorgebrachten Begründung — den „zu erwartenden Gewalttätigkeiten" — kann in jeder Stadt beliebig der Ausnahmezustand verhängt, jede öffentliche Protestaktion der Werktätigen verboten werden. Und wie wir im Falle Brokdorf gesehen haben, fällt es den Behörden ja nicht schwer, „Erkenntnisse" über bevorstehende Gewalttaten zu fabrizieren. Und für den Notfall hat man ja auch noch seine Provokateure, die — wie in Bremen geschehen — der Gewalttätigkeit etwas nachhelfen können.

Gegenwärtig berät das Bundesverfassungsgericht über das Brokdorfer Demonstrationsverbot. Den Vorsitz bei diesen Beratungen führt übrigens jener Exinnenminister Benda, der sich schon um die Ausarbeitung der Notstandsgesetze verdient gemacht hat. Und die CDU ist schon darangegangen, dem BVG bei seiner Entscheidung auf die Sprünge zu helfen, indem sie schriller als je zuvor ihr Geschrei nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts wieder angestimmt hat.

Für uns gilt es jetzt, wachsam zu sein und jeden Anschlag auf das Grundrecht der Demonstration zurückzuschlagen.

Dabei darf natürlich eines nicht übersehen werden: Schon die Brokdorf-Demonstration selbst war eine in der Geschichte der Bundesrepublik bislang einmalige Kampfaktion gegen den Abbau der demokratischen Rechte. Hier haben sich 100 000 einmütig und geschlossen über ein bestehendes Demonstrationsverbot hinweggesetzt und sich ganz selbstverständlich ihr Recht auf die Straße genommen.

In dieser Tatsache liegen der eigentliche Sieg der Brokdorf-Demonstration und die Niederlage der Herrschenden. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in all dem nachträglichen Gezeter über die „Schlacht von Brokdorf" gerade der illegale Charakter der Massendemonstration weitgehend unter den Tisch fällt. In der Wilster Marsch sind einige Propagandalügen oder fromme Wünsche der Herrschenden zu Bruch gegangen: das Gerede von der Tendenzwende, von der Rechtsentwicklung bei den werktätigen Massen und der Jugend.

Daß selbst ein mit den Weihen der „unabhängigen Justiz" ausgestattetes Verbot eine Massenaktion nicht aufhalten kann, ist für die Bourgeoisie und ihre Politiker natürlich eine schmerzliche Erfahrung. Für uns dagegen ist es ein Anlaß, den kommenden Kämpfen der achtziger Jahre mit noch mehr Zuversicht entgegenzusehen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Dynamische Preispolitik" bei der Bahn, Gebührenerhöhungen im Nahverkehr

Fahrpreiserhöhungen — Bestandteil der staatlichen Raubzugspolitik

Die Deutsche Bundesbahn werde in Zukunft eine „dynamische Preispolitik" betreiben, so verkündete ihr Vorstandschef Wolfgang Vaerst am 23. Februar. Gemeint ist eine Erhöhung der Fahrpreise in kürzeren Abständen, als sie bisher vorgenommen wurden. Das heißt konkret: mehrmals im Laufe eines einzigen Jahres will die DB die Preise steigen lassen, mit der nächsten Erhöhung ist bereits im April zu rechnen.

Ohne alle Skrupel verkündete Vaerst, man werde in Zukunft die „Preiselastizität voll ausreizen" und „jede vom Markt her mögliche Preiserhöhung mitnehmen".

Das ist ein neuerlicher schwerwiegender Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen, die davon wie immer am härtesten betroffen sind.

Und dieses Vorpreschen des DB-Vorstands stellt einmal mehr die Bonner Politiker als skrupellose Lügner hin!

Denn veranlaßt wurde Vaerst zu seinen Äußerungen durch die Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1. April 1981, die unter anderem eine Verteuerung des Benzins um acht Pfennig je Liter mit sich bringen wird. Womit aber war uns diese Erhöhung begründet worden? — Der hohe Preis für Benzin sei offensichtlich das einzige Mittel, den Bundesbürger zu sparsamem Umgang mit den ach so knappen Energiereserven zu bewegen, verlautete immer wieder aus Bonn — mit Argumenten sei der dummen Bevölkerung unseres Landes eben nicht beizukommen. Auf diese Weise wurde der unverschämten Geldräuberei noch eine Art sozialer und erzieherischer Anstrich gegeben.

Eine akzeptable Möglichkeit, auf die Fahrt im eigenen Auto zu täglichen Arbeit oder in den Urlaub zu verzichten, gibt es nicht. Denn die Benzinpreiserhöhungen durch den Staat werden nicht nur nicht begleitet durch attraktive Angebote im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sondern dienen jetzt sogar als Vorwand zu Preiserhöhungen auch auf diesen Gebieten!

Denn nicht „nur" die DB, auch die meist städtischen Nahverkehrsbetriebe erhöhten just in den letzten Tagen und Wochen in vielen Städten ihre Fahrpreise und werden das andernorts noch tun.

Aber noch einmal zurück zur Bundesbahn. Um die bevorstehenden Preiserhöhungen zu verharmlosen, wurde und wird viel von der angeblichen Qualitätssteigerung bei der Personenbeförderung gesprochen. Man verweist dabei immer auf die Ausweitung des Intercity-Verkehrs. Auf den Gebieten aber, die für viele Werktätige tagtäglich wichtig sind, die von



Fahrpreisdemonstration in Dortmund

Außenbezirken oder kleineren Orten in die Großstädte zur Arbeit fahren müssen, wurde nichts verbessert. Ganz im Gegenteil — eine Strecke nach der anderen wird stillgelegt, weil sie „nicht rentabel" sei. Soll keiner denken, die Bahn sei ein an den Bedürfnissen der Menschen in unserem Land orientiertes Dienstleistungsunternehmen! Hier tut der Staat nichts. Die vorgesehenen Investitionen für 1981 sind um 700 Millionen Mark gekürzt worden und liegen um 500 Millionen unter den 1980 getätigten Investitionen. Verantwortlich: „die gespannte Haushaltslage des Bundes" — mit anderen Worten: Die Aufrüstungsanstrengungen des westdeutschen Imperialismus müssen mit einer sozialen Schlechterstellung der Bevölkerung auf wirklich allen Gebieten bezahlt werden.

Und statt der angeblich beabsichtigten „Energieersparnis" tritt das wirkliche Ziel des Staates klar hervor: Er will uns **doppelt** schröpfen.

Immer teurer wird auch der öffentliche Nahverkehr. Im industriellen Ballungsgebiet Westdeutschlands, dem Ruhrgebiet, trat am 1. März eine bis zu 12prozentige Fahrpreiserhöhung des „Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr" in Kraft. Eine Verbesserung des Angebots, eine sinnvolle Erweiterung des Streckennetzes ist nicht geplant. Von wegen alternative Beförderungsmöglichkeiten. Wer kann so ohne weiteres 2,30 Mark für eine einfache Fahrt bezahlen? Es gibt also auch innerhalb der Städte keine reale Möglichkeit, auf das eigene Auto zu verzichten. Schuld daran ist die asoziale Politik des Staates.

All diese Kostenerhöhungen trafen die Werktätigen heute ganz besonders hart, da ihnen gleichzeitig in den laufenden und kommenden Tarifrunden empfindliche Lohnraubabschlüsse zugemutet werden.

Dem Angriff auf unseren Geldbeutel müssen wir auf allen Gebieten entschieden entgegentreten.

Die Fahrpreiserhöhungen stoßen auch überall auf Empörung und Widerstand. In Bonn etwa wurden 11 000 Unterschriften dagegen gesammelt, in Bonn, Köln, Wuppertal, Essen und Dortmund gingen insgesamt viele Tausend Bürger auf die Straße. Sie konnten die Erhöhung diesmal nicht verhindern.

Das letzte Wort ist allerdings noch lange nicht gesprochen. Die Erbitterung über die Angriffe auf ihre Lebenslage wächst bei den Werktätigen. Dagegen, daß sie sich in mächtigen Aktionen äußert, arbeiten zur Zeit der Staat, die Kapitalisten und die Bonzen in den Gewerkschaften Hand in Hand. Unserer Partei erwachsen aus dieser Situation verantwortungsvolle Aufgaben. Tun wir alles, um den Kampf gegen die vom Staat betriebene Ausplünderung der Werktätigen zu organisieren!

Erschießung von Atomwaffengegnern angedroht

BRÜSSEL. — Auf Demonstrationen gegen US-Atomwaffen auf demGebiet der Bundesrepublik soll, wenn sie sich den Stationierungsorten nähern, gezielt geschossen werden. Das meldete die „Welt" am 23. Februar.

„Kernwaffen müßten im Notfall mit der Schußwaffe verteidigt werden, und zwar letztlich ohne Rücksicht auf Menschenleben. Mit dieser klaren Aussage reagierte das NATO-Hauptquartier auf den Atomwaffenbericht des ‚Stern' und die danach von Bürgerinitiativen angekündigten Demonstrationen gegen in der Bundesrepublik stationierte amerikanische Kernwaffenlager.", schreibt die „Welt". Dabei sind für die „Verteidigung" des „inneren Bereichs" eines solchen Lagers ausschließlich ausgewählte amerikanische Soldaten und Offiziere zuständig. Die Bundeswehr soll den „äußeren Sicherheitsbereich" schützen.

Es „würde gezielt geschossen werden, aber nicht nach Polizeivorschriften, um einen Rechtsbrecher außer Gefecht zu setzen. Man würde schießen, um zu töten, damit die Atomwaffen geschützt werden. Fragen würden hinterher beantwortet". So zitiert die Zeitung einen hohen NATO-Offizier, dessen Namen sie nicht nennt. Die poltischen Konsequenzen eines solchen Vorgehens seien bekannt, man werde vor ihnen aber nicht zurückschrecken, soll der Offizier weiter gesagt haben.

Die NATO-Verantwortlichen sind zu allem bereit. Und natürlich soll eine solche Meldung mit ihrer grenzenlosen Brutalität auch abschreckend wirken, will man den Atomwaffengegnern sagen: „Zu spät! Hier sind wir, und hier bleiben wir!" Aber sie werden ihr Ziel nicht erreichen. Die größte Bedrohung für unser aller Leben sind die Kriegspläne der NATO. Der Kampf dagegen läßt sich nicht ersticken.

Dieser Kampf besteht ja auch nicht darin, bei der ersten Demonstration die Lager zu stürmen. Es gilt, eine große politische Massenbewegung zu entfachen, die Bedingungen schafft, die es den Regierenden unmöglich macht, die NATO-Kriegspläne in der BRD zu verwirklichen, die zur Ausweisung der US-Truppen aus Westdeutschland führen. Welche Bedingungen im Verlauf dieses Kampfes auftreten, kann man heute nicht im einzelnen vorhersagen.

Eines sollten wir dabei auf keinen Fall vergessen: auch in der Bundeswehr sind viele, die keine Lust haben, sich für die NATO verheizen zu lassen. Die in Meinungsumfragen zutage getretene Kriegsunlust gilt es zu fördern, **die Angst vor dem Krieg, die viele Soldaten haben — mehr als in früheren Jahren —** gilt es umzuwandeln in den Willen zum Widerstand.

Im Ausland gibt es positive Stellungnahmen zu dem „Stern"-Artikel. Und in Dänemark hat er Nachahmer gefunden: In der von NATO-Gegnern herausgegebenen Zeitung „Verteidigung" wird unter Angabe der Standorte das gesamte Überwachungssystem der dänischen Streitkräfte dargestellt. Da Dänemark NATO-Mitglied ist, haben diese Anlagen keineswegs nur defensiven Charakter, betonen die Verfasser des Artikels. In Dänemark gibt es ein Gesetz, das das Sammeln selbst öffentlich zugänglicher Informationen über die „Landesverteidigung" — solcher Quellen hatten sich die Autoren bedient — verbietet. Gegen die Verfasser wurde deshalb ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Für uns ist es eine große Ermutigung, daß sich in allen NATO-Ländern der Widerstand gegen die Kriegspläne regt. **Mehr noch als bisher bei uns hat** er auch schon seinen Ausdruck in kämpferischen Demonstrationen gefunden. Verstehen wir das als Ansporn zur Verstärkung unserer Aktivitäten!



Klöckner-Hütte Bremen: Persönlichkeitswahl

So geht es auch!

BREMEN. — Auf der Klöcknerhütte in Bremen faßte die IGM-Vertrauensleute-Vollversammlung am 26. November vergangenen Jahres den Beschluß, mit allen Kräften eine Persönlichkeitswahl anzustreben.

Der Vertrauensleutekörper beschloß ferner, daß eine nach dem ABC geordnete betriebliche Einheitsliste aufgestellt wird, in die sich alle Kandidaten — ohne Rücksicht auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit — eintragen können.

Dieser Beschluß entsprach auch dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Belegschaft. Auch die RGO-Betriebsgruppe auf der Klöcknerhütte hatte sich aktiv für Persönlichkeitswahl eingesetzt.

Es gab natürlich auch bei Klöckner einzelne Kräfte, die lieber ihr karrieristisches Süppchen kochen wollten und deshalb auf Listenwahl aus waren. Die Wachsamkeit der Kollegen bei Klöckner machte ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Wie das konkret aussah, geht aus einem Informationsblatt des Betriebsrats der Klöcknerhütte hervor, aus dem hier zitiert sei:

„Bei Arbeitern und Angestellten ist die Persönlichkeitswahl durchgesetzt worden.

Zwar standen am Montag, dem 9.2.1981, selbsternannte Listenführer vor dem Wahlbüro mit der Liste in der Hand. Aber die im Betrieb herrschende Stimmung für Persönlichkeitswahl und die Anwesenheit von über 100 Kollegen, die hätten bezeugen können, wer die Listenwahl provoziert hätte, haben verhindert, daß eine Liste geworfen wurde."

Na also, so geht's doch auch!

Siemens/Witten: KPD unterstützt „Belegschaftsliste"

Sechs Frauen und ein Mann gegen Altbonzen Rein und Co.

Aussichten auf größte Stimmenzahl / Rein kämpft um seinen Posten

WITTEN. — Siemens in Witten (östliches Ruhrgebiet) beschäftigt hauptsächlich Frauen, die aufreibende Akkordarbeit leisten müssen. Bei der diesjährigen Betriebsratswahl treten sieben Kandidaten, von denen sechs Akkordarbeiterinnen sind, auf einer klassenkämpferischen Liste an. Listenführerin ist Annette Schnoor von der RGO, die seit sechs Jahren Betriebsrätin bei Siemens/Witten ist.

Die Belegschaftsliste will die Vorherrschaft des brüchtigten Altbonzen Rein brechen, der seit langem Betriebsratsvorsitzender bei Siemens/Witten ist. Rein ist ein reaktionärer Handlanger der Siemens-Bosse, der auch in der IG Metall sehr „umstritten" ist. Bei der letzten Betriebsratswahl wurde Rein auf der IGM-Liste nicht mehr aufgestellt. Er kandidierte dann auf einer eigenen Liste und wurde promt wieder — mit Hilfe einiger Betriebsräte der IGM-Liste und gegen die Widerstand der RGO-Betriebsräte — Betriebsratsvorsitzender.

Derselbe Rein wurde jetzt vom Vertrauenskörper der IGM (wohl auf Betreiben der Ortsverwaltung) nicht nur wieder auf die IGM-Liste genommen, sondern auch noch auf Platz 1 gesetzt!

Dies hat einen fortschrittlichen Vertrauensmann und Kandidaten der IGM-Liste derart empört, daß er nach der Versammlung, die diesen Beschluß faßte, von der IGM-Liste zurücktrat und jetzt auf der oppositionellen „Belegschaftsliste" kandidiert.

Die Betriebszelle der KPD bei Siemens/Witten hatte sich für Persönlichkeitswahl eingesetzt. Die RGO-Betriebsrätinnen traten ebenfalls für Persönlichkeitswahl ein. In einem offenen Brief an den IGM-Vertrauensleutekörper erklärten sie ihre Bereitschaft, eine Persönlichkeitswahl zu ermöglichen. Und im Dezember letzten Jahres forderten 400 Belegschaftsmitglieder durch ihre Unterschrift Persönlichkeitswahl.

Wer jedoch kein Interesse an Persönlichkeitswahl hatte, das war vor allem der Bonze Rein, denn bei Persönlichkeitswahl mußte er befürchten, daß seine Stimmenzahl so niedrig ausfallen würde, daß sein Anspruch auf den Betriebsratsvorsitzenden auf keinen Fall mehr legitimierbar gewesen wäre.

Es kam nicht zur Persönlichkeitswahl. Schon bevor die Vertrauensleute zu dieser Frage zusammentraten, sammelten gewisse selbsternannte Listenführer Unterschriften, wobei zum Teil mit betrügerischen Methoden vorgegangen wurde. Viele Kollegen vermuten dahinter eine Intrige interessierter Kreise. Die Betriebszeitung unserer Partei, „Roter Lautsprecher" schreibt:



Annette Schnoor

„Persönlichkeitswahl **ist** möglich (ist z.B. bei Klöckner/Bremen und Mannesmann/Duisburg durchgekommen und in vielen anderen Betrieben findet sie statt). Sie wäre auch bei Siemens möglich, **wenn nicht** manche Leutchen eine panische Angst um ihre Pöstchen hätten. Die rechnen sich bei Listenwahl mehr Chancen aus. Wenn man (wie Rein) weiß, daß die eigene Liste nicht genügend Stimmen kriegt, dann ruft man einfach befreundete Listen ins Leben, die ganz nett und unabhängig aussehen. Die sichern einem dann wieder die Wahl zum Vorsitzenden."

So gibt es jetzt insgesamt fünf Listen, die in der Arbeitergruppe gegeneinander kandidieren. Wären es nicht so viele, so könnte sich die „Belegschaftsliste" eine reelle Chance ausrechnen, alle sieben Kandidaten durchzubringen und rein als Betriebsratsvorsitzenden stürzen zu können. Dazu wären allerdings ca. 45 Prozent der Stimmen nötig, was bei fünf konkurrierenden Listen enorm viel ist. Bei der letzten Betriebsratswahl hatte eine Liste der RGO kandidiert und 30,9 Prozent der Stimmen bekommen. Damals hatten vier Listen zur Wahl gestanden.

Ob es also gelingt, Rein zu stürzen, ist fraglich. Aber viele Kolleginnen sind davon überzeugt, daß die „Belegschaftsliste" auf jeden Fall die meisten Stimmen bekommen, das heißt, daß sie auch die IGM-Liste überflügeln wird. Bereits einen Tag nach Aufstellung der Liste hatten die Kollegen 176 Stützunterschriften gesammelt. Die besseren, die kämpferischen IG Metaller(innen) kandidieren eben auf der „Belegschaftsliste": an der Seite von Annette Schnoor und einer weiteren RGO-Betriebsrätin, einer Kollegin aus der Türkei.

Neben der türkischen Kollegin kandidiert unter den sechs Akkordarbeiterinnen auf der „Belegschaftsliste" die einzige Liste, auf der die Frauen angemessen repräsentiert sind und die verhältnismäßig stark die ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Was das Forderungsprogramm der „Belegschaftsliste" betrifft, so wird in Bezug auf die Betriebsratsarbeit umfassende Information der Belegschaft verlangt. „Geheimräte" werden abgelehnt. Auch für die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse im Betriebsrat tritt die Belegschaftsliste ein, damit eine Kontrolle der Betriebsräte durch die Belegschaft möglich wird.

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Bekämpfung unmenschlicher und ungerechter Zustände fordert die „Belegschaftsliste" unter anderem die Verbesserung der Umweltbedingungen am Arbeitsplatz, den Kampf gegen Akkorderhöhungen und die Abschaffung der Leichtlohngruppen.

Stahlwerk Peine

Jetzt erst recht: Oppositionelle Liste

Spalterisches Vorgehen der IGM-Ortsverwaltung

PEINE. — Der Betriebsschlosser Jürgen Eggers sollte eigentlich auf der IGM-Liste kandidieren. Dann aber griff der 1. Bevollmächtigte der IG Metall ein. Denn Jürgen Eggers ist nicht nur ein schon seit seiner Lehrzeit aktiver Gewerkschafter der IGM sondern auch Mitglied der (laut Ortsverwaltung „gewerkschaftsfeindlichen") VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg...

Angefangen hat die ganze Sache damit, daß eine Reihe von Kolegen der Meinung waren, ihr Arbeitskollege Jürgen Eggers, 23 Jahre, Betriebselektriker bei den Stahlwerken Peine, müßte auf der Liste der IG Metall zu den Betriebsratswahlen kandidieren. Dieser Vorschlag wurde auch von vielen Vertrauensleuten unterstützt.

Auf der entscheidenden Versammlung des Vertrauensleutekörpers trat dann aber der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Peine gegen Jürgen auf. Jürgen Eggers sei Mitglied der VOLKSFRONT, diese aber sei „gewerkschaftsfeindlich". Es käme deshalb nicht in Frage, daß Jürgen Eggers auf der IGM-Liste kandidiere.

Das Vorgehen des IGM-Bevollmächtigten spaltete den Vertrauensleutekörper. So fehlten Jürgen dann am Ende zwei oder drei Stimmen, und er kam nicht mit auf die Liste.

Aber der Betriebselektriker wollte sich so schnell nicht geschlagen geben. Er verteilte im Betrieb eine persönliche Erklärung in Form eines Flugblattes. Darin machte er seinen Standpunkt noch einmal deutlich: daß er für einen gemeinsamen Kampf aller ehrlichen Gewerkschafter für die Interessen der Arbeiter eintritt und daß aktive und kämpferische Kollegen in den Betriebsrat kommen müssen. Was die VOLKSFRONT betrifft, schrieb er:

„Die Volksfront ist eine antifaschistische Organisation, die konsequent die alten und neuen Nazis bekämpft, die dem Abbau demokratischer Rechte entgegentritt und sich unter anderem für das gesetzliche Verbot der Aussperrung und die 35-Stunden-Woche einsetzt. Mitglied der Volksfront sollte jeder sein, der für ein breites antifaschistisches Bündnis gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ist."

Die persönliche Erklärung stieß im Betrieb auf breite Zustimmung. Nun entschloß sich Jürgen, auf einer oppositionellen Liste zu kandidieren. Er begründete diesen Schritt vor den Kollegen in einem Flugblatt mit der Überschrift: **„Jetzt erst recht: Oppositionelle Liste".**

Innerhalb von dreieinhalb Tagen mußte Jürgen nun die erforderlicen 100 Unterschriften sammeln. Zum großen Ärger der Bonzen gelang ihm dies auch. Eine viertel Stunde vor Torschluß gab er 107 Unterschriften ab, von denen sich dann nur vier als ungültig erwiesien.

Einige Tage später erschien dann ein Hetzflugblatt der IGM-Ortsverwaltung. Inhalt: Jürgens oppositionelle Liste sei eine Liste der VOLKSFRONT und dies sei gleichbedeutend mit KPD/ML. Jürgen sei ein Karrierist, der eine demokratisch zustandegekommene





Jetzt erst recht !

OPPOSITIONELLE LISTE

Jürgen Eggers

Wahlniederlage nicht hinnehmen wolle. Er sei ein Spalter.

Dieses Flugblatt hat einige Kollegen verunsichert, aber die Mehrheit lehnte solche Methoden der Hetze ab. In einem weiteren Flugblatt: **„Wer sind die Spalter?"** antwortete Jürgen darauf. Er schreibt unter anderem: „Irgendwie scheint mir, haben die Kollegen der Ortsverwaltung die Fronten verloren oder vielleicht sogar gewechselt. Anstatt gegen mich zu hetzen, sollten sie lieber mit mir gemeinsam z.B. gegen den Abbau unserer Arbeitsplätze kämpfen, oder für eine echte Lohnerhöhung, die der Teuerungsrate standhält. Es gibt so viel zu tun!"

Telefunken/Schwedenstraße in Westberlin

RGO-Liste „Lichtblick" steht!

Schwere Behinderungen durch Bosse und IGM-Bonzen

WESTBERLIN. — Trotz schwerer Wahlbehinderungen und eines schmutziges Überrumpelungsmanövers scheiterte der Plan der Bosse und Bonzen, die Kandidatur einer RGO-Liste bei Telefunken/Schwedenstraße zu verhindern. Die Liste „Lichtblick" steht! Drei Kolleginnen der RGO-Betriebsgrupe kandidieren auf ihr für die Betriebsratswahl.

Auch bei der Betriebsratswahl 1978 gab es eine oppositionelle Liste dieses Namens. Damals kandidierten darauf zwei Kolleginnen und sie wurden mit 15 Prozent der abgegebenen Stimmen beide gewählt. Für die jetzigen Liste „Lichtblick", die diesmal von der inzwischen entstandenen RGO-Betriebsgruppe ins Leben gerufen wurde, kandidieren diese beiden Betriebsrätinnen und eine weitere Kollegin.

Das wurde allerdings nur durch einen harten Kampf möglich. Am 26. Januar machte die RGO-Betriebsgruppe der IG Metall in einem offenen Brief den Vorschlag, Persönlichkeitswahl auf einer offenen Liste durchzuführen. Die Antwort kam prompt: Am nächsten Tag bestellte der Betriebsrat ohne vorherige Ankündigung den Wahlvorstand und wenige Tage später kam das Wahlausschreiben, und sofort begann die IGM im Betrieb für ihre Liste Unterschriften zu sammeln.

Zugleich brachte die Werksleitung am schwarzen Brett einen Aushang an, in dem es hieß, das Sammeln und Geben von Unterschriften sei nur in den Pausen erlaubt. Ein klarer Fall von Wahlbehinderung!

Die RGO-Betriebsgruppe hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Liste noch gar nicht vorbereitet. Die Taktik der IGM-Funktionäre: Durch Druck und Täuschung im ganzen Betrieb Unterschriften für ihre Liste abzugrasen, damit die RGO-Liste keine 100 gültigen Unterschriften mehr erreichen konnte. Man half dabei mit Drohungen und Druck nach. Viele Kandidaten der IGM-Liste waren zugleich Vorarbeiter. Oft wußten die Kollegen auch gar nicht, für was sie da unterschrieben.

Es schien so, als würde die Taktik der IGM-Leute aufgehen. Die RGO-Betriebsgruppe besprach sich daraufhin mit RGO-Kollegen aus anderen Betrieben. Man schöpfte neuen Mut und war entschlossen, um jede Unterschrift zu kämpfen. Positiv wirkte sich unter anderem aus, daß Betriebsräte aus anderen Betrieben einen offenen Brief an den Telefunken-Betriebsrat schrieben, in dem gegen das Vorgehen gegen die Liste „Lichtblick" protestiert wurde.

Am 10. Februar konnte die Liste „Lichtblick" eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht gegen die unzulässige Beschränkung des Unterschriftensammelns durch die Werksleitung erwirken. Am Abgabetag waren dann immrhin 130 Unterschriften zusammengekommen, darunter allerdings 41 Doppelunterschriften. Der Wahlvorstand bestand darauf, daß die Doppelunterzeichner sich ihm gegenüber **mündlich** erklären sollten. Der Hintergedanke: Die meisten würden dann vielleicht den Mut nicht aufbringen, sich für die RGO-Liste zu entscheiden.

Das war noch einmal ein Moment des Bangens für die Kollegen der Liste „Lichtblick". Aber die meisten Kollegen blieben standfest und erklärten sich für die RGO-Liste. So kamen die nötigen 100 gültigen Unterschriften trotz allem zusammen. Ein großer Erfolg für die RGO-Kollegen! Die Listennummern wurden bereits gezogen: „Lichtblick" hat Listennummer 1 erhalten.

Lohnrunden öffentlicher Dienst und Druck

Sieben und acht Prozent als Forderungen festgelegt

Erneut wurde der Mitgliederwille mißachtet

STUTTGART. — In der vergangenen Woche wurden in der IG Druck und Papier sowie in den Gewerkschaften des DGB im öffentlichen Dienst die Lohnforderungen für die Tarifrunde '81 festgelegt. Weder in der Höhe noch in der Struktur entsprechen diese Forderungen dem, was die Kollegen an der Basis diskutiert und in Entschließungen gefordert hatten.

Die große Tarifkommission der Industriegewerkschaft Druck und Papier beschloß am Mittwoch vergangener Woche, daß für die rund 183 000 Beschäftigten in der Druckindustrie der Bundesrepublik und Westberlins acht Prozent mehr Lohn und Gehalt geforert werden sollen. Ferner soll die unterste Lohngruppe gestrichen und die Ausbildungsvergütung stärker angehoben werden.

Einen Tag später, am Donnerstag, den 26. Februar, beschlossen die Großen Tarifkommissionen der Gewerkschaften ÖTV, Erziehung und Wissenschaft, Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, der Polizei sowie die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands für die rund 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden eine Forderung von 7 Prozent.

Die 7-Prozent-Forderung im öffentlichen Dienst entspricht genau der „Forderungsempfehlung", die Kluncker und Co. Ende vergangenen Jahres vorgelegt hatten, um damit die Mitgliederdiskussionen zu manipulieren.

Aber Klunckers Empfehlung war auf Protest und Empörung an der ÖTV-Basis gestoßen. Nicht nur, weil sieben Prozent noch nicht einmal ausreichen, um für die unteren Einkommengruppen, das heißt, für die einfachen Werktätigen im öffentlichen Dienst, die Reallöhne zu sichern. Auch die Struktur der Forderung richtet sich gegen die Interessen der Kollegen.

Gerade in der ÖTV fordern die Mitglieder und fortschrittlichen Funktionäre schon seit langem Festgeldbeträge bzw. kombinierte Prozent- und Sokkelforderungen. Damit wollen sie vermeiden, daß die privilegierten Großverdiener immer die dicken Einkommensverbesserungen erhalten, während die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen besonders schlecht wegkommen.

Diese Bewegung für eine gerechtere Struktur der Lohn- und Gehaltsforderung war in diesem Jahr noch stärker als in der Vergangenheit. Was die Höhe der Forderung betrifft, so lagen die meisten Anträge aus Betriebsgruppen, Vertrauensleuteversammlungen usw. zwischen 180 und 250 Mark. In Prozenten ausgedrückt ist dies weit mehr als 7 Prozent.

Die Großen Tarifkommissionen aber folgten nicht dem Willen der Mitglieder und aktiven Gewerkschafter, sondern beugten sich erneut dem Forderungsdiktat des Hauptvorstandes der ÖTV.

Ähnlich ist es auch in der IG Druck und Papier gelaufen. Alle Forderungen, die bisher von Mitgliederversammlungen und anderen Gremien vorlagen, waren erstens wesentlich höher als die jetzt festgelegten 8 Prozent und zweitens wurden in den meisten Fällen ebenfalls Festgeldforderungen bzw. kombinierte Forderungen verlangt.

Der außerordentliche Bezirkstag der Stuttgarter IG Druck und Papier forderte beispielsweise 250 Mark für alle. Die Bezirksmitgliederversammlung Frankfurt beschloß wenige Tage vor dem Beschluß der Großen Tarifkommission eine Forderung von 10 Prozent, mindestens jedoch 200 Mark. Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bremen entschied sich — ebenfalls kurz bevor die Große Tarifkommission zusammentrat — für 15 Prozent als Forderung.

Der IG-Druck-Vorsitzende Mahlein rechtfertigte die 8-Prozent-Forderung, die in offenem Gegensatz zum Willen der Basis steht, damit, daß man an der Seite der IG Metall kämpfen müsse. Als ob die Voraussetzung dafür wäre, daß man die gleiche Forderung aufstellt!

Für die Mitglieder und den fortschrittlichen Teil der Funktionäre sowohl in der IG Metall als auch in der IG Druck und in den anderen Gewerkschaften gilt es jetzt, Seite an Seite gegen den absehbaren Kompromiß mit den Unternehmern einzugehen. Die Verteidigung der Reallöhne erfordert, daß die aufgestellten Forderungen ohne Abstriche durchgesetzt werden!

Keine Streikunterstützung bei Lohnkampf?

Ausgerechnet Janßen!

Wer hätte das gedacht: Hans Janßen, Tarifexperte im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall, träumt von einem richtig konsequenten Kampf für Arbeitszeitverkürzung! So richtig mit unbefristetem Vollstreik der ganzen IG Metall und allem drum und dran, bis den Unternehmern der Schneid abgekauft ist!

„Was, der Janßen? Ausgerechnet der!" höre ich schon einen Stahlarbeiter dazwischen rufen. „Der hat uns doch bei unserem Streik vor drei Jahren für die 35-Stunden-Woche total verschaukelt. Den wollten wir doch damals absetzen, weil er unseren Streik kaputtgemacht hat!".

Zugegeben. Es war so. Aber in der „Westdeutschen Allgemeinen" (WAZ) vom 19. Februar steht schwarz auf weiß gedruckt, daß Janßen erklärt hat, er wolle jetzt um jeden Preis Kosten sparen, „um später beim Kampf um die Arbeitszeitverkürzung nicht mit leeren Kassen dazustehen".

Welche Kosten Janßen einsparen will? Vielleicht einen Teil der Spesengelder, mit denen bekanntermaßen in der IGM so großzügig umgegangen wird?

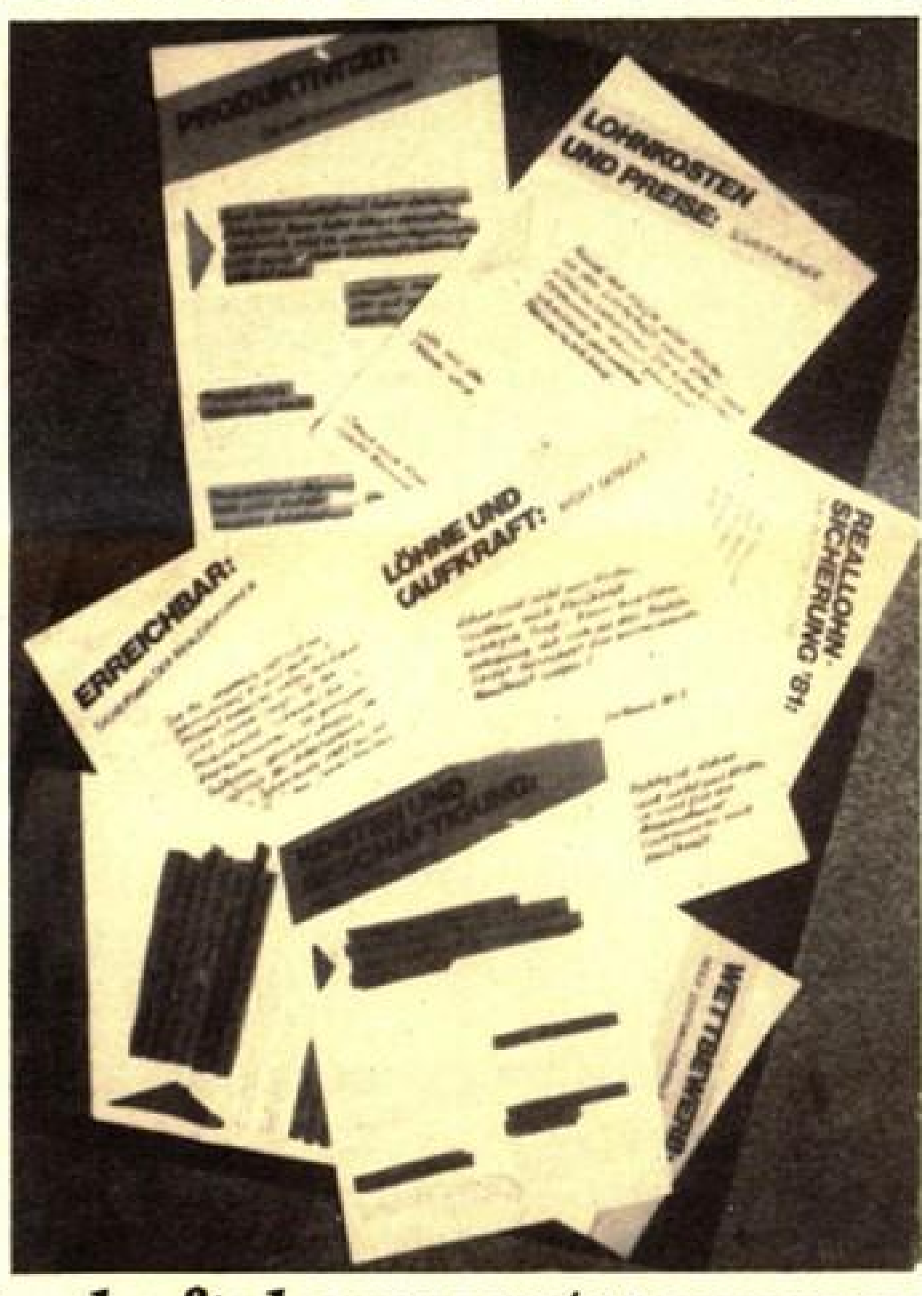
Weit gefehlt! Hier und jetzt, in der Lohnrunde, will Janßen — so die WAZ — „Die Kosten eines offiziellen Streiks vermeiden, um später...". Der Rest wie gehabt.

Wenn das keine neue Beweglichkeit von Janßen und Konsorten ist! Die Frage ist nur, ob die dumme Basis das überhaupt nachvollziehen kann.

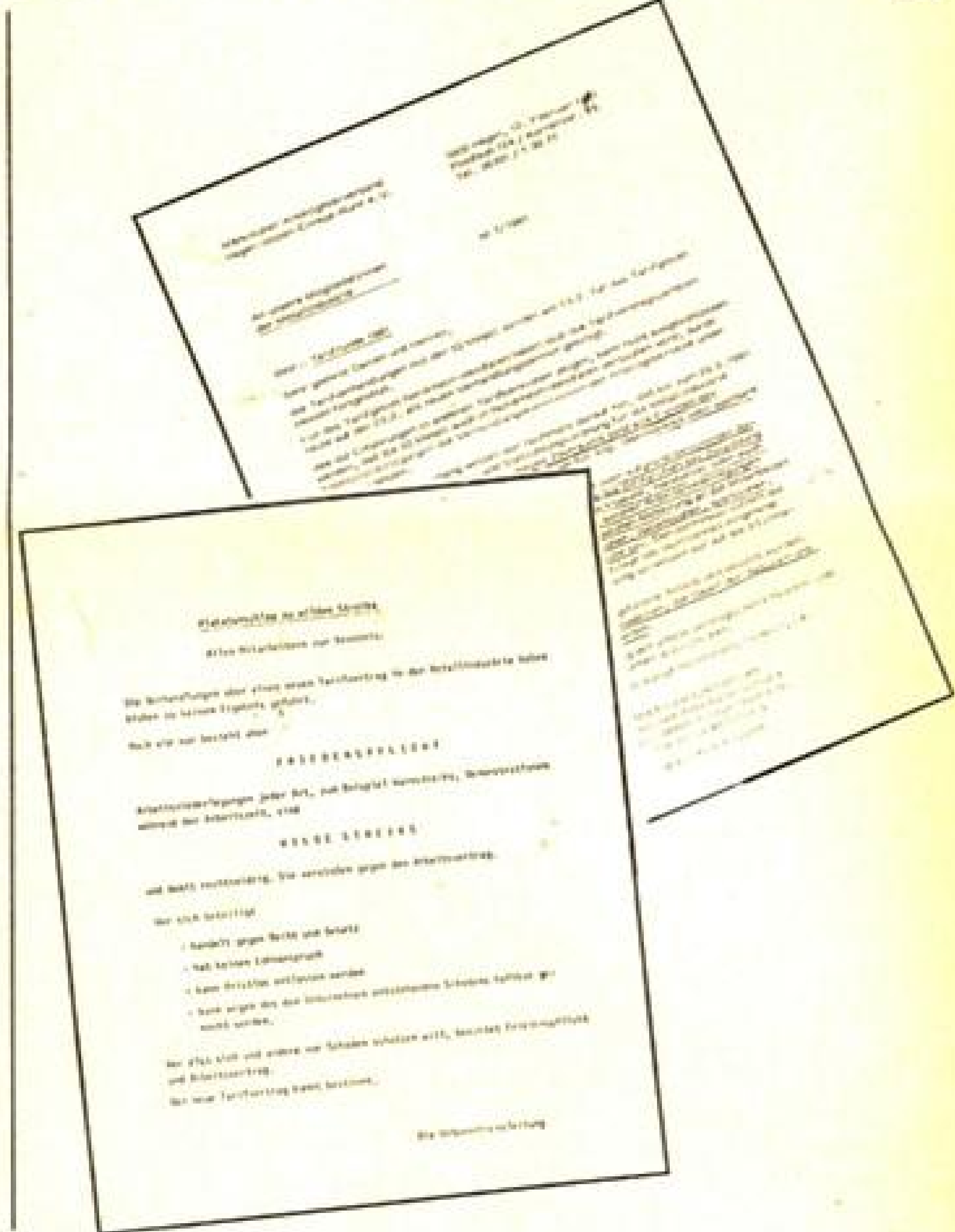
Deshalb versäumt Janßen es auch nicht, die Basis zu ermahnen, sie solle gefälligst nicht immer den Vorstand allein bemühen lassen, sondern auch selbst mal was tun: „Tarifpolitische Ziele durchzusetzen, ist nicht Sache nur des Vorstandes der IG Metall und der regionalen Verhandlungskommissionen" schreibt er im Metall-Extrablatt zur Lohnrunde.

Ausgerechnet Janßen!

Durch Lohnverzicht zur Reallohnsicherung



Eine beispiellose Propagandakampagne betreiben die Unternehmerverbände in dieser Lohnrunde. So läßt der Unternehmerverband Gesamtmetall seit dem 20. Februar eine Serie von zehn verschiedenen Flugblättern in allen Metallbetrieben verbreiten, mit denen den Belegschaften eingehämmert werden soll, Lohnverzicht sei der einzige Weg zur Sicherung der Realeinkommen. Der Angelpunkt dieser absurden Theorie ist die scheinwissenschaftlich aufgedonnerte Behauptung, durch niedrige Lohnabschlüsse werde ein „Durchbruch zu mehr Preisstabilität" erreicht und dadurch werde die Chance eröffnet, „den Abschwung abzubremsen und einen neuen Aufschwung einzuleiten". In millionenfacher Auflage sollen diese Flugblätter das Märchen von der „Sozialpartnerschaft" und von den „gemeinsamen Interessen" von Lohnarbeit und Kapital neu aufwärmen. Die Kampfentschlossenheit der Arbeiter und kleinen Angestellten soll damit geschwächt und dem Lohnraub zum Durchbruch verholfen werden. Was hinter dem Geschwätz von der „Sozialpartnerschaft" wirklich steckt, verdeutlicht das nebenstehend abgebildete interne Rundschreiben der Unternehmerverbände zur Tarifrunde: Mit der Drohung, Streikende fristlos zu entlassen und auf Schadenersatz zu verklagen, sollen die Belegschaften eingeschüchtert werden.



Gewerkschaftskommentar

Schon vor Beginn der Lohnrunde '81 haben Sprecher des Großkapitals und der Unternehmerverbände ihr Ziel unmißverständlich zum Ausdruck gebracht: der bereits im vergangenen Jahr eingeleitete Abbau der Reallöhne soll in der jetzigen Tarifrunde weiter verschärft werden. Damit soll eine „Lohnpolitisch Wende" auf lange Sicht erzwungen werden. Die Arbeiter und kleinen Angestellten sollen fortan ihren Gürtel Jahr für Jahr enger schnallen.

„Neue Beweglichkeit"

Das Verhalten der Unternehmerseite bei den Metalltarifverhandlungen läßt keine Zweifel darüber aufkommen, daß diese Ankündigungen wahr gemacht werden sollen. Ein Extra-Blatt der IG Metall zur Lohnrunde kommentierte dieses Verhalten so:

„Die Unternehmer weichen keinen Millimeter von ihrer Zielsetzung zurück. Sie wollen den Lebensstandard der Arbeitenden senken. Um jeden Preis."

Und auf welche Art und Weise der Lohnraub durchgesetzt werden soll, wird in dem Extra-Blatt ebenfalls ausgesprochen: „Die Unternehmer haben uns bei einer konsequenten Forderung zur Sicherung der Realeinkommen einen ‚Arbeitskampf mit bisher nie dagewesener Härte' angedroht".

Das also ist die Lage in dieser Lohnrunde. Das Kapital hat einen frontalen Angriff gestartet. Wie aber reagieren die Gewerkschaften darauf?

Auch in dieser Hinsicht wird in dem Metall-Extrablatt eine richtige Aussage getroffen, wenn auch nur in allgemeiner Form:

„Wir werden uns gemeinsam gegen Lohndiktat und Schwächung der IG Metall wehren müssen. Dabei geht es um Mark und Pfennig. Aber auch darum, ob die Unternehmer in den nächsten Jahren mit uns machen können, was sie wollen. Oder ob wir uns gegen die Interessen der Unternehmer behaupten können."

Das kann man nur unterstreichen! Wenn jetzt nicht konsequent gegen die Unternehmeroffensive Front gemacht wird, wenn die gewerkschaftliche Gegenwehr gegen den Angriff auf unsere Reallöhne halbherzig und inkonsequent bleibt, dann werden die Unternehmer in den nächsten Jahren ihren Feldzug auf unsere Löhne immer rücksichtsloser vorantreiben.

Was folgt daraus jedoch konkret?

Erstens darf die IG Metall sich jetzt auf keinen Fall auf einen Schacher über das Ausmaß der Reallohnsenkung einlassen. Weder 3 noch 5 Prozent sondern volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen heißt die Parole!

Zweitens muß die IG Metall jetzt die geballte Kraft ihrer zweieinhalb Millionen Mitglieder konsequent in den Kampf führen. Die Zeit der Warnstreiks ist vorbei! Jetzt, wo die Friedenspflicht abgelaufen ist, gilt es, im gesamten Tarifgebiet unverzüglich Urabstimmung durchzuführen mit dem Ziel eines geschlossenen Streiks.

Ein einheitlicher Vollstreik in allen von den Tarifverhandlungen betroffenen Bezirken ist die Sprache, die die Unternehmer verstehen werden! Das ist der beste Weg, um die Unternehmeroffensive zu stoppen und das Lohndiktat zu brechen.

Aber in demselben Extra-Blatt, aus dem oben zitiert wurde, proklamiert der für die Tarifpolitik im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall zuständige Hans Janßen die sogenannte Taktik der „neuen Beweglichkeit". Das heißt, es soll lediglich zu Warnstreiks aufgerufen werden, für die die IG Metall noch nicht einmal Streikunterstützung gewähren soll.

Das bedeutet Zersplitterung der eigenen Kräfte. In der gegebenen Situation läuft diese Taktik darauf hinaus, die gewerkschaftliche Kampffront zu desorganisieren und zu spalten.

Dem entspricht auch die Orientierung in dem zitierten Extrablatt auf einen Tarifabschluß von ca. 5 Prozent. In bewußter Verfälschung der Tatsachen versucht Janßen den Anschein zu erwecken, als würden 5 Prozent ausreichen, einen Abbau der Reallöhne zu verhindern.

Statt dem von den Unternehmern angestrebten Lohnabbau konsequent entgegenzutreten, wird also jetzt schon ein fauler Kompromiß ins Spiel gebracht!

Die „neue Beweglichkeit" ist lediglich eine neue Variante der sattsam bekannten Abwiegelei und Streiksabotage, wie sie von der IGM-Führung zum Beispiel vor drei Jahren beim Stahlstreik für die 35-Stunden-Woche mit verhängnisvollen Auswirkungen betrieben wurde.

Es ist die Pflicht jedes ehrlichen, klassenbewußten Gewerkschafters, gegen diese Politik der Bonzen aufzutreten und aktiv für einen konsequenten Kampf der IG Metall zur Verteidigung unserer Reallöhne einzutreten.

Hanfried Brenner

Stuttgarter Druckzentrum

Entlassungen wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit

STUTTGART. — Die Verlagsherren des Druckzentrums Stuttgart wollen zwei Gewerkschafter feuern, weil sie den Protest gegen willkürliche Lohnsenkungen bei einem Teil der Beschäftigten im Druckzentrum aktiv unterstützt hatten.

Als im Stuttgarter Druckzentrum bereits 1976 die elektronische Satztechnik eingeführt wurde, schlossen Geschäftsleitung und Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung ab, nach der die neuen Tätigkeiten nach dem Maschinensetzerlohn bezahlt werden. 1978 kam es nach einem längeren Streik in der Druckindustrie zum Abschluß des sogenannten „Rastertarifvertrags", der für die von den neuen Techniken Betroffenen Angestelltentarife vorsieht. Dieser Tarifvertrag bleibt jedoch hinter der Stuttgarter Betriebsvereinbarung zurück.

Gegen Ende letzten Jahres machten die Verlagsherren einen Vorstoß, um einem Teil der Beschäftigten im Druckzentrum den Vorteil der Betriebsvereinbarung zu nehmen: In einer Massendrucksache teilte man 100 Kollegen mit, sie würden bei der Bundesversicherungsanstalt als Angestellte umgemeldet. Unerwähnt ließen die Bosse, daß 52 der Betroffenen dadurch mit den schlechteren Tarifen des Rastertarifvertrages vorlieb nehmen sollten. Weder der Betriebsrat noch die Betroffenen hatte man vorher zu diesen Änderungskündigungen um Zustimmung gebeten.

Daraufhin erschien in der Stuttgarter IG-Druck-Zeitschrift „Stuttgarter Solidarität" ein Artikel, in dem das Vorgehen der Verlagsherren angeprangert wurde. Die Bosse schlugen auf ihre Weise zurück: gegen das Betriebsratsmitglied Jürgen Michels — gleichzeitig presserechtlich verantwortlich für die „Stuttgarter Solidarität" — wurde Kündigungsantrag beim Betriebsrat gestellt. Und der Kollege Peter Rapke erhielt die Kündigung, weil er das Blatt in der Belegschaft verteilt habe.

Diesen Angriff auf die gewerkschaftliche Betätigung inner- und außerhalb des Betriebes will die IG Druck jedoch nicht hinnehmen. Der Betriebsrat wird dem Entlassungsantrag gegen Michels natürlich nicht zustimmen. Gegen die Kündigung Rapkes hat der Betriebsrat Widerspruch eingelegt. Auch gegen die Tarifabstufung der 52 Beschäftigten werden Betriebsrat und IG Druck vorgehen.

DGB-Grundsatzprogramm:

Toleranzbegriff wird wieder aufgenommen

DÜSSELDORF. — Der Toleranzbegriff, der im Programmentwurf des Bundesvorstandes für das neue DGB-Grundsatzprogramm nicht mehr enthalten war, soll nun doch wieder aufgenommen werden.

Das Prinzip der weltanschaulichen und politischen Toleranz ist eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft. Im DGB wird dieses Prinzip jedoch in der Praxis mißachtet. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen klassenkämpferische und kommunistische Gewerkschafter stehen in offenem Gegensatz zum Toleranzprinzip.

Am 19. Januar hat nun die für den außerordentlichen Bundeskongreß des DGB (er findet Mitte März statt) gebildete Antragsberatungskommission beschlossen, dem Kongreß die Wiederaufnahme des Toleranzbegriffs in das neue Grundsatzprogramm vorzuschlagen. Die Antragsberatungskommission setzt sich übrigens ausschließlich aus Spitzenfunktionären der Einzelgewerkschaften zusammen.

Dieser Beschluß ist ein Ergebnis der massiven Proteste, auf die die Beseitigung des Toleranzbegriffs in fast allen Einzelgewerkschaften des DGB gestoßen war. In den Änderungsanträgen zu dem Bundesvorstandsentwurf ist keine Forderung so häufig vertreten, wie die nach der Wiederaufnahme des Toleranzbegriffs.

Allerdings ist die von der Antragsberatungskommission vorgeschlagene Formulierung verwaschener als die entsprechende Formulierung im bisherigen Grundsatzprogramm. Letztere lautet:

„Sie (der DGB und seine Einzelgewerkschaften — RM-Red.) *bekräftigen ihre Entschlossenheit zu weltanschaulicher, religiöser und politischer Toleranz".*

Die jetzt vorgeschlagene Formulierung lautet dagegen:

„Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet auf der Grundlage von Toleranz zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung".

„Schandurteil"-Prozeß:

Steinkühler freigesprochen

STUTTGART. — Freigesprochen worden ist der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler, von dem Vorwurf, den Karlsruher Arbeitsrichter Wolfgang Leser beleidigt zu haben.

Steinkühler hatte sich mit dem Gewerkschaftssekretär Günter Schering solidarisch erklärt, der in erster Instanz zu 750 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, weil er ein skandalöses Urteil des Arbeitsgerichts Karlsruhe als „Schandurteil" bezeichnet hatte.

Das Arbeitsgericht Karlsruhe hatte die fristlose Entlassung eines Elektroschweißers für rechtmäßig erklärt, der sich an die Gewerkschaft gewandt hatte, weil er gezwungen wurde, mit gesundheitsschädlichen Dämpfen zu arbeiten (vgl. letzten RM).

Weil Steinkühler diese Bezeichnung des Arbeitsgerichtsurteils als „Schandurteil" verteidigt hatte, wurde er mit einem Strafbefehl über 5 250 Mark belegt, gegen den er jedoch Einspruch einlegte.

In der Verhandlung, die am Mittwoch letzter Woche vor dem Stuttgarter Amtsgericht stattfand, hatte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 3 000 Mark für Steinkühler beantragt. Das Gericht sprach den Gewerkschaftsfunktionär jedoch frei.



IGM-Bezirksleiter Steinkühler

Eine Woche zuvor war bereits der Gewerkschaftssekretär Schering in zweiter Instanz freigesprochen worden. In der IG Metall hatte es massive Proteste gegen die strafrechtliche Verfolgung von Günter Schering und Franz Steinkühler gegeben.

Arbeitsgerichtsverhandlung mit 650 Teilnehmern

Lohnkürzung zunächst abgewehrt

LANGEN. — Die bisher größte Arbeitsgerichtsverhandlung in Hessen endete am 20. Februar mit einem Erfolg der Arbeiter der Pittler Maschinenfabrik AG in Langen. Damit ist eine Lohnkürzung zunächst abgewehrt, die die Pittler-Bosse den Kollegen ab 1. Januar 1981 aufzwingen wollten.

Die Geschäftsleitung hatte eine Betriebsvereinbarung aus dem Jahr 1964 über die analytische Arbeitsplatzbewertung einschließlich der ergänzenden späteren Betriebsvereinbarungen gekündigt. Die daraufhin vom Betriebsrat angerufene Einigungsstelle wollten die Bosse nicht als zuständig anerkennen. Daß die gekündigte Betriebsvereinbarung bis zur Einigung über ein neues Entlohnungs- und Eingruppierungsverfahren wirksam bleiben muß, wollte sie nicht anerkennen.

Willkürlich haben die Pittler-Bosse einfach die 535 betroffenen Kollegen ab Januar 1981 auf der Grundlage des hessischen Manteltarifvertrages neu eingruppiert und zwar so, daß für die Kollegen dabei erhebliche Lohnkürzungen herauskommen. Über den Widerspruch des Betriebsrates setzte sich die Geschäftsleitung hinweg und beantragte beim Arbeitsgericht, durch einen Beschluß die fehlende Zustimmung des Betriebsrates zu ersetzen.

Das Arbeitsgericht Offenbach lud auf gewerkschaftlichen Druck hin alle 535 betroffenen Arbeiter zu der Verhandlung und setzte wegen der großen Zahl der Beteiligten als Verhandlungsort die Stadthalle Langen fest. Den Pittler-Bossen war dieser öffentliche Rahmen der Verhandlung nicht gerade willkommen.

Um ihrer Sache eine noch breitere Öffentlichkeit zu verschaffen, zogen die Arbeiter am Morgen des Verhandlungstages vom Werkstor aus in einem Demonstrationszug durch die Stadt zum Gerichtstermin. Insgesamt 650 Menschen nahmen an der Verhandlung teil.

Das Gericht entschied, daß die Einigungsstelle entgegen der Unternehmerauffassung zuständig ist und das bis zu einer Einigung über ein neues Entlohnungssystem das alte System weiter angewandt werden muß. Allerdings hat die Geschäftsleitung angekündigt, daß sie gegen das Urteil Einspruch einlegen wird.



In einem Protestmarsch zogen die Kollegen vom Werkstor aus zum Gerichtstermin in die Stadthalle Langen.

Kampf für „Stahlwerk jetzt"

Argumente für den Streik

Ist Streiken sinnlos bei Hoesch? RGO weist das Gegenteil nach

Gewisse interessierte Kreise versuchen bei den Hoesch-Belegschaften in Dortmund dadurch Verwirrung zu stiften, daß sie die These verbreiten, ein Streik gegen die Arbeitsplatzvernichtung, für den Bau des neuen Stahlwerks könne nur zu einem Eigentor werden. Die Hoesch-Bosse würden darauf doch gerade warten, weil sie sowieso kein Interesse an der Weiterführung der Produktion hätten. Die Betriebsgruppe Hoesch der RGO ist vor kurzem in einem Flugblatt genauer auf dieses „Argument" eingegangen. Im folgenden geben wir den Beitrag leicht gekürzt wieder.

Auf Streik wartet der Vorstand doch nur...?!

Es ist nicht verwunderlich, wenn jetzt verstärkt das „Argument" ins Spiel gebracht wird, in der Krisensituation bei Hoesch sei ein Streik gar nicht möglich, und von vornherein ohne Aussicht auf Erfolg:

Da Hoesch nur Verluste produziere, würden sie auf einen Streik nur warten; ein Streik passe denen ins Konzept; die würden voller Freude gleich alle Werke dicht machen; usw. usf.

Diese Argumente halten der Wirklichkeit in keiner Weise stand. Sie sind im Munde derer, die es wissen sollten, geradezu verlogen.

Wie die Wirklichkeit aussieht, das zeigten jetzt wieder zwei Zeitungsmeldungen in der „Westfälischen Rundschau" am 18.2.:

„Ein Streikaufruf der Gewerkschaft der 26 000 walisischen Bergarbeiter ist gestern nahezu geschlossen befolgt worden. (...) Mit der Arbeitsniederlegung protestierten die walisischen Bergleute gegen die Pläne der staatlichen Kohleverwaltung, in Wales fünf Gruben mit insgesamt 5 000 Arbeitsplätzen zu schließen. (...) Die Kohleverwaltung behauptet, die (...) Gruben arbeiteten in hohem Maße unrentabel (...)".

Am 20.2. heißt es dann:

„Mit Verblüffung haben gestern in London Politiker aller im Unterhaus vertretenen Parteien auf die Entscheidung von Frau Thatcher reagiert, zur Verhinderung eines nationalen Grubenstreiks so gut wie alle Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen. (...) Labour Parlamentarier meinten, die „eiserne Lady" habe sich nun als „Lady aus Papier" erwiesen."

Wenn Belegschaft und Gewerkschaft die Sache richtig in die Hand nehmen, werden sich auch Rohwedder und Co. als „Löwen aus Pappmaché" erweisen.

Aber weiter: Der Erfolg der englischen Kumpel ist keineswegs ein Einzelfall:

1972 sollten 3 000 Kollegen des Enka-Glanzstoffwerkes (Chemiefasern) in Wuppertal ihre Arbeitsplätze verlieren. Enka gehört zum holländischen AKZO-Konzern. Die ENKA-Kollegen traten in den Streik, besetzten die Läger des Werkes, bis die Stillegungspläne vom Tisch waren. Sie hatten damit vollen Erfolg. Enka in Wuppertal arbeitet heute noch. Die Stillegungspläne waren damals mit der Überproduktionskrise auf dem Chemiefasermarkt begründet worden.

Mannesmann/Bielefeld ist durch Streik bestehen geblieben (1979); VFW-Fokker in Speyer...

Es gibt eine ganze Latte von Beispielen, daß der Kampf auch in der Krise, auch angesichts von Stillegungsplänen und Entlassungsplänen erfolgreich geführt werden kann.

Streikkämpfe sind immer auch politische Kämpfe

Haben etwa die Kollegen von Enka/Wuppertal deshalb den Sieg davongetragen und ihre Arbeitsplätze erfolgreich verteidigt, weil ihre Betriebe in wirtschaftlicher Blüte standen und der Streik den AKZO-Konzern am **wirtschaftlichen** Nerv getroffen hat? Etwa weil die Unternehmer ihre Profitverluste höher eingeschätzt hätten als die Kosten, die ihnen die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter bringen würde?

Ganz im Gegenteil!

Diese Betriebe sollten doch gerade deshalb dichtgemacht werden, weil sie den Kapitalisten **zuwenig** an Profit brachten. Nach der Logik jener Funktionäre, die jetzt mit den besagten Argumenten hausieren gehen, müßte sich die englische Kohlerverwaltung, müßten sich die AKZO/Enka-Kapitalisten über die Streiks gefreut haben, da „sie doch sowieso dichtmachen wollen und ein Streik denen nur gelegen käme".

Das ist natürlich Quatsch. Angst und Bange ist den Herren geworden! Das Zittern angesichts der Betriebsbesetzung in Wuppertal war durch den gesamten bürgerlichen Blätterwald zu verspüren.

Diese Streiks entfalteten ihre Wirkung eben **nicht** in erster Linie auf ökonomischem Gebiet, sondern auf **politischem** Gebiet.

Die Arbeiter bringen hier nämlich zum Ausdruck, daß sie nicht länger bereit sind, sich alles gefallen zu lassen, sich auf dem Altar der kapitalistischen Rentabilität opfern zu lassen, weil sie damit die unumschränkte Herrschafts- und Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Produktionsmittel in Frage stellen. Deshalb haben die Handvoll von Großaktionären und Topmanagern eine Heidenangst angesichts einer einig, geschlossen auftretenden Arbeiterklasse.

Es ist in erster Linie die in Streiks, Betriebsbesetzungen, Massendemonstrationen zum Ausdruck kommende **politische** Macht der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaft, die die Unternehmer zum Rückzug zwingen kann.

Streik — Kein Druckmittel?

Auf der anderen Seite ist es aber falsch anzunehmen, wir hätten **ökonomische** Druckmittel überhaupt nicht in der Hand. Wenn wir uns an das Gerangel um die Quoten für die deutsche Stahlindustrie und hier wieder für die einzelnen Konzerne erinnern, versteht man das.

Im Oxygenstahlwerk auf Phoenix und in den beiden Stranggußanlagen werden in diesen Wochen und Monaten Rekordproduktionen gefahren — währenddessen andere Betriebe am grünen Tisch kaputtgerechnet werden. **Da** läßt sich der Estel-Konzern natürlich auch **ökonomisch** unter Druck setzen!

Stillhalten und zusehen?

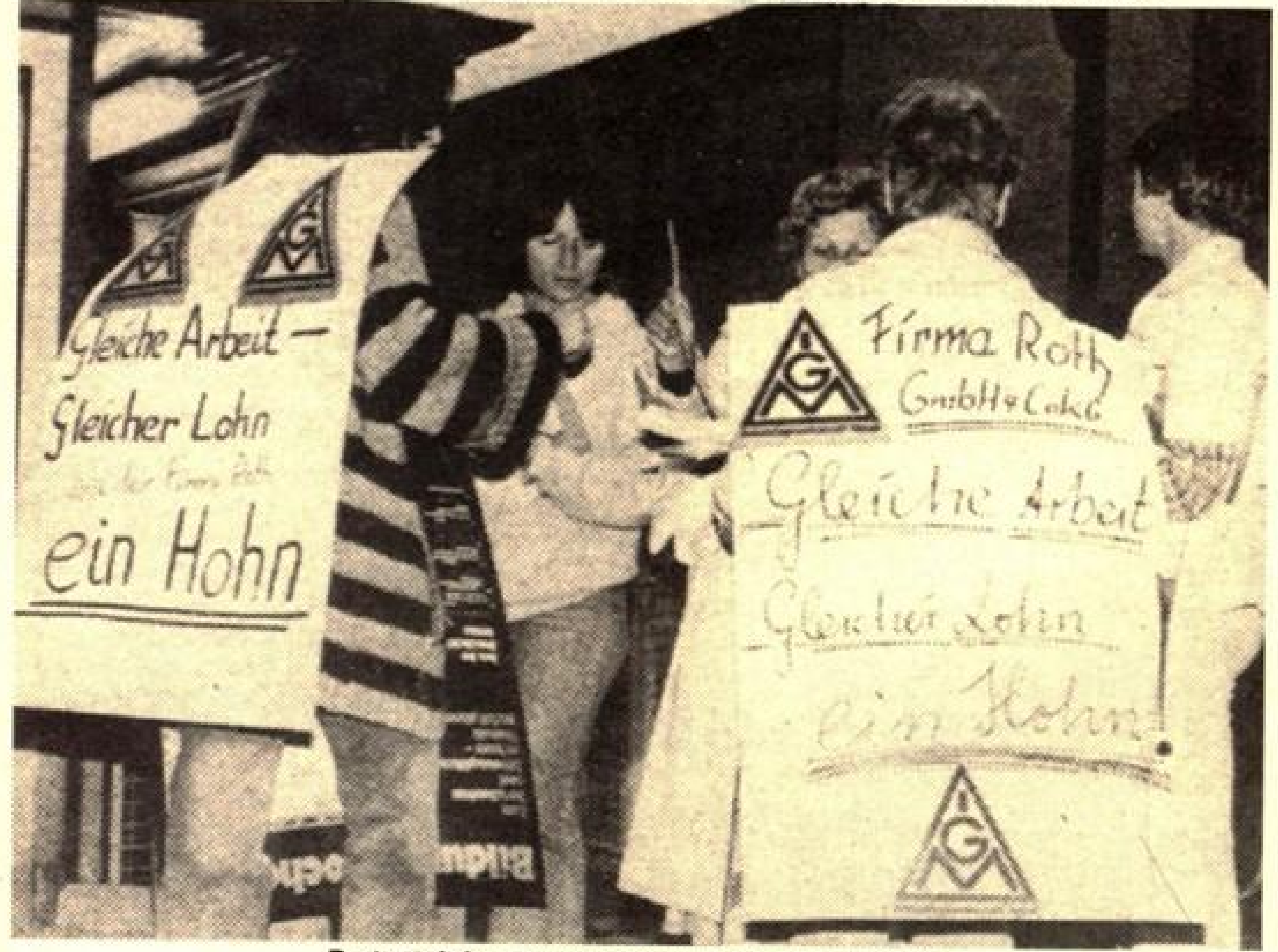
Es geht heute unmittelbar um die Existenz zigtausender Menschen in Dortmund. Darüber hinaus um eine **allgemeine** Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Es geht um die Frage, ob unsere Kinder überhaupt noch eine Zukunft haben!

Wenn jetzt nicht die gewerkschaftliche Kampfkraft voll eingesetzt wird ja, wo denn dann sonst eigentlich noch?

Frauen kämpfen auch vor Gericht

In verschiedenen Fällen gingen Arbeiterinnen auch vor Gericht, um „ihre" Kapitalisten zu einer Aufgabe der Unterbezahlung zu zwingen.

Kolleginnen aus Griechenland und der Türkei, die beim Frankfurter Auto-Zuliefererbetrieb Roth arbeiten, kämpfen vor dem Landesarbeitsgericht Hessen um ihre Höhergruppierung. In erster Instanz war ihnen Lohngruppe 3 statt 2 zugesprochen worden. Sie arbeiten an Maschinen, an denen — bevor sie geändert wurden — Männer in Lohngruppe 5 bezahlt wurden.



Protestaktion vor der Firma Roth in Frankfurt.

Die Kabelspulerinnen von Aßlar

Am 26. Februar begann die zweite Instanz in einem Arbeitsgerichtsprozeß der Kabelspulerinnen von Thyssen-Draht in Aßlar, die vor dem Frankfurter Landesarbeitsgericht ausgetragen wird. Die Thyssen-Kolleginnen klagen auf Höhergruppierung: von Lohngruppe 3 in Gruppe 5, mindestens aber in Gruppe 4. In der ersten Instanz hatten sie vorm Gericht die Einstufung in Gruppe 4 zugesprochen bekommen, was einen monatlichen Mehrverdienst von 75 DM ausmachen würde. Die Firma ging in die Berufung.

Der Firmenanwalt Ulrich Harnisch versuchte vor Gericht, die Tätigkeit der Kabelspulerinnen als ganz leicht hinzustellen und behauptete zudem, die Arbeiterinnen bräuchten dazu kaum Kenntnisse, sie würden alles nur auf Anweisung tun.

Das ist allerdings eine Unverschämtheit. Unter anderem müssen Kabelspulerinnen 96 verschiedene Kabelsorten kennen, die sie nicht nur umzuspulen, sondern auch zu prüfen haben. Außerdem ist ihre Arbeit sehr anstrengend. Jeden Tag schleppt jede Frau bei Thyssen 20, 30 Zentner. Die Arbeitshetze ist groß, die geforderte Arbeitsleistung hat sich für manche, die schon lange im Betrieb sind, im Laufe der Jahre mehr als verdoppelt.

Alle Frauen haben bei der Arbeit Kopfschmerzen und Atembeschwerden durch die Verbrennung von Kunststoff in der Halle. Fast alle sind beim Arzt in Behandlung, bekommen Bestrahlung wegen Schulterschmerzen und Gelenkbeschwerden.

Der Betriebsratsvorsitzende sagte zu dem Prozeß gegenüber der „Frankfurter Rundschau": „... wir gehen davon aus, das sind Arbeitsplätze, da haben ja früher die Männer gearbeitet und da werden jetzt keine Männer mehr eingesetzt aus dem ganz einfachen Grund, das sehen wir deutlich, weil Männer in Lohngruppe 3 überhaupt nicht arbeiten würden, daß die sagen würden, hier werfen wir das Handtuch, das machen wir also nicht mit. Das ist ganz einfach die Diskriminierung der Frauen, die man also täglich sieht."

Und eine Kollegin erklärte: „... die (von der Geschäftsleitung) sagen, ach die sind schon so lange hier, die Dummen, die machen das immer weiter. Wir waren lange genug ruhig. Jetzt ist das Maß voll." Das Landgericht fällte am 26.2. kein Urteil. Es erließ einen „Beweisbeschluß"; die Verhandlung wird am 13. August fortgesetzt. Dann sollen weitere Zeugen und „Sachverständige" gehört werden.

Den Thyssen-Frauen gehört unsere Solidarität!



Rote Nelken vor dem Gericht. Groß ist die Solidarität mit den Kabelspulerinnen



Frauen demonstrieren gegen Kriegsdienst

Frauen gegen Zwangsverpflichtung

Im Oktober letzten Jahres verweigerte die Johanniter-Unfall-Hilfe einer jungen Hannoveranerin die Ausbildung zur Schwesternhelferin, weil sie sich zur Kriegsdienstverweigerin erklärte. Mit Hinweis auf den bevorstehenden Internationalen Frauentag am 8. März erhielten wir dazu den folgenden Leserbrief aus Hannover.

Die erwähnte Studentin war — wie viele andere Studenten — gezwungen, sich ihr BAFöG aufzubessern. Sie wollte dies als Nachtwache im Krankenhaus tun. Voraussetzung ist die erfolgreiche Teilnahme an einem Schwesternhelferinnenkurs. Diese Kurse werden von relativ vielen Frauen, auch Hausfrauen besucht. Sie werden nur von wenigen Organisationen, wie der Johanniter-Unfallhilfe, dem Malteser-Hilfsdienst, dem deutschem Roten Kreuz und der Arbeiterwohlfahrt angeboten. Von Organisationen also, die wie zum Beispiel die JUH über sich selbst sagen, daß sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken dienen. Dort werden dann Kenntnisse vermittelt, die von der JUH so gepriesen werden: „die jede Frau zum eigenen und anderer Nutzen verwenden kann". Sie „befähigt zur Hilfsleistung in der eigenen Familie, in der Nachbarschaft und Gemeinde, im Krankenhaus, Alten- und Pflegeheim, im Betrieb und im Notstand" — und diese Ausbildung ist kostenlos. Sie wird zum größten Teil aus Spenden der Bundesregierung finanziert, „um dem Mangel an geeigneten Hilfskräften im pflegerischen Dienst in Notständen abzuhelfen."

Was mit „Notständen" gemeint ist, davon bekam die Studentin zu Kursbeginn gleich einen Vorgeschmack: Der Kurs- und Ausbildungsleiter, ein ehemaliger Offizier der Bundeswehr, verteilte einen Zettel, in dem unter der Rubrik „Einsatzwunsch" entweder „Zivilschutz" (örtlich oder überörtlich) oder „Sanitätsdienst Bundeswehr (...)" angekreuzt werden kann.

Grundlage für solch eine Fragestellung ist das Arbeitssicherstellungsgesetz, Teil der Notstandsgesetze von 1968. Danach kann jede Frau zwischen 25 und 52 Jahren im Spannungs-, Kriegs- oder Verteidigungsfall zwangsverpflichtet werden.

Das Arbeitsamt regelt im Kriegsfall die Arbeitsverpflichtung der Frauen und ihren optimalen Einsatz.

Nach Paragraph 12a des GG dürfen Frauen nicht vor Kriegsbeginn eingezogen werden — das schafft natürlich Probleme hinsichtlich der Ausbildung und Registrierung der in Frage kommenden Frauen.

Deswegen sind Mittel wie diese Schwesternhelferinnenkurse sehr geeignet, die Frauen für den „Ernstfall" der Kriegstreiber vorzubereiten.

Von ihrer Registrierung erfährt die betroffene Frau oftmals nichts. Allenfalls wundert sie sich, wenn ihr trotz Namensänderung bei Heirat oder Wohnungswechsel in etwa jährlichen Abständen eine Aufforderung zur freiwilligen Teilnahme an einer Übung zur Auffrischung ihres Schwesternhelferinnen-Wissens ins Haus flattert.

Im Fall der Studentin begnügte die sich nicht mit einem Streichen für ihren möglichen Einsatz beim Sanitätsdienst der Bundeswehr, sondern schrieb darunter „Ich verweigere hiermit den Kriegsdienst." Wohl in der Meinung, was zwar das umstrittene, aber doch noch das Recht junger Männer ist gegenüber ihrem Einsatz im Kriegsfall, gelte auch für Frauen. Anlaß genug für die JUH die junge Frau vom Lehrgang auszuschließen. Dagegen prozessiert die Studentin jetzt.

Und damit nicht genug: Vom Arbeitskreis Frauen gegen Militär wurde im Dezember '80 eine Veranstaltung organisiert, die von etwa 100 vorwiegend Frauen, besucht wurde. Dort wurde mehrheitlich beschlossen, gegen einen möglichen Einsatz in einem Raub- und Vernichtungskrieg zu protestieren, den Kriegsdienst zu verweigern und dies in geeigneten Aktionen der Regierung kundzutun. Zum Beispiel anläßlich des 8. März, des internationalen Frauentags.

Viele Grüße!
Genossen aus Hannover

IGM Norddeutschland:

Kampfaktionen gegen Lohngruppe 2

Anfang März treten 30000 in den Warnstreik

Die Metallerinnen sind entschlossen, in der diesjährigen Tarifrunde endlich die Forderung nach dem Wegfall der Lohngruppe 2 durchzusetzen. Die IGM in Norddeutschland erklärte, daß die entsprechende Forderung auf keinen Fall von den Lohnforderungen abgetrennt wird. Inzwischen haben im Nordverbund verschiedene Kampfaktionen stattgefunden, weitere, noch größere, sind für Anfang März geplant.

Ein großer Erfolg wurde eine Großveranstaltung der IGM am 15.1.81 in der Neumünsteraner Holstenhalle; die Aktion fand breite Resonanz in den Betrieben. Am 5.2. legten Kolleginnen und Kollegen in allen größeren Städten Schleswig-Holsteins die Arbeit nieder, weil die Kapitalisten über die Lohngruppe 2 nicht verhandeln wollen. In Flensburg beispielsweise demonstrierten über 1000 Menschen, die um 14.00 Uhr in verschiedenen Betrieben die Arbeit niedergelegt hatten. Die Kapitalisten stoßen vielfältige Drohungen aus, um die Kolleginnen und Kollegen einzuschüchtern, sie drohen mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen". Doch die erhoffte Wirkung bleibt aus.

Anfang März werden etwa 30000 Metaller in Norddeutschland für vier Stunden die Arbeit niederlegen. In Kiel wird bei HDW, AEG, MaK, Anschütz, Hagenuk gestreikt und zum Kundgebungsplatz demonstriert. Eine dieser Kundgebungen (für HDW und AEG) wird auf dem Gaardener Vinetplatz stattfinden.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Strafanträge im Majdanek-Prozeß

Freispruch für den Massenmörder?

DÜSSELDORF. — Als die Staatsanwaltschaft im Majdanek-Prozeß am vergangenen Mittwoch zum Abschluß eines viertägigen Plädoyers die Strafanträge stellte, zeigte sich in den Reihen der Angeklagten keine Regung. Der plädierende Staatsanwalt forderte für die Angeklagten Hermann Hackmann, Hermine Ryan-Braunsteiner, Hildegard Lächert, Emil Laurich und Fritz Petrick zwei- bis achtmal „lebenslänglich", für drei der Angeklagten Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren und einen Freispruch.

Im KZ Majdanek sind in den Jahren 1941 bis 1944 mindestens 250000 Menschen auf bestialische Weise ums Leben gebracht worden. An den Verbrechen waren die Angeklagten allesamt beteiligt. Ihre Taten, die durch eine mehr als 20jährige Ermittlungstätigkeit und eine mehr als fünfjährige Prozeßdauer zur Genüge erwiesen sind, umriß in seinem Plädoyer der Staatsanwalt noch einmal, in den nüchternen und knappen Worten des Juristen. Es sind dies Einzel- und Massenerschießungen, Selektionen von Alten und Kranken für die Gaskammer, Selektionen von Kindern, Erhängen, Erschlagen und Zu-Tode-treten von Häftlingen — eine ungeheuerliche Liste von Greueltaten, für deren Auffassung die menschliche Vorstellungskraft nicht ausreicht.

Faßbar ist nur das Einzelne. In seinem Plädoyer berührte der Staatsanwalt zum Beispiel ein nebensächliches Ereignis im Zuge einer „Kinderaktion": Im Spätsommer oder Frühherbst 1943 waren über 100 zur Vergasung bestimmte Kinder aus der Gegend um Bialystok auf Lastwagen verladen und zunächst, aus Täuschungsgründen, außerhalb des Lagers verbracht worden. Nach Einbruch der Dunkelheit wurden sie zu den Gaskammern zurückgefahren. Die Kinder mußten die ganze Zeit über geahnt haben, was ihnen bevorstand, denn als sie zur Vernichtung hineingetrieben wurden, fragte ein kleines Mädchen einen SS-Mann: *„Gelt, Herr Blockführer, wir werden nicht vergast?"* — der SS-Mann aber, wie er später vor den Ermittlungsbehörden aussagte, hatte sich abgewandt und hinter der Türe hatten die Kinder geschrien, bis das Gas sie getötet hatte.

Angesichts der ungeheuerlichen im KZ Majdanek begangenen Verbrechen wirken selbst die geforderten lebenslangen Haftstrafen dürftig, ungenügend und die Betroffenen sind überdies schon 58 und 68 Jahre alt; sie haben ihr Leben genießen können, und wer weiß, ob nicht ein Haftunfähigkeits-Attest sie bald schon wieder aus der Gefängniszelle befreien wird. — Was aber soll man dazu sagen, daß in drei Fällen nur Zeitstrafen gefordert sind und im Falle Heinrich Groffmann sogar Freispruch? —

Über Groffmann, einen ehemaligen SS-Unterscharführer und Chef eines Häftlingsfeldes, sagte am 30. August 1977 der Zeuge Stanislawski (Häftlings-Nr. 3584) vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht folgendes aus: „Er war einer der jüngsten SS-Leute. Nach dem Abendappell zog Groffmann sich gerne Lederhandschuhe an, nahm zwei SS-Männer als Assistenten mit und ging an der Front der angetretenen 400 bis 500 Gefangenen entlang. Er riß willkürlich Häftlinge heraus, schlug sie so lange mit den Fäusten ins Gesicht, bis sie hinstürzten. Dann trampelten die Assistenten sie tot. Ich habe meinen Tod tausendmal so erlebt und andere Häftlinge auch. Daß Feld 3 Todesfeld hieß, lag an Groffmann. Er hat so um die 150 bis 200 Menschen umgebracht — mindestens." (Zit. nach Heiner Lichtenstein, „Majdanek".) Dem Staatsanwalt aber sind anscheinend solche Beweise nicht ausreichend.

„Gelt, Herr Staatsanwaltschaft, Sie lassen die Mörder nicht entkommen?"

Was die SS-Leute Ellwanger, Strippel und Villain betrifft, so haben sie, nach den Worten des Staatsanwaltes, allesamt an Erschießungen teilgenommen. Villain hat als Führer einer Häftlingsfeldes unter anderem die Selektion von 1000 Juden zur Erschießung der 17000, dem berüchtigten „Erntefest" am 3. November 1943, geleitet; über Strippel sagte der genannte Zeuge Stanislawski aus: „Einmal kam Strippel nach einer Erhängung auf Feld 3. Die Häftlinge flohen vor ihm. Strippel merkte das und gab sechs, sieben Schüsse ab. Später mußte ich Kaffee holen. Da lagen dort zwei Tote und drei Verwundete. Andere Häftlinge sagten mir, daß hat Strippel getan." (Zit. nach Lichtenstein). Strippel, der einer der ranghöchsten SS-Männer des Lagers war (er ist auch durch Untaten in anderen KZs und den Mord an den Kindern vom Bullenhuser Damm bekannt geworden), soll nun nach dem Willen des Staatsanwaltes mit sechs Jahren davonkommen. Villain soll zehn Jahre erhalten und Ellwanger fünf.

Gelt, Herr Staatsanwalt, Sie sorgen für Gerechtigkeit?".

An den Forderungen der Staatsanwaltschaft bezüglich der SS-Männer Ellwanger, Strippel, Villain und Groffmann zeigen sich die Folgen einer skandalösen Behandlung der NS-Verbrechen durch die westdeutschen Justizbehörden. Die Ermittlungen zum Majdanek-Prozeß waren erst Anfang der 60er Jahre aufgenommen worden; Ermittlungen und schließlich der Prozeß selbst wurden über fast 20 Jahre verschleppt, so daß, infolge der Zeitspanne, bei den Zeugen Erinnerungslücken auftraten, Ungenauigkeiten und Widersprüche in ihren Aussagen, die nun den einstigen Peinigern zugute kommen. In seinem Plädoyer bekannte der Staatsanwalt mehrmals: „Ich bin zwar der Ansicht, daß der Angeklagte ... diese oder jene Tat begangen hat, aber mit exakter Sicherheit läßt sich dies nicht mehr nachweisen." — Anstatt dafür zu sorgen, daß die faschistischen Massenmörder für den Rest ihres Lebens nicht mehr das Licht der Sonne erblicken, verdreht der Staatsanwalt bei dreien die Mordtaten in „Beihilfe zum Mord", was nur mit zeitlich begrenztem Freiheitsentzug bestraft wird. — Nachsicht der Ermittlungsbehörden und des Gerichts gegenüber den NS-Verbrechern ist überhaupt ein Kennzeichen des Majdanek-Prozesses: Gab es 1968 noch 350 Verdächtige, so wurde doch nur gegen 44 von ihnen konkrete Beschuldigungen erhoben. Von diesen 44 wurden im November 1975 nur 15 vor Gericht gestellt. Von den 15 wiederum sind mittlerweile bereits sechs ausgeschieden, davon vier durch Freispruch.

„Gelt, Hohes Gericht, die Mörder bekommen ihre Strafe?".

Man muß damit rechnen, daß das Gericht in seinem Urteil demnächst die ohnehin milden Strafforderungen der Staatsanwaltschaft noch unterbieten wird. Ein Signal hat der Richter am vergangenen Mittwoch nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes schon gesetzt: Er lehnte es ab, den Massenmörder Petrick, gegen den die Staatsanwaltschaft zeimal lebenslänglich gefordert hat, in Haft zu nehmen — aus Gesundheitsrücksichten. Auch Strippel und Ellwanger, nicht zu reden von Groffmann, konnten den Gerichtssaal verlassen. Im übrigen war der Richter in Gedanken schon bei anderen Dingen. In seiner gewohnte jovialen und scherzhaften Weise setzte er die nächste Verhandlung — statt für Dienstag — für Aschermittwoch fest, „wegen der karnevalistischen Vorgänge der nächsten Woche."

ju.

Endlich! nach 36 Jahren:

Hamburger Gericht hebt Nazi-Urteil gegen Fiete Schulze auf

Zuvor wurde es zweimal bestätigt

HAMBURG. — Fast 46 Jahre nach seiner Ermordung durch die Hitler-Faschisten wurde das damalige Todesurteil gegen den Kommunisten Fiete Schulze vom Hamburger LAndgericht aufgehoben. Noch im Jahre 1974 hatte die Hamburger Justiz dieses Urteil und damit den feigen Mord für rechtens erklärt!

Fiete Schulze — das ist Hamburg heute noch ein sehr bekannter Name. Und nicht nur in seiner Heimatstadt, in deren Vorort Schiffbek (dem heutigen Billstedt) er am 22. Oktober 1894 geboren wurde, ehren die Antifaschisten das Andenken dieses mutigen kommunistischen Kämpfers und Organisatoren des Widerstandes gegen den Nazi-Terror im Bezirk Wasserkante.

Der Arbeitersohn Fiete Schulze arbeitete als Jugendlicher wie sein Vater auf Hamburger Werften als Schlosser und Nieter. Von der SPD trat er 1919 zur USPD über, 1920 in die KPD. Als sich im Jahre 1923 die Hamburger Arbeiter gegen das mörderische kapitalistische System erhoben, stand Fiete Schulze an ihrer Spitze. Er, der enge Kampffreund Ernst Thälmanns, wurde der Leiter des Aufstandes in Schiffbek.

Nachdem der Aufstand gescheitert war, weil die Hamburger allein blieben, weil Verrat die KPD im Reich lähmte, wurde Fiete Schulze einer der meistgesuchten Männer in Deutschland. Um den Verfolgungen der Klassenjustiz zu entgehen, ging er ins Ausland, nach Chile, wo er als Bergmann in den Salpetergruben schuftete. Im Frühjahr 1926 ging er dann in die Sowjetunion, die ihm politisches Asyl gewährte.

Im Sommer 1932 kehrte Fiete Schulze als Illegaler nach Hamburg zurück und übernahm im Auftrag der KPD-Bezirksleitung Wasserkante die Organisierung des Massenkampfes gegen den anwachsenden Terror der Nazifaschisten. Am 16. April 1933 fiel er den Faschisten in die Hände. In fast zweijähriger „Untersuchungshaft" — so lange brauchten die Nazis, um die Anklageschrift zurechtzuzimmern — wurde er schwer mißhandelt. Am 13. Februar 1935 begann sein Prozeß. Daß die Hamburger Antifaschisten hinter ihrem Genossen standen, bewies unter anderem eine Aktion am Vorabend des Prozesses: Über Nacht wurde aus dem Sievekingplatz beim Hanseatischen Oberlandesgericht der „Fiete-Schulz-Platz" — Antifaschisten hatten die Strassenschilder überklebt.

Vor dem Blutgericht der Nazis bewies Fiete Schulze größten Mut und Standfestigkeit, hielt die Ehre der Kommunistischen Partei hoch und verteidigte ihren Kampf. „Mag kommen was will! Wir werden die Sieger sein!". Das war seine Antwort auf das am 18. März 1933 verkündete Todesurteil.

Die Nazis waren über alle Maßen wütend, daß sie die revolutionäre Entschlossenheit Fiete Schulzes nicht hatten brechen können. „Seine Worte sind gefährlicher als eine Kugel!" mußte Staatsanwalt Stegemann feststellen. „Möge in diesem Angeklagten der ... Kommunismus versinken, dessen vollendeter Ausdruck Fiete Schulze ist." Und das Gericht sprach nicht einfach ein Todesurteil aus. Nein, dreimal wurde Genosse Fiete Schulze zum Tode verurteilt, zusätzlich zu 260 Jahren Zuchthaus! Welch eine Angst vo einem einzigen Manne! In einem Kassiber, den der Verurteilte aus seiner Zelle schmuggeln konnte, schrieb er: „Dreimal forderte der Staatsanwalt mein Leben. Ich gehöre zu denen, die nur einmal sterben. Wenn ich aber vier Leben hätte, wahrlich, wenn sie mir drei nähmen, ich setzte das vierte ein, wenn es nur beitrağt zur Rettung meines Volkes."

Daß ein solcher Mann auch den Behörden im Nachfolgestaat des Dritten Reiches, in der westdeutschen Bundesrepublik, verhaßt ist, versteht sich von selbst. 1971 bestätigte die Hamburger Justiz das Todesurteil, indem es eine Klage der Tochter



Fiete Schulzes, Wilma Giffey, gegen die faschistische „Deutsche National-Zeitung" in allen wesentlichen Punkten abwies. Diese hatte Fiete Schulze als „Mörder" und „Killer" beschimpft. Nur den „Killer" mußte die DNZ widerrufen, ansonsten hieß es, das Urteil von 1935 sei schließlich nicht existent.

Vor kurzem wurden dem Rechtsanwalt Wilma Giffeys, Dr. Klaus Dammann, bisher geheimgehaltene Unterlagen der Justiz zugespielt. Daraus ging hervor, daß das Landgericht entgegen einem Antrag des Generalstaatsanwaltes auf Aufhebung des Nazi-Urteils dieses 1974 noch einmal bestätigte. **Es behauptete in der Begründung unter anderem, Widerstand gegen die Nazis hätte „nur im gesetzlich zulässigen Rahmen" geübt werden dürfen!**

Als Rechtsanwalt Dammann nun die Aushändigung dieses Beschlusses forderte, wurde das Urteil von 1935 überraschend aufgehoben.

Es ist einer der vielen Schandflecke auf der Justiz dieses Landes, daß bis zu dieser Entscheidung nach der Niederlage der Nazis fast 36 Jahre vergehen mußten. Noch immer fürchtet man, daß das Vorbild des kompromißlosen Revolutionärs Fiete Schulze Nachahmer finden könnte. Und das mit Recht.

Im Wirken unserer Partei ist das Andenken Fiete Schulzes lebendig. Was alle Reaktionäre an diesem Mann so hassen, ist seine Unversöhnlichkeit, ist seine auf den Barrikaden von Schiffbek bewiesene Bereitschaft, an der Spitze der Arbeiterklasse zu den Waffen zu greifen, um das Unrechtssystem des Kapitalismus zu beseitigen. Hätten die deutschen Arbeiter 1923 gesiegt, hätte es Faschismus und Zweiten Weltkrieg wohl nie gegeben. Fiete Schulzes Vermächtnis erfüllen, ist für uns Verpflichtung. Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die kommende Erhebung des deutschen Proletariats siegreich wird!

Heß bleibt drin

WESTBERLIN. — Der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat den Revisionsantrag des früheren Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zurückgewiesen, mit dem dieser die Verfassungsorgane der Bundesrepublik zwingen lassen wollte, „konkrete außenpolitische Initiativen" mit dem Ziel seiner Freilassung einzuleiten. Offensichtlich schreckte das Gericht vor den zu erwartenden internationalen Protesten gegen eine Entscheidung zugunsten des Nazi-Verbrechers zurück.

Es ist schlimm genug, daß von der Bundesregierung immer wieder zu hören ist, aus „humanitären Gründen" sei eine Fortsetzung der Haft für Heß eigentlich nicht zu befürworten. Eine Freilassung dieses Nazi-Führers wäre eine öffentliche Ermunterung für die in Westdeutschland tätigen Neonazis, die die Forderung „Laßt Heß frei" seit Jahren auf ihre Fahnen geschrieben haben.

„Es war mir nie vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem größten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat... Ich bereue nichts!". Das waren die Worte von Heß vor dem Nürnberger Militärgerichtshof. Dieses „Ich bereue nichts!" ist für die Faschisten in der Bundesrepublik zum Leitwort geworden bei ihrer Verherrlichung des unmenschlichen Hitler-Staates. Und das mit wohlwollender Duldung durch die westdeutschen Staatsorgane. Statt die Verherrlicher faschistischer Gewalttaten, die heutigen gewalttätigen faschistischen Terroristen mit allen Mitteln zu verfolgen und zum Schweigen zu bringen, gibt man höchst offiziell ihrem Treiben für eine Heß-Freilassung noch einen „humanitären" Anstrich.

Daß dem Gericht die Ablehnung des Revisionsantrags nicht leicht gefallen ist, merkt man an den Andeutungen einer „nicht ganz auszuschließenden Völkerrechtswidrigkeit", die dem Urteil von 1946 unterstellt wird.

Heß-Anwalt Alfred Seidl, CSU-Mitglied und früherer bayrischer Innenminister, hat hier auch sofort eingehakt und will eine internationale Kampagne starten, die doch noch zur Freilassung seines Mandanten führen soll. Sozusagen eine Aktionsgemeinschaft von CSU und allen Nazi-Gruppen zugunsten eines der größten Verbrecher der deutschen Geschichte, die sich des Wohlwollens aller Bonner Parteien sicher ist.

Die Antifaschisten müssen weiterhin wachsam sein. Heß darf nicht freikommen!

Unterdessen reißen die Drohungen militanter Nazi-Gruppen, die die Freilassung ihres Idols erzwingen wollen, nicht ab. Mehrere konkrete Versuche, Heß zu befreien oder freizupressen, haben in den letzten Jahren schon stattgefunden, wenn sie auch meist in den Vorbereitungen steckenblieben. Dabei war die Ermordung von Menschen, zum Beispiel des Wachpersonals, eingeplant.

Anfang Februar dieses Jahres erhielten die Regierungen Österreichs, Italiens und Westdeutschlands Erpresserbriefe, in denen die Zahlung von ca. 15 Millionen DM „Entschädigung" an die „Hilfsgemeinschaft Rudolf Heß" oder andere Nazi-Gruppen gefordert wird. Bei Nichtzahlung sollen „prominente Juden" ermordet werden. Solche Verbrechen sind den Neonazis, das haben sie in den letzten Monaten bewiesen, durchaus zuzutrauen.

Zwar ermittelt Bundesanwalt Rebmann nach eigenen Aussagen gegen ein „Wiedergutmachungskommando Rudolf Heß". Aber solange der Nazi-Sumpf nicht endgültig trockengelegt wird, solange die verschiedensten Nazi-Gruppen unbehelligt herumlaufen können, wird es immer wieder zu blutigen Gewalttaten kommen. **Dagegen müssen die Antifaschisten in Westdeutschland mobil machen!**

Neonazis in der Jungen Union

OFFENBACH. — Neue Beispiele für die enge Verwandtschaft der Jungen Union (CDU-Nachwuchsorganisation) mit den Neonazis werden aus dem Rhein-Main-Gebiet gemeldet.

Bei Mitgliedern der JU in Offenbach war die Begrüßung mit dem Hitler-Gruß zur Gewohnheit geworden. Politische Gegner wurden etwa so beschimpft: „Halt's Maul, sonst schieben wir Dich in den Ofen'. Farbige Bürger wurden verhöhnt: „Da können wir einen Taucheranzug draus machen."

Auch zur Hoffmann-Bande bestehen Verbindungen. Bekannt ist, daß sich ein 19jähriges JU-Mitglied im Trainingslager der WSG ausbilden ließ. Er pflegte bei JU-Veranstaltungen zusammen mit gleichgesinnten Kumpanen der JU mit Tarnanzug, Koppel und Knobelbechern aufzutreten.

Bauern legten Stadtverkehr lahm

Volkskorrespondenz aus Singen

Stellvertretend für viele Berichte von Bauernaktionen hier eine Fotokorrespondenz aus Singen.

Liebe Genossen!
Die Bauernprotestaktion in Singen hatte 7000 Teilnehmer. (3000 waren nur erwartet.) Nach einem kurzen Marsch durch die Innenstadt sollte der Demonstrationszug durch eine abgelegene Straße zum Kundgebungsplatz gehen.

Aber nur die ersten schlugen diesen Weg ein. Der größte Teil der Bauern marschierte auf der Hauptstraße Richtung Kundgebungsplatz. Und gegen den Willen der Organisatoren und zur größten Überraschung der Bullen, die überhaupt nicht darauf eingerichtet waren (es waren höchstens zwei Dutzend), besetzten 1000 Bauern ca. zwei Stunden lang die wichtigsten Kreuzungen und legten den Verkehr total lahm.

Die Stimmung war riesig.

Leider hatten wir nur 1000 Flugblätter, das waren viel zu wenig.

Bauern in der Singener Innenstadt



Eine zentrale Straßenkreuzung wird besetzt



Ein Autofahrer versuchte mit hoher Geschwindigkeit, sich freie Bahn zu verschaffen. Er konnte nur mit Hilfe der Polizei „gerettet" werden und mußte wieder zurückfahren. Es hagelte Fausthiebe und Fußtritte auf das Auto, die ihre Spuren hinterließen.

Sigrist-Prozeß:

Die Schuld der Polizei an Günter Routhiers Tod tritt immer klarer zutage

Volkskorrespondenz aus Münster

In dem Prozeß gegen Christian Sigrist, der die Duisburger Polizei für den Tod des Kommunisten Günter Routhier verantwortlich gemacht hatte und deshalb wegen „Beleidigung" dieser Polizei angeklagt ist, werden immer mehr Beweise gegen die Polizisten erbracht. Vor einigen Wochen bereits verwickelten sich die an dem Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht beteiligten Beamten in deutliche Widersprüche. Hanfried Brenner, der damals gegen Mannesmann geklagt hatte, sagte in Münster zu den damaligen Vorfällen aus, Und am 18. Februar stand das Gutachten des Westberliner Professors für Gerichtsmedizin, Walter Krauland, im Mittelpunkt der Verhandlung.

Krauland bekräftigte vor Gericht seine Feststellung, daß die tödliche Gehirnblutung des Genossen Günter Routhiers „zweifelsfrei durch die Einwirkung stumpfer Gewalt" hervorgerufen wurde. Und er fügte hinzu: Die Günter Routhier zugefügte Verletzung „wäre auch bei sonst gesunden Personen tödlich gewesen"! Es wird dem Gericht schwerfallen, an diesen Beweisen vorbeizukommen! Man kann hoffen, daß diejenigen, die Günter Routhier ums Leben gebracht haben, endlich zur Verantwortung gezogen werden.

Unrechts-Kommentare

Pfirrmann ist keine Ausnahme

Leserbrief aus Frankfurt

Liebe Genossen!

Zu Eurem Artikel „Werden Kommunisten bald die Kinder weggenommen?" (RM 6/81, S. 6) möchte ich noch folgendes bemerken:

Es ist nicht nur so, daß hier — wie Ihr schreibt — ein kleiner Handlanger ohne Beschönigungen öffentlich ausgesprochen hat, was seine Auftraggeber denken. Auch gewisse „Autoritäten" schreiben in den einschlägigen juristischen Kommentaren in etwa das Gleiche, was der Herr Pfirrmann aus Kleve geäußert hat.

So heißt es in einem der gängigsten Handkommentaren „für die juristische Praxis" namens Palandt in der Kommentierung zu Paragraph 1666 BGB (dieser Paragraph regelt, daß den Eltern das Sorgerecht — sprich: das Kind — entzogen werden kann, wenn sie dieses Sorgerecht mißbrauchen), ein Mißbrauch des elterlichen Sorgerechts könne auch bei „staatsfeindlicher Beeinflussung" des Kindes vorliegen.

Noch dicker kommt es in einem der maßgeblichen „Großkommentare" namens Staudinger. Hier heißt es, ebenfalls in der Kommentierung zu Paragraph 1666 BGB: „In Betracht kommen können als mißbräuchliche Ausübung des Sorgerechtes jetzt eventuell eine Beeinflussung des Kindes gegen die Ableistung des Wehrdienstes..."

Und weiter:

„Wenn das Kind gegen die Grundprinzipien des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ... erzogen oder unterwiesen wird, ... zum Beispiel in der kommunistisch-bolschewistischen ... Ideologie, oder wenn das Kind zu verfassungsfeindlichen Veranstaltungen zugezogen wird oder seine Teilnahme daran erlaubt wird..." könne dies ein Mißbrauch der elterlichen Sorgerechtes sein.

Pfirrmann hat also nicht nur ausgesprochen, was seine Auftraggeber denken, sondern auch, was in den juristischen Kommentaren drinsteht.

Erfolgreicher Protest gegen Graue Wölfe

Korrespondenz aus Reutlingen

Am Samstag, den 21.2.81, hielt die „Türkische Gemeinschaftsorganisation Reutlingen", eine Tarnorganisation der MHP, eine „Kultur"-Veranstaltung in Lichtenstein-Unterhausen (in der Nähe von Reutlingen) ab.

VVN, Jusos, DKP, Stadtjugendring und ein Arbeitskreis der IGM hatten zu einer Protestkundgebung in der Nähe der Halle aufgerufen. Mehr als 300 deutsche und türkische Antifaschisten waren trotz sehr kurzfristiger Ankündigung und „zufällig" an diesem Tag stattfindender massiver Fahrzeugkontrollen durch die Polizei gekommen. Nach Redebeiträgen von Vertretern von VVN und FIDEF — weitere Beiträge von türkischen Kollegen wurden nicht zugelassen — sollte die Aktion nach dem Willen der Veranstalter dann beendet sein.

Die große Mehrheit der Antifaschisten war allerdings anderer Ansicht und so formierte sich eine spontane Demonstration zur Lichtensteinhalle, dem Versammlungsort der Faschisten. Mit lautstarken deutschen und türkischen Parolen und Liedern wurde über eine Stunde lange gegen die Grauen Wölfe und die türkische Militärdiktatur protestiert. Ankommende Faschisten — insgesamt waren es etwa 40 — wurden mit Parolen, Buhrufen und Pfiffen gebührend empfangen. Nachdem die Veranstaltung der Grauen Wölfe begonnen hatte, zogen sich die Antifaschisten gemeinsam zurück.

Für Reutlinger Verhältnisse war dies eine wichtige und erfolgreiche Aktion. Die Reutlinger VOLKSFRONT-Gruppe hatte dazu nach Kräften mobilisiert, obwohl wir erst durch Plakate der VVN und einem Zeitungsartikel **am Tag vorher** davon erfuhren. Daß wir von den Veranstaltern der Protestkundgebung nicht früher direkt informiert wurden, ist uns umso befremdlicher, als die VOLKSFRONT schon bei der Marktplatzbesetzung im Mai '80 (zur Verhinderung einer Demonstration der Grauen Wölfe) bewiesen hat, daß sie zum entschlossenen Handeln gemeinsam und solidarisch mit allen anderen Antifaschisten bereit und in der Lage ist.

Erfreulich für uns war an diesem Tage auch der erste Kontakt und das erste gemeinsame Vorgehen mit einer Gruppe türkischer Antifaschisten. Alles in allem ein guter **1. Jahrestag der Gründung der VOLKSFRONT in Reutlingen.**

Seminare über die Kultur Albaniens

Wir machen hier eine Information der Volkshochschule Essen bekannt, an der der Musiker Gerhard Stäbler Kurse über Albanien gibt.

Erstmalig im Wintersemester 1980/81 boten wir den Kurs „Musik der Skipetaren" an, in dem Gerard Stäbler über die unbekannte Musik des Balkanlandes Albanien informierte.

Im Anschluß an diesen Kurs führt Herr Stäbler an der Essener Volkshochschule zwei Seminare über die albanische Kultur durch. Er referiert über die Entwicklung der albanischen Musik, Literatur und Sprache und zeigt in diesem Zusammenhang albanische Dokumentar- und Spielfilme, die die Geschichte und augenblickliche Lage des Landes behandeln.

Albanische Filme

Vorgesehen sind zwei Musikfilme („Frühling in Gjirokastra" und „Nationales Folklorefestival 1978") und unter anderem die Filme „Auge in Auge", ein Film über den Bruch der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien oder „Roter Mohn auf der Mauer", ein Film über den antifaschistischen Widerstand der Albaner im Zweiten Weltkrieg, oder der Film „Bei uns zu Hause", der 1980 beim Kinderfestival in Salerno mit einem Sonderpreis ausgezeichnet wurde.

Gedacht sind diese Seminare zur Information über das noch weithin fremde Land Albanien, aber auch zur Vorbereitung der Studienreisen „Musikleben in Albanien", die Herr Stäbler in der ersten April-Hälfte durchführt.

Die beiden Seminare finden am Samstag, 7., und Samstag, 21. März, jeweils von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 17.00 Uhr in der Volkshochschule Essen, Hollestr. 75, statt.

Die Anschrift der VHS: Hollestr. 75, 4300 Essen 1, Tel.: 233287/88



Teil des Demonstrationszugs

100 000 kamen nach Brokdorf

WILSTER, 28. Februar. — Alfred Dregger, der bekannte Scharfmacher in der CDU-Spitze, wußte es schon vorher: Am Samstag würde der „deutsche Amoklauf gegen die Kernenergie einen neuen Höhepunkt erleben."

Zu uns „Amokläufern" dringt diese düstere Prophezeiung durch's Autoradio, als wir im Morgengrauen auf die Wilster Marsch zusteuern. Um unser Ziel zu erreichen, haben wir eine umständliche Route über Nebenstraßen und Feldwege gewählt. Denn in diesen Morgenstunden ist es der Staatsapparat, der Amok läuft. Nicht nur in der Marsch, sondern im gesamten Bundesgebiet. 30000 Polizisten sind zwischen Flensburg und München im Einsatz, um den Aufmarsch der AKW-Gegner zu stoppen.

Ob in Bayern oder im Münsterland — überall werden „verdächtige" Busse angehalten, von der Autobahn geholt und ihre Insassen gründlich gefilzt. Je weiter man nach Norden kommt, desto häufiger werden die Kontrollstellen, desto bedrohlicher nimmt sie sich aus. Sandgefüllte Container auf den Überholspuren der Autobahnen, Stacheldrahtverhaue und kriegsmäßig ausstaffierte Polizeikommandos, den Finger am Abzug der Maschinenpistolen. Eine Generalstabsübung für den Bürgerkrieg, wie man sie in diesem Land noch nicht erlebt hat.

Uns ist es gelungen auf den Schleichwegen durch die winterliche Landschaft Schleswig-Holsteins alle Kontrollen zu umgehen. Wenige Kilometer nördlich von Wilster aber ist auch für uns die Fahrt zu Ende. Wuchtige Container sperren die Fahrbahn ab. Es ist inzwischen hell geworden. Dutzende von Autos stehen schon vor der Sperre, auch einige Busse sind darunter. Werden wir unseren Weg zu Fuß fortsetzen können?

Erste Überraschung: Die hinter den Containern postierte Polizei-Einheit unternimmt keinen Versuch, uns aufzuhalten. Ungehindert kommen wir nach Wilster hinein, wo an diesem Tag bei der geplagten Bevölkerung nackte Angst vor den „Amokläufern" herrscht. So jedenfalls hatten wir es auf der Anfahrt immer wieder aus dem Autoradio gehört. Regierungschef Stoltenberg höchstpersönlich hatte um Leib und Leben der Wilsterer gebarmt. Und die Presse wußte schon Tage zuvor zu berichten, die Bewohner dieser Stadt hätten sich in ihren Häusern hinter Holzverschlägen verbarrikadiert, um den schrecklichen Sturm der entfesselten Chaoten einigermaßen glimpflich zu überstehen.

Aber wie so vieles in diesen Tagen erweist sich auch das als gezielte Panikmache, als psychologische Kriegsführung, mit der die Besetzung der Marsch durch Polizei- und BGS-Truppen abgesichert werden sollte. Verbarrikadiert ist nur die Volksbank. Die Läden sind geöffnet und ihre Inhaber machen — ebenso wie die Betreiber von Würstchenständen — das Geschäft ihres Lebens. Aber nicht alle sind nur aufs Verdienen aus. Man kann auch beobachten, wie aus Privathäusern Kaffee an durchfrorene Demonstranten ausgeschenkt wird. An einigen Häusern sind handgeschriebene Zettel angebracht, auf denen darauf hingewiesen wird, daß hier Toiletten bereitstehen.

Morgens um 9.00 Uhr ist Wilster voll von Demonstranten. Aber die bundesweite Bürgerkriegsübung hat doch gegriffen. Denn alles in allem haben sich hier nur 20 bis 30000 AKW-Gegner eingefunden. Der weitaus größte Teil der erwarteten Demonstrationsteilnehmer steht noch irgendwo vor den Polizeisperren oder in den dadurch verursachten Staus. Eine erste Kundgebung wird durchgeführt, auf der unter anderem auch Peter Bracker, der zweite Ortsvorsitzende der Hamburger IG Druck und Papier spricht. Für keinen der AKW-Gegner, die bis Wilster durchgekommen sind, steht zur Frage, die geplante Demonstration wieder abzublasen. Wir alle werden zum Bauplatz marschieren — trotz Verbot.

Zu diesem Zeitpunkt wird das vom Steinburger Landrat verfügte, in Schleswig aufgehobene und in Lüneburg bestätigte Verbot der Massendemonstration gerade von den Herren in den roten Roben verhandelt, dem Bundesverfassungsgericht. Wenn aber jetzt hier in Wilster mit dem Abmarsch noch gezögert wird, dann nicht, um die Entscheidung des höchsten Gerichtes dieses Landes noch abzuwarten. Wir haben uns längst entschieden, gleichviel, ob uns das BVG seinen Segen dazu gibt oder nicht. Gewartet wird vielmehr auf die Zehntausende, die von der Polizei auf den Straßen noch festgehalten werden.

Doch um 11.00 Uhr geht es dann los. Unübersehbar ist jetzt schon der Zug, der in die Marsch hineingeht. Bei klirrender Kälte pfeift uns ein eisiger Wind entgegen. Vor der Stadt Wilster wird wieder eine Sperre passiert. Niemand hält uns auf. Doch dann nach einigen Kilometern kommt die Demonstration ins Stocken. Hier führt eine Brücke über einen halb zugefrorenen Kanal. Hinter der Brücke türmt sich wieder ein Hindernis aus bis zum Rand mit Sand gefüllten Containern. Abgesichert wird diese Sperre von zwei Wasserwerfern und einer starken kampfmäßig ausgerüsteten Polizei-Einheit.

Soll der Marsch zum Bauplatz hier gestoppt werden? Die Polizei verlegt sich aufs Verhandeln. Einzeln sollen die Demonstranten zwischen den Containern hindurchgehen und sich dann gründlich durchsuchen lassen. Es ist klar: Mit der entwürdigenden Kontrolle will man die Demonstranten nicht nur demoralisieren. Das von der Polizei vorgeschlagene Verfahren würde den durch Zuzug aus Wilster anschwellende Zug auch bis in die Abendstunden hinein aufhalten. Zudem wäre es für die Polizei auch eine Gelegenheit, die Demonstration zu spalten und diejenigen, die sich auf eine Kontrolle einlassen von den anderen zu trennen.

Aber das Polizeimanöver mißlingt. Unter dem Druck der ständig anwachsenden Demonstration muß die Polizei schließlich nachgeben und zulassen, daß einer der Container leergeschaufelt wird. „Zufällig" haben einige Demonstranten auch ein meterlanges Tau dabei. Mit vereinten Kräften wird der Container beiseite gezogen. Der Marsch auf den Bauplatz kann weitergehen — ohne Durchsuchung. Jetzt liegen nur noch einige Kilometer vor uns. Und wir können nun auch den Grund für die später von den Politikern aller Schattierungen so sehr gelobte „flexible Taktik" der Polizei erkennen.

Aus allen Richtungen bewegen sich endlose Kolonnen durch die flach wie ein Brett vor uns liegende Marsch auf den Bauplatz zu — über Straßen, Feldwege und auch quer über die Wiesen. Diese gewaltige Menge aufzuhalten, hätte wohl auch das hier konzentrierte größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik vor einige Probleme gestellt.

Dann liegt der Bauplatz des Atomkraftwerks Brokdorf vor uns. Eine perfekt ausgebaute Festung mit einem hohen, von NATO-Drahtrollen gekrönten Zaun. Davor zwei parallel zueinander verlaufende breite Wassergräben. Die Herren dieser Festung haben sich gut vorbereitet. Das Eis auf den Gräben ist zerhackt. Hinter dem Zaun ist eine neue Waffe in Stellung gebracht worden: Eine Wasserkanone, deren Strahl niemand standhalten könnte. Auf der Straße, die den Bauplatz von außen umgibt, sind mehrere Wasserwerfer und in ihrem Schutz einige Hundertschaften in Position gegangen.

Auf die Versuche von einigen hundert Demonstranten, sich dem Zaun zu nähern, wird mit brutaler Härte reagiert. Zuerst kommt das Kommando „Wasser marsch!", dann knüppelt die in geradliniger Reihe vorrückende Phalanx der Polizisten alles nieder, was sich ihr in den Weg stellt oder nicht schnell genug weglaufen kann. Auch auf unbeteiligte Demonstranten geht ein Bombardement von Gasgranaten nieder. Immer wieder ziehen die beißenden Kampfgasschwaden über die Wiesen.

Die große Mehrzahl der Demonstranten hat sich einige hundert Meter vom Bauplatz entfernt zu einer machtvollen Abschlußkundgebung zusammengefunden. Das politische Ziel ist erreicht worden. Das Demonstrationsverbot wurde durchbrochen und der Protest direkt auf das Gelände um den Bauplatz getragen. Am späten Nachmittag, als sich die 100000 schon auf dem Heimweg durch die Marsch zu ihren Autos und Bussen bewegen, sieht die Polizei die Stunde für eine hinterhältige Abrechnung gekommen. Die letzten Gruppen der abziehenden Demonstranten werden von wild um sich schlagenden Kommandos angegriffen. Zur gleichen Zeit stoßen ganze Staffeln von BGS-Hubschraubern auf die Menge hinunter, reißen durch die von den Rotorblättern erzeugten Wirbel die Fliehenden um.

Mehrere Hubschrauber kreisen den Lautsprecherwagen der „Hamburger Gewerkschafter gegen Atomenergie" ein; sie landen, eine Hundertschaft BGSler springt heraus und stürmt den Wagen. Die Kollegen im Wagen werden verhaftet.

Das war die schäbige und brutale Rache des Staatsapparats, der mit Verboten und Schikanen diese machtvolle Demonstration nicht hat verhindern können. 100000 hatten sich auf den Weg in die Wilster Marsch gemacht und den Protest gegen das Bonner Atomprogramm unübersehbar zum Ausdruck gebracht. Es war die größte Demonstration am Bauplatz Brokdorf — aber sicher nicht die letzte.


Polizisten feuern Gasgranaten in die Menge

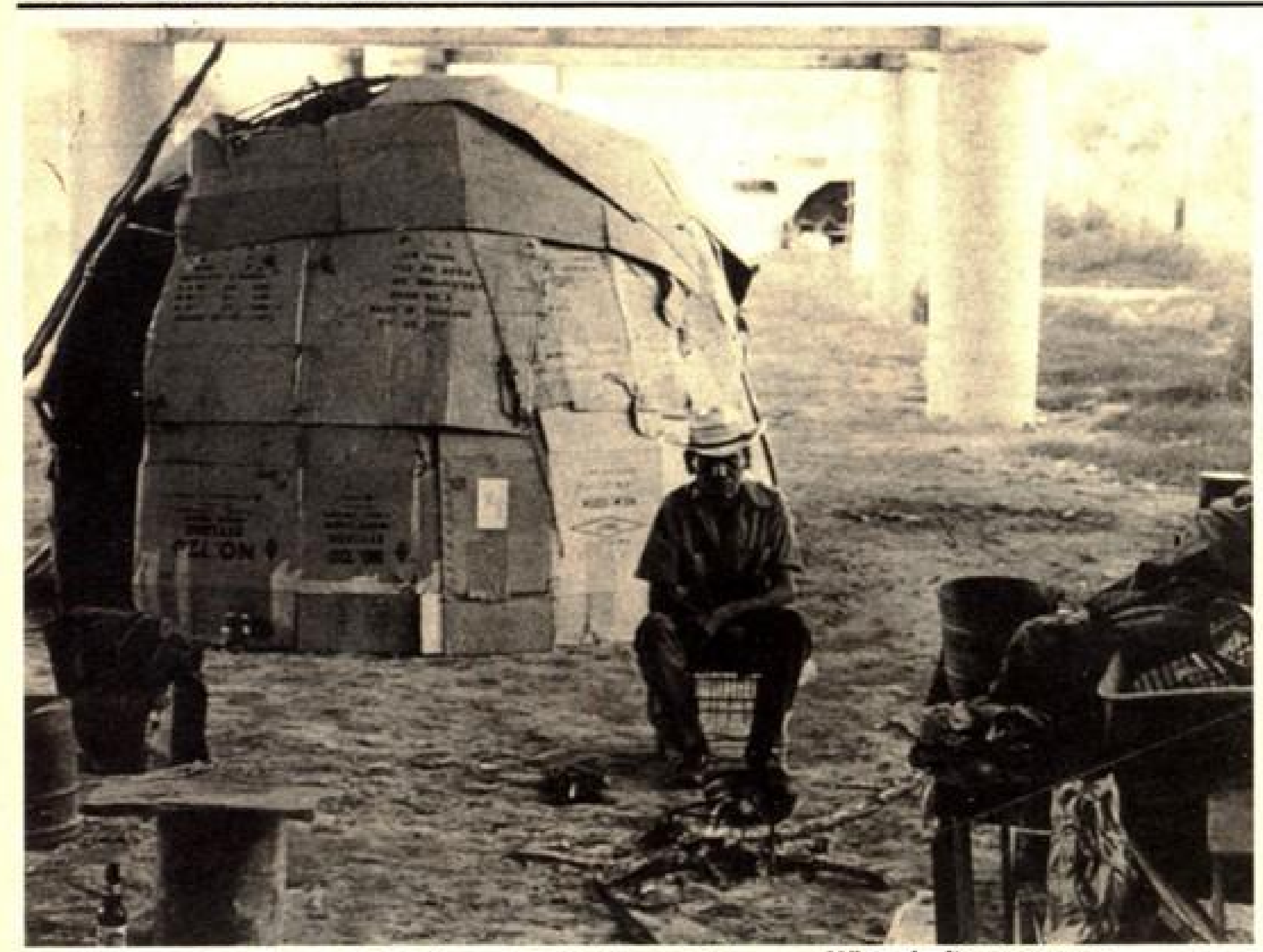


Genossen der Partei im Demonstrationszug


Polizeisperre


Die Gräben in der Marsch werden überquert

Ein Polizeiaufgebot von 11 000 Mann war in der Wilster Marsch stationiert



Die Armen sind die ersten Opfer von Reagans Wirtschaftsprogramm

Amerikanische Kampagne gegen „Waffenlieferanten"

Reagan droht mit Aktion gegen Cuba

WASHINGTON. — Wiederholt hat die US-Regierung in den letzten Tagen Cuba mit militärischen Aggressionen gedroht. Die Drohungen stehen im Zusammenhang mit angeblichen Waffenlieferungen Cubas an die Partisanen in El Salvador.

In der vergangen Woche wurde in Washington ein sogenanntes Weißbuch veröffentlicht, das den Titel „Kommunistische Einmischung in El Salvador" trägt. Darin werden die Sowjetunion, Vietnam und andere Staaten beschuldigt, auf dem Weg über Cuba und Nicaragua Waffen für die Freiheitskämpfer nach El Salvador einzuschleusen.

Das „Weißbuch" ist nur der Höhepunkt einer schon seit Reagans Amtsantritt anhaltenden Propagandakampagne um die angeblichen Waffenlieferungen. Die Absicht dieser Kampagne ist deutlich. Um die brutale militärische Aggression des US-Imperialismus und der von ihm gestützten Junta gegen das Volk von Salvador psychologisch abzusichern, sollen die Partisanen als Agenten Moskaus und Havanas hingestellt werden. Zugleich aber benutzt Reagan diese Kampagne auch dazu, um künftige Aggressionen gegen Nicaragua und Cuba zu rechtfertigen. Die amerikanischen Supermacht ist offenbar entschlossen, ihre uneingeschränkte Herrschaft über den ganzen karibischen Raum mit allen Mitteln wieder herzustellen.

In bezug auf Cuba erklärte Reagans Chefberater Meese, Washington habe sich „jede Möglichkeit eines Eingreifens" vor. Mit dem für die Reagan-Leute typischen Zynismus sagte er auf Fragen danach, wie solche Möglichkeiten aussehen könnten: Es sei die bewußte Taktik der amerikanischen Regierung, den Gegner über die Absichten Washingtons im dunkeln zu lassen. Inzwischen sind von Vertretern der US-Regierung jedoch schon öffentlich Überlegungen darüber angestellt worden, Cuba mit „wirtschaftlichen Repressalien" und mit einer Seeblockade durch die amerikanische Kriegsmarine zu „bestrafen".

Um sich die Unterstützung der europäischen „Verbündeten" für die US-Aggression gegen El Salvador zu sichern, ließ Außenminister Haig seine Diplomaten nach Westeuropa ausschwärmen. Schon vorher hatte Haig die EG-Regierungen aufgefordert, die von der EG-Kommission geplante Sofforthilfe an Nahrungsmitteln und Medikamenten in Höhe von einer Million Mark für die Bevölkerung El Salvadors zurückzunehmen. Und diese Forderung wurde postwendend erfüllt! Als der US-Sonderbotschafter Eagleburger am EG-Sitz in Brüssel eintraf, konnte er die Zusicherung entgegennehmen, die Sofforthilfe würde bis auf weiteres aufgeschoben.

So tragen die EG-Bosse also ihr Teil dazu bei, daß der Völkermord der proamerikanischen Junta auch wirksam wird. Anderswo hatte Eagleburger jedoch weniger Erfolg bei seinem Werben um Unterstützung für den Massenmord. Der niederländische Außenminister van der Klaauw erklärte ihm deutlich, daß sich seine Regierung vom militärischen Vorgehen der USA in El Salvador distanziere. Der Außenminister verwies zudem auf eine Resolution des niederländischen Parlaments, in der die Beunruhigung über die amerikanischen Waffenlieferungen an die Junta zum Ausdruck gebracht worden war.

Ähnliche Kritik kam auch aus Schweden. Dort erklärte Außenminister Ola Ullsten vor dem Reichstag, das amerikanische Vorgehen gegen El Salvador sei „nicht zu verteidigen". Der erste Schritt für eine friedliche Lösung in dem mittelamerikanischen Land müsse darin bestehen, „daß alle ausländischen Einmischungen aufhören". In Italien haben sich vierzig weibliche Parlamentsabgeordnete verschiedener Parteien — darunter auch der regierenden christ-demokratischen Partei — in einem Appell an alle Staaten gewandt. Sie fordern die sofortige Einstellung jeglicher Hilfe für die Junta von El Salvador, die „Massaker" an all denen begehen würde, „die die Volksorganisation unterstützen".

In Bonn dagegen waren Töne ganz anderer Art zu hören. Die CDU, deren Generalsekretär Geißler ja erst kürzlich die faschistische Junta über den grünen Klee gelobt hatte, forderte die Bundesregierung auf, sich „offen und öffentlich auf die Seite unserer amerikanischen Verbündeten zu schlagen". Und fein abgestimmt mit dem Bonner Besuch von Eagleburger veröffentlichte die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hamm-Brücher, einen Brief, in dem sie der salvadorianischen Junta Reformbereitschaft unterstellte und die Behauptung verbreitete, die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung in El Salvador stünde nicht auf der Seite der Opposition.

Das sind erste Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung vollständig auf den amerikanischen Aggressionskurs gegenüber El Salvador einschwenken will. Außenminister Genscher hat denn auch schon seine Bereitschaft erklärt, sich mit dem Massenmörder und Junta-Chef Duarte zu treffen, den die CDU für den März nach Bonn eingeladen hat. Eine solche offene Unterstützung für die Faschisten in El Salvador und ihre amerikanischen Hintermänner aber stößt auch in der SPD auf scharfen Widerstand.

Juso-Chef Piecyk verurteilte in der vergangenen Woche die US-Politik gegenüber dem mittelamerikanischen Land als „unmenschlich und unmoralisch". Er forderte die Bundesregierung dazu auf, sich dem Druck Washingtons zu widersetzen. Und immerhin hat Entwicklungshilfeminister Offergeld (SPD) einen Tag vor dem zweiten Besuch Eagleburgers in Bonn eine Unterstützung der Junta strikt abgelehnt. Er widersprach auch den Behauptungen Hamm-Brüchers, indem er sagte, er sehe „wenig Reformbereitschaft" bei der Junta und betonte, die Ursache der gegenwärtigen Kämpfe in El Salvador sei „untragbares soziales Unrecht".

Schmidt selbst spielt angesichts dieser Widersprüche in seiner Regierung offenbar wieder mal auf Zeit. Er ließ den Regierungssprecher Becker verkünden, die Konsultationen zwischen den USA und ihren Verbündeten in der Salvador-Frage seien noch nicht abgeschlossen. Die demokratischen Kräfte in unserem Land aber werden sich mit einer solchen Hinhaltetaktik nicht zufrieden geben. Sie fordern eine unmißverständliche Absage an Washington und die sofortige Einstellung aller Beziehungen zur faschistischen Junta von El Salvador.

Reagans Wirtschaftsprogramm

Kanonen statt Butter

Gewerkschaften kündigen Widerstand an

WASHINGTON. — Präsident Reagan hat in der vorletzten Woche sein Wirtschaftsprogramm verkündet. Es ist gekennzeichnet durch brutale Haushaltskürzungen zulasten der ärmsten Schichten auf der einen, und durch Steuergeschenke für die Kapitalisten und riesige Rüstungsausgaben auf der anderen Seite.

Insgesamt 41,4 Milliarden Dollar will Reagan aus dem Etat für das Haushaltsjahr 1981/82 herausstreichen. Natürlich nicht bei den Rüstungsausgaben. Die werden — wie von den Reagan-Leuten schon seit langem angekündigt — vielmehr kräftig erhöht, im kommenden Haushaltsjahr um 7,2 Milliarden Dollar. Das rasante Tempo der Militarisierung in den Vereinigten Staaten kann man sich am besten veranschaulichen, wenn man sich die folgenden Zahlen vor Augen hält. Gegenwärtig machen die Militärausgaben 24,1 Prozent des gesamten Haushaltes aus; nach Reagans Planungen wird der Anteil bis 1984 auf 32,4 Prozent, also etwa ein Drittel des Gesamthaushaltes angestiegen sein.

Bezahlen dafür sollen die Werktätigen insgesamt. Und unter ihnen — so konnte man es dem Reaganschen Programm entnehmen — vor allem diejenigen Amerikaner, die heute schon mit Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze ihr Leben fristen müssen. Eingeschränkt werden künftig die Sparpolitik der Städte nach sich ziehen — vor allem eine weitere Einschränkung und Verteuerung der Dienstleistungen und neue Massenentlassungen von Lehrern, Krankenhausangestellten und anderern Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Vor diesem Hintergrund muß man auch den großen Wahlschlager sehen, mit dem Reagan gegen Carter angetreten ist, nämlich die Senkung der Steuern um 30 Prozent in einem Zeitraum von drei Jahren. Selbst im Repräsentantenhaus, einem Teil des amerikanischen Parlaments, wurde jetzt offen davon gesprochen, daß Reagans Steuerprogramm ein gigantischer Betrug ist, weil es nur den „Wohlhabenden zugute kommt."

Und tatsächlich werden die Folgen des Reaganschen Wirtschaftsprogramms die Steuererleichterungen für die Werktätigen schnell wieder aufgefressen haben. Gewinner der Steuersenkung sind eindeutig die Kapitalisten. Die Senkung gilt sowohl für die Kapital- wie auch für die Einkommenssteuer, wobei eine 10prozentige Minderung der Kapitalsteuer schon rückwirkend für den 1. Januar in Kraft getreten ist, während über die konkreten Formen der Senkung der Einkommenssteuer gegenwärtig noch diskutiert wird.

Für die Kapitalisten gibt es aber noch zwei weitere Geschenke. Das eine betrifft die von Reagan jetzt eingeführte Verkürzung der Fristen für Abschreibungen. Darüber sagte der Präsident selbst: „Nach diesem Plan würden Unternehmen im Haushaltsjahr 1981/82 nahezu zehn Milliarden Dollar für Investitionen gewinnen, bis 1985 hätte sich diese Zahl auf nahezu 45 Milliarden erhöht."

Das dritte Geschenk schließlich betrifft Reagans Ankündigung, er werde „lästige Bestimmungen prüfen und aufheben." Damit sind solche Bestimmungen gemeint, die den Profit der Unternehmen schmälern, beispielsweise vom Staat verordnete Auflagen für Sicherheit und Umweltschutz. Auch dieses Geschenk der neuen Regierung für die Kapitalisten wird katastrophale Auswirkungen für die Werktätigen haben.

Reagans Wirtschaftsprogramm hat nach seiner Verkündung sofort Widerstand hervorgerufen. Der Exekutivrat der amerikanischen Gewerkschaftsverbands AFL/CIO erklärte: „Seine Vorschläge verlangen mehr Opfer von denen, die wenig haben, um es jenen zu geben, die schon viel haben". Durch die Verwirklichung des Programms würde, so der AFL/CIO, eine weitere Million Werktätige ihre Arbeit verlieren.

Sam Church, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, kündigte sogar einen nationalen Streik an. Als Begründung dafür nannte er unter anderem die Tatsache, daß es den Bergleuten jetzt noch schwerer gemacht würde, Beihilfen bei Staublungenerkrankungen zu bekommen. Der Direktor der nationalen Schulvereinigung, Thomas A. Shannon, nannte Reagans Programm eine „Kriegserklärung" gegen das öffentliche Erziehungssystem.

Erfahrungsgemäß muß man jedoch solche Kampfansagen der Gewerkschaftsführer vorsichtig werten. Denn sie sind in noch größerem Maße, als das in der Bundesrepublik der Fall ist, mit dem Finanzkapital und dem bürgelrichen Staat verbunden. Und sie haben auch schon Carters Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen mitgetragen. Der wirkliche Widerstand gegen Reagans brutales Wirtschaftsprogramm wird von der Basis ausgehen.

Unterstützungsleistungen an Arme in Form von Lebensmittelgutscheinen. Gekürzt werden die Kindergeld-Zuschüsse für Bedürftige. Und gestrichen wird auch ein Teil der ärztlichen Hilfe für Arme.

Neben den Millionen US-Bürgern die auf staatliche Sozialhilfe angewiesen sind, hat Reagan sich als zweite Gruppe die Arbeitslosen vorgenommen. Für sie sollen künftig „erheblich strengere Maßstäbe bei der Auszahlung von Unterstützung gelten". Dahinter steckt ein frontaler Angriff auf die Unterstützung für Arbeitslose, dessen Konsequenzen schon in den nächsten Monaten konkret sichtbar werden dürften.

Weiter hat Reagan verkündet, er wolle die „Subventionen für regionale und örtliche Regierungen kürzen." Auch diese Absicht wird einschneidende Folgen für die Werktätigen haben. Heute schon kann staatliganze Reihe von amerikanischen Großstädten nur noch durch staatliche Unterstützungen vor dem Bankrott retten. Wenn diese Unterstützungen zusammengestrichen werden, wird das eine noch drastischere

Protest gegen US-Aggression



In einer ganzseitigen Anzeige der „New York Times" haben sich zahlreiche prominente Bürger der USA, darunter Harry Belafonte und Jane Fonda (unser Foto) mit der Aufforderung an die Bevölkerung gewandt, mit Briefen an Reagan und die Kongreßabgeordneten gegen die Militärhilfe für das faschistische Regime von El Salvador zu protestieren. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Die Entscheidung, die US-Militärhilfe an El Salvador wiederaufzunehmen und zu vergrößern, ist ein gefährlicher Schritt der USA in Richtung auf ein neues Vietnam."

Massaker der Junta



Die britische Zeitung „Sunday Times" berichtete in der vergangenen Woche von einem grauenhaften Massaker der faschistischen Junta von El Salvador, das schon im letzten Mai stattgefunden hat.

Der New Yorker Korrespondent des Blattes hatte Überlebende und andere Augenzeugen des Massakers befragt. In einer sogenannten Säuberungsaktion umzingelten Truppen des faschistischen Regimes im Mai das Dorf Las Aradas an der Nordgrenze des Landes. Die etwa 1500 Einwohner wurden an einen nahegelgenen Fluß getrieben und dort von den Soldaten niedergemäht.

Spanien nach dem Staatsstreich

Der Putsch war keine isolierte Aktion

MADRID. — Als „Verrückter" ist Oberst Tejero, der den Sturm auf das spanische Parlament anführte, bezeichnet worden. Nicht nur in Spanien selbst, auch im westlichen Ausland war man nach dem Scheitern der Aktion eilfertig darum bemüht, den Putsch als eine isolierte Tat einiger weniger unverbesserlicher Elemente hinzustellen.

Zum Helden des Tages wurde dann nahezu einstimmig König Juan Carlos erklärt. Worin aber bestand das so laut beklatschte Heldentum dieses Mannes? Nun, er hatte sich in seine Generalsuniform geworfen, war vor die Fernsehkameras getreten und hatte erklärt, der Putsch stoße auf seine Mißbilligung. Das war alles. Reichlich wenig für eine Heldentat. Aber je lauter der Jubel über diesen blaublütigen „Retter der Demokratie" erschallt, desto leichter ist es, lästige Fragen zu übertönen.

Warum beispielsweise hat der König geschlagene sechs Stunden gebraucht, bevor er sich bequemte, den Putsch zu verurteilen? Warum ist als einziger General außer dem Militärkommandeur von Valencia, Milans del Bosch, ausgerechnet der stellvertretende Armeechef Armada wegen offensichtlicher Beteiligung am Putsch unmittelbar nach dem Scheitern der Aktion seines Postens enthoben worden? Armada war immerhin der militärische Instrukteur des Königs, einer seiner engsten Vertrauten. Und warum schließlich hat Juan Carlos als Oberkommandierender der Streitkräfte nicht schon früher etwas zur „Rettung der Demokratie" beigetragen — durch die rechtzeitige Säuberung der Armee und der Guardia Civil von Elementen wie Bosch oder Tejero?

Denn es ist ja wahrhaftig kein Geheimnis in Spanien, daß der überwiegende Teil des Offizierskorps aus fanatischen Faschisten besteht. Und diese Leute haben auch nie einen Hehl aus ihren Absichten gemacht. General Bosch, der am vorletzten Montag seine Panzer rollen ließ, hatte schon im Oktober 1979 in einem Interview erklärt: „Das Heer wird intervenieren müssen, wenn sich herausstellen sollte, daß Gesetze, Polizeiaktionen und Gerichtsbarkeit sich als nicht ausreichend erweisen." In der faschistischen Zeitung „El Alcazar", nach Angaben selbst der bürgerlichen Presse die Lieblingslektüre in den Kasernen, erschienen in den letzten Monaten in immer dichterer Folge Aufrufe an die Armee zum Putsch. Und die Autoren dieser Appelle waren immerhin so prominente Offiziere wie der ehemalige Kriegsminister General Mendevil. Das alles geschah in aller Offenheit unter den Augen des Königs und der Regierung. Gehandelt aber wurde nicht. Ja, der Oberst Tejero konnte vor zwei Jahren mit anderen hohen Offizieren sogar eine Verschwörung vorbereiten den „Plan Galaxia", der die Besetzung des Moncloa-Palastes und die Verhaftung der Regierung vorsah, ohne, daß ihm deswegen ein Härchen gekrümmt worden wäre. Der Herr wurde zu läppischen sechs Monaten Gefängnis verurteilt, unmittelbar darauf jedoch wieder entlassen — und zum Obersten bei der Guardia Civil befördert.

Die ganze Härte der Militärjustiz traf dagegen diejenigen Offiziere, bei denen sich irgendwelche demokratischen Anwandlungen bemerkbar machten. So wurde kürzlich der Oberst Graino wegen eines Leserbriefes, in dem er sich über die Faschisten in der Armee beklagte, unter Arrest gestellt. Schon im März 1976 waren neun Offiziere der „Union Democratica Militar" von einem Madrider Militärgericht wegen „Verschwörung zum Zweck der Rebellion" zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihr „Verbrechen": Sie hatten öffentlich Generäle wegen deren Zusammenarbeit mit Franco kritisiert. So sieht es also in der vom „Retter" Juan Carlos befehligten Armee aus.

Und genauso ist es bei der Polizei. Von den insgesamt 9000 Polizeiinspektoren gehören 7000 der faschistischen Polizeigewerkschaft an. Wir haben schon im letzten „Roten Morgen" darüber berichtet, daß die systematische Folter an politischen Gefangenen in den Polizeikasernen gang und gäbe ist. Und als nach der breiten Empörung über den Mord an Jose Arregui — der unter der Folter gestorben war — einige der Mörder in Haft genommen wurden, reagierte die Polizeiführung mit offener Rebellion. Die obersten Kommandeure der Polizei traten demonstrativ zurück, in der Absicht, damit eine Welle von Rücktritten im ganzen Land auszulösen. Was auch gelang. Die spanischen Zeitungen meldeten in der Woche vor dem Putsch, in allen Provinzen sei die Führung der Polizei dabei, die Kommandoposten zu verlassen.

Diese Rebellion, zusammen mit den Staatsstreichaufrufen von General Mendevil und anderen, waren unübersehbare Vorzeichen des Putsches, der dann wenige Tage später auch über die Bühne ging. Doch auch darauf reagierte die Madrider Regierung nicht, genauso wie sie in den vergangenen Jahren nicht die geringste Anstrengung unternommen hat, den faschistischen Armee- und Polizeiapparat zu säubern. Und diese Haltung verwundert nicht, wenn man weiß, daß auch die Führungsfiguren der Regierungspartei UCD ihre politische Karriere fast ausnahmslos als Funktionär der blutigen Diktatur Francos begonnen haben.

Sie sind darauf bedacht, sich einen faschistisch ausgerichteten Gewaltapparat zu erhalten, um ihn dan gegen das Volk einsetzen zu können, wenn ihr Manöver mit der Demokratie einmal scheitern und die Herrschaft der spanischen Oligarchie ernsthaft bedroht sein sollte. Der Putsch von der vergangenen Woche muß in diesem Rahmen gesehen werden. Daß er keine isolierte Aktion war, wird sich schon bald erweisen (obwohl man davon ausgehen muß, daß Regierung und Militär alles unternehmen werden, um seine wirklichen Ausmaß zu vertuschen). Immerhin ist jetzt schon klar, daß die Aktion von Tejero von langer Hand vorbereitet und mit vielen hohen Militärs abgestimmt war. Das zeigt sich unter anderem darin, daß nicht nur Valencia, sondern auch in anderen Militärbezirken von den dortigen Kommandeuren Ausgangssperren schon verhängt wurden, bevor Tejero und seine Leute das Parlament stürmten.

Die einzelnen Stufen des Putschplanes, in den ein großer — wenn nicht der überwiegende — Teil der Armeeführung eingeweint sein mußte, lassen sich schon jetzt in den einzelnen Stufen erkennen. 1.) die Erstürmung des Parlaments durch Tejero und seine Guardia Civil. 2.) General Bosch übernimmt die Macht im Militärbezirk Valencia. 3.) Die mit modernstem Gerät ausgerüstete Panzerdivision „Brunete" marschiert auf Madrid. 4.) General Armada wird zum Chef einer Militärjunta ausgerufen. 5.) Der Widerstand von Truppenteilen, die sich dem Putsch möglicherweise widersetzen, wird niedergeschlagen.

Warum dieser Plan dann auf Stufe 3 scheiterte, ist gegenwärtig noch unklar. Den Hintergrund für das Scheitern des Putsches dürften Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse über den richtigen Zeitpunkt für eine solche Aktion bilden. Politisch hat die spanische Oligarchie dennoch einiges gewonnen. Unmittelbar nach dem Staatsstreich hat sich eine weitere Annäherung der reformistischen Kräfte an die ultrareaktionäre UCD vollzogen. Der Chef der sozialdemokratischen Partei, Gonzales, gab seinen Widerstand gegen eine Beteiligung an der Regierung auf und erklärte sich bereit, eine Koalition mit der UCD zu bilden. Da mochte auch der Boß der eurorevisionistischen Partei, Carillo, nicht zurückstehen: Er bot der neuen Regierung seine „parlamentarische Unterstützung" an.

Bei soviel Hilfestellung durch die Reformisten ist es nicht verwunderlich, daß der neue Regierungschef Calvo Sotelo (UCD) sofort nach seiner Wahl in der vergangenen Woche auftrumpfte: Eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten lehnte der ab. **Und die erste öffentliche Äußerung des neuen Regierungschefs war eine Provokation ersten Ranges: Säuberungen in der Armee, so Sotelo, werde es nicht geben.**

Die faschistischen Generäle können also in aller Ruhe ihren nächsten Putsch vorbereiten.





Oberst Tejero im spanischen Parlament

Kommunique der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten)

Gegen den Faschismus — für demokratische Rechte und Freiheiten

Der gescheiterte faschistische Militärputsch vom 23./24. Februar hat die Unsicherheit der Monarchie und die Schwäche der Pseudodemokratie gezeigt.

Die Situation in der Armee und in den verschiedenen Polizeiorganisationen ist durch die Fortsetzung des Francismus gekennzeichnet, eine Tatsache, von der für uns eine ernsthafte Gefahr und eine ständige Bedrohung ausgeht. Den Hintergrund dieses faschistischen Militärputsches bilden die schwierige soziale und politische Lage, sowie die Widersprüche und Probleme, die durch die tiefgreifende ökonomische Krise im Land hervorgerufen wurden und die von der reaktionären Oligarchie betriebene reaktionäre Politik. Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein großer Teil der Verbindungen mit dem Putsch, die im ganzen Land bestehen, noch gar nicht aufgedeckt wurden.

Auch die oppositionellen Kräfte und Parteien, die mit der Monarchie zusammenarbeiten, tragen einen großen Teil der Schuld an der jetzigen Situation. Denn gerade sie haben den sogenannten demokratischen Entwicklungsprozeß unterstützt, ohne sich gleichzeitig für eine der grundlegenden Forderungen einzusetzen: die Säuberung des Polizeiapparats und der Armee von faschistischen Elementen.

Nach dem fehlgeschlagenen faschistischen Putschversuch des Militärs, den keine Partei oder Autorität des Regime ausdrücklich verurteilt hat, geht die Oligarchie zu noch brutaleren und noch offener antidemokratischen Regierungsformen über, um ihre Klasseninteressen zu sichern und die Kämpfe der Arbeiter und des Volkes zu unterdrücken.

Ohne Zweifel werden die reaktionären Kräfte an der Macht und die opportunistischen Parteien, die sie unterstützen, solche Putschversuche für ihre Ziele ausnutzen, denn schließlich sind sie die Hauptverantwortlichen dafür, daß die reaktionären Institutionen gestärkt werden.

Angesichts der ernsten Situation und der Gefahren, die sich daraus ergeben, ruft die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) das ganze Volk eindringlich dazu auf, sich zu organisieren und zu mobilisieren, um für die Erringung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu kämpfen. Der Kampf muß geführt werden für die Aufhebung der unverschämten und reaktionären Gesetze und Abkommen, die im Rahmen der heutigen Verfassung verabschiedet werden, wie zum Beispiel das sogenannte Anti-Terror-Gesetz und das Gesetz für die Sicherheit des Bürgers. Der Kampf muß geführt werden für die Säuberung der Armee und des Polizeiapparats; für die Bestrafung der Folterknechte und die Bestrafung der Verantwortlichen des Putsches; für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

Allein durch die Einheit und den Kampf, durch die Überwindung der abwieglerischen Parolen können die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ihre demokratischen Rechte und Freiheiten erringen.

Für die Demokratie und die Freiheit für das Volk!
Nieder mit der reaktionären Macht!
Für eine volksnahe und demokratische Regierung!
Es lebe die Republik!
Es lebe der Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus!

Exekutivkomitee der KP Spaniens (ML)
Madrid, 24. Februar 1981

Sieg der britischen Bergarbeiter

Streik verhindert Zechenstillegungen

LONDON. — Einen bedeutenden Sieg über die Thatcher-Regierung haben die britischen Bergarbeiter errungen. Mit einem Generalstreik in Wales und mit der Androhung der Ausweitung des Streiks auf das ganze Land erzwangen sie die Rücknahme der von der staatlichen Kohleverwaltung schon beschlossenen Stillegung von 50 Zechen.

Das umfassende Stillegungsprogramm war mit der mangelnden Rentabilität der Förderung begründet worden. Etwa ein Dutzend Zechen sollte sofort geschlossen werden, was die Entlassung von 10000 Arbeitern zur Folge gehabt hätte. Langfristig sollten dann 50 der heute noch 223 Zechen stillgelegt und 30000 der 250000 Bergarbeiter entlassen werden. (Seit Mitte der fünfziger Jahre sind im britischen Kohlebergbau schon eine halbe Million Arbeitsplätze vernichtet worden).

Die Bergarbeiter beantworteten die Pläne der Kohlebehörde sofort mit Kampfaktionen. Am 17. Februar legten 26000 Bergleute in Wales die Arbeit nieder. Sehr zum Mißfallen der Führung der Bergarbeitergewerkschaft National Union of Miners (NUM) übrigens; der Präsident Joe Cormley verurteilte den Streik als verfrüht und satzungswidrig. Er wollte stattdessen erst einmal „alle Verhandlungswege ausschöpfen". Aber auch die Gewerkschafter in den anderen Kohleregionen, wie Schottland und Yorkshire, machten unmißverständlich klar, daß der Angriff der Kohlebosse mit sofortigen Streikaktionen beantwortet werden müßte. Es gab keinen Zweifel mehr daran, daß in Britannien ein nationaler Streik der Bergarbeiter unmittelbar bevorstand.

In dieser Situation machte Ministerpräsidentin Thatcher einen — selbst für viele ihrer eigenen Parteifreunde überraschenden — Rückzieher. Sie schickte ihren Energieminister Howell zum NUM-Vorstand, wo er erklärte, die Regierung wolle alle Stillegungspläne zurückziehen, die staatlichen Investitionen im Kohlebergbau erhöhen und die Kohleeinfuhr aus dem Ausland drosseln. Für Thatchers „Kapitulation" (wie es die regierungsfreundliche Massenzeitung „Sun" nannte) ist sicher nicht zuletzt die Erinnerung an das Jahr 1974 ausschlaggebend gewesen, in dem ein nationaler Generalstreik der Bergarbeiter zum Sturz der Regierung Heath führte.

Nicht nur die Kumpel haben einen wichtigen Sieg errungen. Dieser Sieg hat auch exemplarische Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Zeigt er doch, daß durch konsequenten Streikkampf Angriffe auf die Arbeitsplätze abgeschmettert werden können; eine eindrucksvolle Widerlegung der oft verbreiteten Ansicht, im Kampf gegen die Schließung von „unrentablen" Betrieben könne der Streik keine Waffe sein.

Die *teure* Tour an Rhein und Ruhr

Die Gegner einer Fahrpreiserhöhung beim „Verkehrsverbund Rhein-Ruhr“ (VRR) ließen sich etwas einfallen, um ihren Protest kundzutun. Davon zeugt der hier abgebildete Aufkleber, der in den letzten Tagen in den Städten des Ruhrgebiets zu sehen war:

Verkehrsverbund Rhein-Ruhr informiert



Am 1. 3. 81 greifen wir Ihnen tief in die Tasche

Wir erhöhen die Fahrpreise um durchschnittlich 12 Prozent

Das fällt uns nicht schwer, auch wenn es Ihnen schwerfällt. Und denken Sie bitte daran, Ihren Fahrtausweis vor Fahrtbeginn zu entwerten. Denn sonst lohnt sich die Erhöhung nicht für uns.
Alles klar? — Wunderbar.

Verbundfahren - die teure Tour an Rhein und Ruhr.

Dieser Kleber fand selbst in der bürgerlichen Presse ein beachtliches Echo. So schrieb z.B. die „Westfälische Allgemeine Zeitung“ am 25.2.:

Teure Tour

● „Am 1. 3. 81 greifen wir Ihnen tief in die Tasche. Wir erhöhen die Fahrpreise um durchschnittlich 12 Prozent. Das fällt uns nicht schwer, auch wenn es Ihnen schwerfällt.“

● Unter der Überschrift „Verkehrsverbund Rhein-Ruhr informiert“ und garniert mit dem amtlichen Zeichen „RG 1/3/81/0815/007“ lasen das gestern die Dortmunder am „Gummibahnhof“.

● Aber auch wenn der gelb-grün-weiß-schwarze Aufkleber noch so offiziell wirkte, der VRR zeichnet natürlich nicht verantwortlich, sondern ein anonymer Scherzbold.

● Davon ist jedenfalls auszugehen, denn der Verkehrsverbund würde seine Infos wohl kaum mit einem flotten „Verbundfahren – die teure Tour an Rhein und Ruhr“ unterzeichnen.

● Immerhin, der scherzige Aufkleber hat mehr als nur ein Körnchen Wahrheit.

● Denn unbestritten steht die Preiserhöhung ins Haus, und absolut treffend ist auch der kluge Hinweis:

● „Und bitte denken Sie daran, Ihren Fahrtausweis vor Fahrtbeginn zu entwerten. Denn sonst lohnt sich die Erhöhung für uns nicht.“

● Diesen Appell hätte der VRR kaum überzeugender formulieren können . . . (-e-)

Leider ist die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen hier zur Zeit nicht stark genug, um einen echten Erfolg zu erzielen. Was aber nicht so bleiben muß!

„Straffreie Beihilfe zum Versuch der Anstiftung zum Meineid“

Kassiberschmuggel durch CDU-Anwalt bleibt unbestraft

TRIER. — Im letzten „Roten Morgen“ hatten wir über den CDU-Anwalt Krempel berichtet, der einen Brief seines in der Justizvollzugsanstalt Koblenz einsitzenden Mandanten Krombach einem Zeugen zuspielen wollte, der dadurch zu einer Falschaussage bewegt werden sollte. Inzwischen wurde Krempel von der Großen Strafkammer des Landgerichts Trier freigesprochen, die Anklage — versuchte Strafvereitelung — abgewiesen.

Dieser Freispruch erfolgte, obwohl Krempels Verteidigung nicht einmal vom Gericht geglaubt wurde. Krempel hatte behauptet, er haben den Brief über die Ehefrau seines Mandanten seiner Anwaltskanzlei zukommen lassen wollen. Diese und andere Darstellungen wertete das Gericht als reine Schutzbehauptungen.

Dennoch habe sich Krempel nicht strafbar gemacht. Ein Versuch, so der Vorsitzende Richter, liege erst dann vor, wenn zu der Verwirklichung des Straftatbestands — also der Strafvereitelung — unmittelbar angesetzt werde. Dies aber liege nicht vor. Zwar habe der Angeklagte das Schreiben an sich genommen, aber mit der Weiterleitung an den Zeugen, der die Falschaussage machen sollte, hätte es ja nicht geklappt. Ein Versuch im Sinne der Anklage gegen Krempel hätte erst dann vorgelegen, wenn der Zeuge mit einer Falschaussage begonnen hätte.

Auch eine versuchte Anstiftung zum Meineid sei nicht gegeben. Krempel habe lediglich eine „Botentätigkeit“ ausgeübt, man könne ihm weder eine „Tatherrschaft“ noch ein besonderes Interesse anlasten, höchstens — straffreie — „Beihilfe zum Versuch der Anstiftung zum Meineid“.

Das Gericht gab sich wirklich alle Mühe, eine Bestrafung des CDU-Politikers zu vermeiden. Bei Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, ob die Staatsanwaltschaft Revision einlegen wird.

„Kleine Hände haben lange Finger“

Kripo hetzt Eltern gegen ihre Kinder auf

Fast alle unsere Leser haben sicher schon Beispiele der Kripo-Anzeigenkampagne unter dem Motto „Die Kriminalpolizei rät: Vorbeugen“ in den Zeitungen gesehen. Man ist einiges gewöhnt, auch an Verleumdungen verschiedener Bevölkerungsschichten; man kennt den Versuch derer, die zur Schaffung von Verhältnissen, die keine Kriminalität mehr hervorrufen, nichts beitragen wollen, Angst und gegenseitiges Mißtrauen unter den Menschen zu säen. Immer nach dem Motto: Dein freundlicher Nachbar kann bald dein Mörder sein! oder: „Die Terroristen sind heute die netten jungen Leute von nebenan!“

Die Anzeige, die wir hier wiedergeben, ist aber ein Höhepunkt an Schweinerei, von perversen Polizistenhirnen erdacht und mit Steuergeldern als Anzeige verbreitet. „Eltern, traut euren Kindern nicht!“ Das könnte den Herren so passen! Aber das Mißtrauen gegenüber der Polizei wird hoffentlich durch solche Anzeigen bei vielen weiter gefördert.



Die Kriminalpolizei rät: Vorbeugen.
Gehört Ihrem Kind, was es besitzt?
Kleine Hände haben oft lange Finger.

„Wir lassen uns Ihr Risiko etwas kosten!“

Wie heutzutage auf die Notlage arbeitsloser Menschen spekuliert wird, zeigt die untenstehende Anzeige aus dem „Weser-Kurier“ vom 26. Januar. Man sucht „Männer, die sich vor Radioaktivität nicht scheuen“ . . . Eine Aufklärung über die lebensgefährlichen Risiken, die mit Geld gar nicht ausgeglichen werden können, erfolgen nicht. Kriminelle Methoden profitgieriger Kapitalisten.

Für Reinigungsarbeiten in den **Kernkraftwerken Esenshamm und Stade** benötigen wir für die Zeit Anfang März bis Juli August 1981 noch

200 männl. Arbeitskräfte

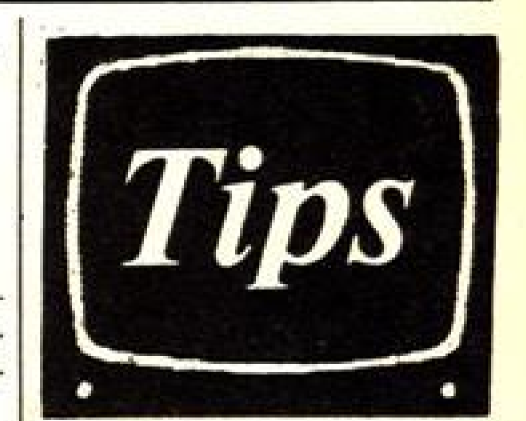
Da für ihre Überprüfung die Arbeitskräfte jetzt schon gemeldet werden müssen, bitten wir um die Bewerbung einsatzbereiter Männer, die sich vor Radioaktivität nicht scheuen.

Wir lassen uns Ihr Risiko etwas kosten!

Hoher Verdienst, Spesen (Auslösung), Überstundenzuschläge und Anwesenheitsprämie. Unterbringung in Arbeitsstellennähe oder tägl. Transport in Kleinbussen. Sie haben tägl. Kündigungsmöglichkeit.

Telef. Bewerbungen unter 38 40 33.

Artur Jaffke · Glas- und Gebäudereinigung
Utbremer Straße 102 · 2800 Bremen



Montag, 9. März, 21.20 Uhr, ZDF
Spiel um Zeit — Das Mädchenorchester in Auschwitz. Dieser zweiteilige amerikanische Fernsehfilm basiert auf dem gleichnamigen Buch von Fania Fénelon (Deutsch im Röderberg-Verlag) über ihre Leidenszeit im KZ Auschwitz. Fania Fénelon war Mitglied eines aus jungen Frauen bestehenden Orchesters, das die SS-Schergen aufgebaut hatten, um sich von ihrem Mordhandwerk bei klassischen Klängen zu entspannen. Für die Frauen war die Arbeit im Orchester oft die einzige Möglichkeit zum Überleben.



In den USA hat schon die Produktion dieses Films einen Sturmlauf reaktionärer Kräfte hervorgerufen. Ein Grund dafür war die Tatsache, daß die Rolle der Fania Fénelon mit der britischen Schauspielerin Vanessa Redgrave besetzt wurde, die unter anderem als engagierte Kämpferin für die Rechte des palästinensischen Volkes bekannt ist. Das Buch für den Fernsehfilm hat der Dramatiker Arthur Miller geschrieben. Regie führt Daniel Mann.

Der zweite Teil wird am Mittwoch um 21.20 Uhr ausgestrahlt.

***

Montag, 9. März, 22.35 Uhr, ZDF
Wenn ich wieder ins Leben zurückkehre. Im Anschluß an die erste Folge des „Mädchenorchesters“ zeigt das ZDF einen Bericht von Karl-Heinz Meier über Fania Fénelon und die Jahre nach Auschwitz.

***

Dienstag, 10. März, 23.00 Uhr, WDR III
Ein Lied gegen den Tod. Majo Zimmermann hat ein Gespräch mit Fania Fénelon, der Autorin des „Mädchenorchesters in Auschwitz“ geführt.

***

Ein Betriebsrat der Spitzenklasse

Wie tief Betriebsratsbonzen sinken können, wenn sie sich die Sorgen „ihrer“ Kapitalisten zu eigen machen, macht der folgende Ausriß aus „Welt der Arbeit“ (DGB-Organ) deutlich. Hier erübrigt sich jeder weitere Kommentar.

Fünf Exemplare abbestellt

„Nur blauen Dunst vorgemacht“ (WdA Nr. 46)

Wir kündigen hiermit zum nächstmöglichen Termin die 5 Exemplare „Welt der Arbeit“. Sie haben in der Ausgabe vom 13. November 1980 einen Artikel von Ulrike Budde „Marlboro: Nur blauen Dunst vorgemacht“ veröffentlicht. In diesem Artikel wird unser Unternehmen so negativ angesprochen, obwohl von vielen anderen Seiten die von Philip Morris eingerichtete Konzertreihe „Marlboro Country Music Festival“ recht positiv beurteilt wird. Wir sehen darin unter anderem eine Gefährdung der Arbeitsplätze für unsere Kolleginnen und Kollegen und können deshalb Ihre Zeitung weder durch Abonnements noch durch Annoncen unterstützen.

Helmut Pirkl, Ernst Leidel, Heinz Burger
Gesamtbetriebsrat Marlboro

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Im Land der roten Skipetaren



Preis 12,80 DM

Dieser Band enthält auf fast 300 Seiten Reportagen aus dem sozialistischen Albanien. Detlef Schneider, Redakteur des „Roten Morgen", ist mehrere Wochen lang im Land umhergefahren und hat aufgeschrieben, was er dort gesehen hat.

In seinen Reportagen spiegeln sich nahezu alle Bereiche des Alltags in einem Land wider, das so ganz verschieden von dem unseren ist. Wir erfahren etwa an vielen Beispielen, wie das konkret aussieht, wenn die Arbeiter die Herren des Landes und auch der Fabriken sind. Wir lernen die Erfolge und Probleme der Genossenschaftsbauern kennen und begegnen immer wieder dem neuen Menschen des Sozialismus: den Kollegen von der Arbeiterkontrolle, den Aktionisten vom Jugendverband, Kadern, die in der Produktion arbeiten oder einfachen Arbeiterinnen, die an der Universität studieren.

Neben den Reportagen enthält das Buch auch drei „Ausflüge in die Geschichte": Hier werden in ihren Auswirkungen auf die Gegenwart die wichtigsten Perioden der albanischen Geschichte dargestellt. Darüberhinaus findet man zwei längere Interviews; eines mit dem bekannten Schriftsteller Dritero Agolli über albanische Literatur und eines mit Prof. Agim Popa, dem früheren Chefredakteur von „Zëri i Popullit" über die Außenpolitik der SVR Albanien.

„Im Land der roten Skipetaren" bietet auch dem Albanienkenner sicher noch einige neue Informationen. Vor allem aber ist es sehr gut als Lektüre für all diejenigen geeignet, die das einzige sozialistische Land der Welt noch nicht kennen und sich darüber fundierte und doch lebendig vermittelte Informationen verschaffen wollen. Also ein Buch, das man sich nicht nur selber kaufen sondern auch an Kollegen und Bekannte weitergeben sollte, die man für Albanien und den Sozialismus interessieren will.

Udhetim neper Shqiperi (Eine Reise durch Albanien)



Vasil Kosta Koci ist mit seiner Kamera auf Entdeckungsreise durch Albanien gegangen. In 63 großformatigen Farbaufnahmen bringt er uns die Vielfalt der Landschaften und der Architektur, die Arbeit auf dem Land in der Industrie und natürlich auch die albanischen Menschen näher.

Begleittext in englischer und französischer Sprache.

Gjirokastra — Museumsstadt



Das südalbanische Gjirokastra ist ohne Zweifel eine der schönsten Städte Europas. Auf einem bergigen Gelände unterhalb einer mächtigen Burg hat sich hier der spätmittelalterliche Stadttyp in einem Gesamtbild von faszinierender Harmonie erhalten.

Zugleich ist das heutige Gjirokastra mit seinen sorgsam restaurierten Gebäuden ein eindrucksvolles Beispiel für die Pflege des Kulturerbes im sozialistischen Albanien.

Der Band wird von einem ausführlichen Vorwort in deutscher Sprache eingeleitet und hat fast zweihundert — überwiegend farbige — Bilder.

Er kostet 18,— DM.

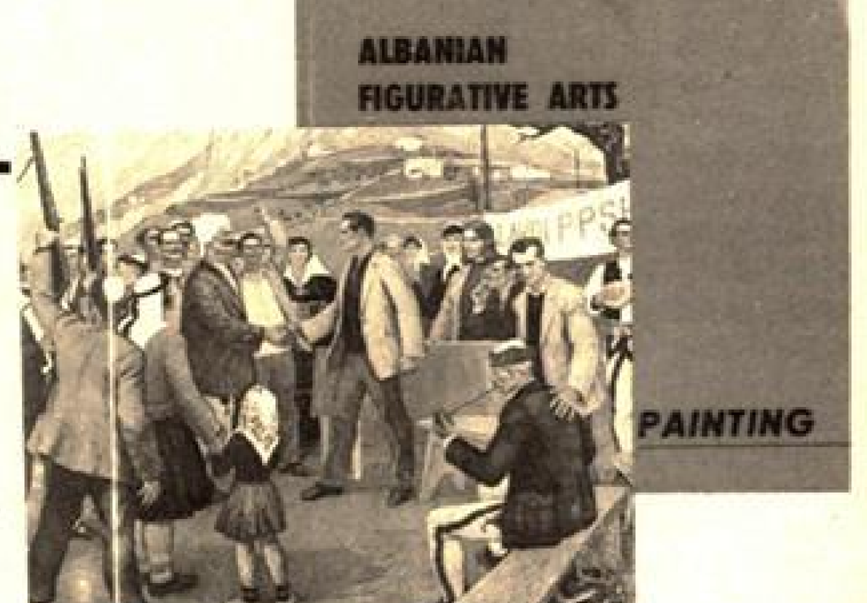
Klasa Punetore ne artet figurative (Die Arbeiterklasse in der bildenden Kunst)



Dieser Band vereinigt in oft farbigen Reproduktionen Werke albanischer Künstler, in denen sich die führende Rolle der Arbeiterklasse im Land widerspiegelt. Er ist somit nicht nur eine repräsentative Auswahl des heutigen albanischen Kunstschaffens, sondern die hier abgebildeten Gemälde, Zeichnungen, Plakate und Skulpturen geben auch Einblicke in die sozialistische Gesellschaft.

131 Abbildungen, 12,— DM.

Albanian Figurative Arts: Painting (Albanische Malerei)



Der Band enthält Werke der albanischen Malerei, zusammengestellt jeweils nach den einzelnen Künstlern. Er beginnt mit Malern des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als die albanische Malerei der Neuzeit begann, und reicht bis zu Werken der heutigen Malerei des sozialistischen Realismus. Letztere nehmen in dem vorliegenden Band wegen ihrer Bedeutung, ihres Wertes und ihres Reichtums den größten Platz ein.

Der Band enthält 217 farbige Abbildungen. Ein Textheft mit Erläuterungen in deutscher Sprache liegt bei.

Preis: 18,— DM.

Maska te cjerra (Heruntergerissene Masken)



Zef Bumci ist einer der bekanntesten und beliebtesten albanischen Karikaturisten. Dieser Band enthält rund hundert Zeichnungen, in denen Zef Bumci mit spitzer Feder das wirkliche Wesen der beiden Supermächte bloßlegt.

Preis: 6,— DM.

Gju me gju me Popullin (Mit dem Volk auf du und du)



Dieser schöne Bildband ist vom Verlag „8 Nentori" zum 70. Geburtstag von Enver Hoxha, dem Ersten Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens herausgegeben worden. Der Band dokumentiert den Weg des Genossen Enver Hoxha vom jungen revolutionären Kämpfer über den Kommandanten der Partisanenstreitkräfte bis zum Führer des sozialistischen albanischen Staates.

Eine Fülle von Fotos über Begegnungen Enver Hoxhas mit den Massen geben einen Eindruck von der tiefen und herzlichen Verbundenheit Enver Hoxhas mit dem Volk.

In albanischer Sprache.

250 Seiten, 18,— DM.

Bestellungen an:

Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 10 6. Mart 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Okulların kapatılmasına hayır! **26 Şubat Perşembe günü Hamburg'da 20 000 öğrenci okulların kapatılmasına karşı ve daha iyi öğrenim politikası için yürüdü.**

IG Bau sendika ağalarının ihaneti

% 4 ücretlerin yağmalanması demektir

Metal işçileri genel grev oylaması talep etmektedir!

FRANKFURT. — IG Bau (Yapı İşçileri Sendikası) sendika ağaları, kapitalistlerin gerçek ücretlerin düşürülmesi çabasına karşı işçilerin verdiği mücadeleye büyük bir ihanet ettiler. Metal işçileri uyarı grevleri ve yürüyüşlerle gerçek ücretleri güvence altına almak için mücadeleyi başlattıkları bu sıralarda, inşaat sanayiindeki kapitalistler, resmi fiat artışlarının da gerisinde kalan yüzde 4 ücret zammıyla imzaladıkları toplu sözleşme anlaşmasını kutlamaktadırlar.

Kötü ünüyle tanınmış gerici IG Bau yönetiminin imzaladığı bu yüz karası toplusözleşmeyle kapitalistler, sözüm ona "yeni ücret politikasını" hayata geçirmede işçilerin mücadelesine önemli bir şimar atmayı başarabildiler. Kapitalistler, ücretlerin yağmalanmasındaki bu ilk büyük zaferlerini en ufak bir mücadeleye gerek duymadan elde edebildiler.

Rudolf Sperner cinsinden sendika ağaları, ücretlerin yağmalanması stratejisinde tekel kapitalistlerinin uşakları ve işbirlikçileri olduklarını böyle açık bir şekilde ispatlıyorlar. Sendika ağalarının yürüttüğü bu politika, sendika birliğinin parçalanmasının ve grev kırıcılığının en adi biçimidir.

Geçen hafta Çarşamba günü IG Bau sendika ağalarının imzaladığı yüz karası toplusözleşme anlaşmasından iki gün önce, Hessen'de metal işçileri güçlü bir kitle yürüyüşü yaptılar. Metal işkolunda toplusözleşme görüşmelerinin sertleşmesi ve kapitalistlerin alaycı bir şekilde ayak diretmeleri sonucu, Hessen Eyaleti'nde 30 metal fabrikasında yaklaşık 20 bin işçi işi bırakma eylemine gitti. Bu uyarı grevlerinin bir bölümü bir kaç saat devam ett. Kassel'deki Thyssen-Hanschel fabrikasında toplam 4000 işçi bütün öğle sonu boyunca grevi devam ettirdiler.

Aynı süre içinde Hessen Eyaleti'nin dörtbir tarafından Wiesbaden'e otobüslerle gelen 2000 işçi, toplusözleşme görüşmelerinin yapıldığı yerde yürüyüşe geçtiler. "İşçiler kendi mücadelesiyle yüzde 8 ücret zammını kapitalistlere kabul ettirecekler", şeklinde slogan atıyorlardı.

7000 metal işçisi, geçen hafta Cuma günü Kuzey Würtemberg ve Kuzey Baden toplu sözleşme bölgeleri için 3. görüşme turlarının yapıldığı yer olan Ludwigsburg'da yürüdü. Yürüyüşçü işçiler görüşme salonuna girdiklerinden ötürü, görüşmelere bir saat ara verilmek zorunda kalındı.

Kapitalistler, Wiesbaden ve Ludwigsburg'da gülünç yüzde 2,5 ücret zammı önerisini yüzde 3'e "çıkardılar". Görüşmeler bir sonuç alınmadan kesildi. Şimdiki durumda herhangibir toplusözleşme bölgesinde görüşme tarihi belirtilmiş değildir.

"İş barışı" denilen aldatmaca geçen hafta sona erdi. Şimdi yapılacak en tutarlı şey, derhal genel grev oylamasına gitmektir. Bu, aynı zamanda fabrikalarda da güçlü bir biçimde talep edilmektedir. Ama IG Metall sendika ağaları, işçilerin bu talebini reddetmekte ve uyarı grevlerinin genişletilmesinde "yeni hareketlilik" sloganı altında mücadeleyi engellemeye çalışmaktadır.

("4 Prozent bedeuten Lohnraub" RM/Nr. 10, S. 1)

Hamburg'da 57 okul kapatılmak isteniyor

20 000 öğrenci eğitim plânını protesto etti

HAMBURG. — Batı Almanya'nın diğer eyaletlerinde olduğu gibi Hamburg Eyaleti'nde de eğitim giderleri kısıtlanıyor. "Eğitimi geliştirme planına" göre, Hamburg'da 1990 yılına kadar 57 okul kapatılacak. Ama öğrenciler bu planlamaya karşı çıkmakta ve engellenmesi için mücadele etmektedirler. Onbinlerce öğrencinin protestolarının yanı sıra, 26 Şubat'ta 20 000 öğrenci boykota giderek, Hamburg sokaklarında yürüdü.

Hamburg'da öğrencilerin sayısında bir düşüş olduğu gerçektir. Okullardan sorumlu daireler, bundan yararlanıp bayağı kötü durumda olan okulları düzelteceklerine; sınıflarda öğrenci sayısını düşürecekleri ve öğretmenlerin sırtındaki yükü hafifletecekleri yerde, bunu eğitim giderlerinin yeniden kısıtlanmasında bir fırsat olarak kullanmaktadırlar.

Doğrusu bu plânları yaparken eğitim senatörü Joist Grolle ve diğer yetkililer, öğrencilerin bu güçlü protestolarını hesaba katmamışlardı.

Partimiz gençlik örgütü "Rote Garde", bu çirkin plânların duyulmasından hemen sonra, Hamburg Schülerkammer'a başvurarak, güçlü eylemlerin yapılmasını önerdi. Daha sora boykot kararı alındı. Sorumlu daireler, bu eylemlerin "yasadışı" olduğunu göstererek, öğrencileri tehdit etmek istemektedirler. Ama bu tehditlerden hiçbiri öğrencileri etkilememekte ve onları mücadelesinden vazgeçirmemektedir.

"Rote Garde" yayınladığı bir bildiride şu talepleri ileri sürmektedir: Bir sınıfta en fazla 25 öğrenci olmalı. Okullar kapatılmamalıdır. Okullar yeteri derecede tamir edilmeli, spor salonları ve laboratuvar odaları artırılmalıdır. Gesamtscmhule'ler gerçek anlamda genişletilmelidir. Boş dersler olmamalı, yetersiz öğrencilere ek dersler verilmelidir.

Yabancı öğrencilerin eğitimine büyük bir çaba harcanmalıdır. Bütün öğretmenler göreve alınmalıdır.

("20000 Schüler demonstrierten in Hamburg" RM/Nr. 10, S. 1)

Türk askerî cuntasına ve Bonn'un "Türkiye-Yardımı"na karşı

YÜRÜYÜŞ

Cumartesi, 14 Mart
Saat: 11,30'da
Frankfurt, Paulplatz
"Alternative Türkeihilfe"nin düzenlediği bu yürüyüşe,
KPD'de katılıyor.

Yürüyüşün ağırlık noktasını teşkil eden talepler:

★ "Türkiye-Yardımı"na son!
★ Türkiye halkı desteklenmelidir!
★ İşkenceler ve idamlar son bulmalıdır!
★ Vatandaşlıktan çıkarmalara ve BRD'deki demokratların tehdit edilmesine son!
★ Yabancı düşmanlığına son!

KPD, yürüyüşe katılım için çağrı yapıyor.
Yasasın Türkiye halkının özgürlük mücadelesi!

Darbe girişiminden sonra İspanya

Milyonlarca emekçi faşizme karşı yürüdü

MADRID. — Geçtiğimiz hafta sonunda bütün İspanya çapında faşizme karşı güçlü kitle yürüyüşleri yapıldı. Bu yürüyüşlere ülkenin bütün bölgelerinden milyonlarca emekçi katıldı ve darbe girişimi protesto edildi.

Sadece İspanya'nın başkenti Madrid'de 1,5 milyon insan, bundan bir hafta önce faşist albay Tejero'nun kumandasında 200 Guardia Civil üyesinin darbe sinyalini verdiği yere; parlamento binasına doğru yürüdü. Ülke çapında yapılan bu büyük ve güçlü kitle yürüyüşleriyle İspanya halkı, darbecilere karşı etkin bir biçimde mücadeleye hazır olduğunu belirtiyor ve faşizme karşı kinini dile getiriyordu.

Bu darbe girişimi kendi başına soyutlanmış bir eylem olarak gösterilmek isteniyor. Bu iddianın doğru bir yönü varsa; o da bu darbe girişiminin halktan tamamen soyut olması ve her türlü kitle desteğinden yoksun kalmasıdır. Ama, Tejero ve adamları devlet mekanızması içinde asla soyutlanmış değildir. Darbe girişiminde bulunanlar ile polis ve ordunun yüksek mensupları arasında hergün yeni bağlar ortaya çıkmaktadır.

Madrid'de yayınlanan "El Pais" gazetesinin bir haberine göre, bundan kısa bir zaman önce hükümet başkanlığından geri çekilen Suarez'in bile daha Ocak ayında böyle bir darbeden haberi olduğu söylenmektedir. Bunu bildiği halde herhahgibir karşı girişimde bulunmadı. Geçen hafta Suarez'in yerine hükümet başkanlığına getirilen Sotelo, göreve başladıktan hemen sonra, polis ve ordu içindeki faşist unsurların temizlenmesine gidilmeyeceğini açıkladı.

(geniş yazı ikinci sayfada)

("Millionen demonstrieren gegen den Faşchismus" RM/Nr. 10, S. 1)

Atom reaktörünün inşiat sahasında kitle yürüyüsü:

Brokdorf'da 100 000 kişi yürüdü

Burjuvazinin yasak zinciri kırıldı!

BROKDORF. — Wilster Marsch bölgesi, Unterelbe'de geçen Cumartesi günü Federal Cumhuriyet'in tarihindeki en büyük yürüyüşlerden birini yaşadı. Ülkemizin dörtbir tarafından gelen 100 000 insan kitlesi, komşu ülkelerden gelen delagasyonların da desteğiyle, Brokdorf'ta atom enerji reaktörünün yapımına karşı güçlü bir biçimde protestosunu dile getirdi.

Daha bu kitle yürüyüşü yapılmadan önce, Wilster-Marsch'da 15 000 polis iç savaşı andıracak bir biçimde hücuma geçirilmişti. Steinburg bölge meclisi sıkıyönetim ilân edercesine Wilster-Marsch yöresinde üç günlük yürüyüş yasağı koydu. Ve bu yasak daha yürüyüş günü Federal Anayasa Mahkemesi tarafından onaylandı. Ama, bütün bu yasaklamalara rağmen, yasak zinciri kırıldı, atom enerjisine karşı olan 100 000 emekçi polis çemberini yararar, yürüyüş hakkına yapılan bu saldırıyı geri püskürttü. Burjuvazinin ve onun yayın organlarının kışkıtmaları ve karşı propagandaları atom enerjisi aleyhtarlarını yıldırmadı, mücadelesini engelleyemedi.

Burjuvazinin devlet güçleri, caddeleri bloke etmek ve Brokdorf'a doğru ilerleyen araba konvoylarını aramak gibi çeşitli oyunlara başvurarak, yürüyüşü engellemeye çalıştılar. Buna rağmen, 20000 kişiden oluşan bir yürüyüş konvoyu Cumartesi günü öğlene doğru yürüyüş yasağını kırdı ve atom reoktörünün inşaat sahasına ulaştı. Ve bütün gün boyunca diğer yürüyüş kolları da inşaat sahasına girerek, önü arkası görünmeyen bir kitle oluşturdular.

Devlet güçlerinin bütün saldırılarına karşın, yürüyüşçüler yılmadan mücadele etti ve bu saldırıların coğunu geri püskürttü. Atom enerjisi aleyhtarları, bu güçlü kitle yürüyüşüyle egemen sınıfların ve uşaklarının yüreğine büyük bir korku saldılar.

("100 000 kamen nach Brokdorf" RM/Nr. 10, S. 1)



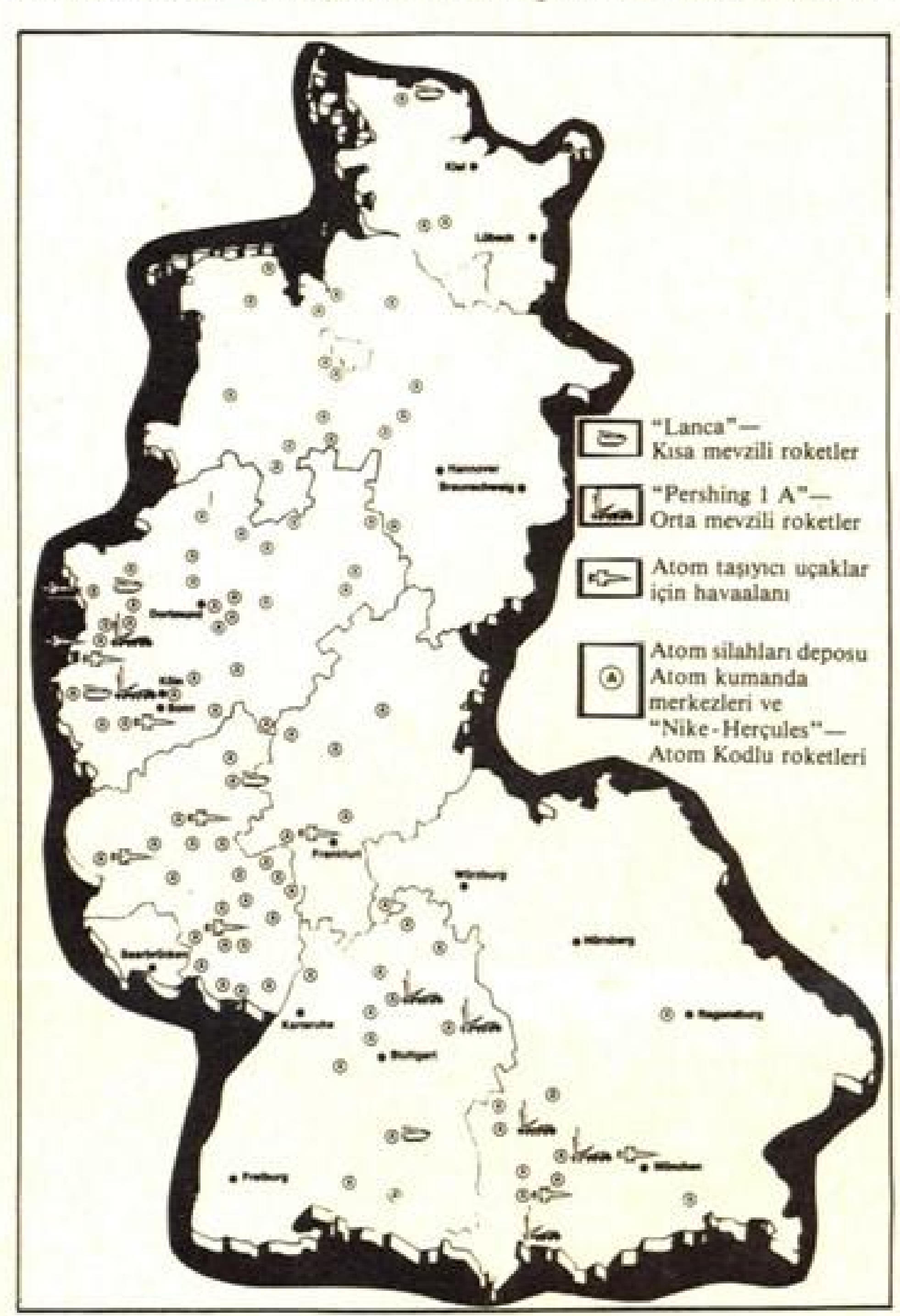
Brokdorf'ta onbinlerce emekçinin katıldığı büyük kitle yürüyüşünden bir bölüm.

Federal Savcılık, "Stern" hakkında tahkikat yürütüyor

BRD-DÜNYA'NIN EN BÜYÜK ATOM SİLAHLARI DEPOSU

Güvenliğimizi tehdit eden, "Stern" dergisindeki makale değil, atom silahlarıdır!

"Stern" dergisinin 9/81 sayısında yayınlanan bir makale büyük yankılar uyandırdı. Makale, NATO politikacıları ve NATO militerlerinin "silahlanma" çığlıklarına karşı, Federal Cumhuriyet'in daha bugünden, dünyada atom silahlarının en yoğun olarak bulunduğu bölgeyi oluşturduğunu gözler önüne seriyordu. Ayrıca dergi, bu bölgeye yeni Amerikan atom roketlerinin yerleştirilmesi yoluyla "barış güvenliği" sağlanacağı yalanını da çürütüyor ve yeni atom roketlerinin yerleştirilmesinin ancak savaş tehlikesini çok daha artıracağını ve uluslararası silahlanma yarışını kaçınılmaz olarak daha da hızlandıracağını ortaya koyuyordu. Bonn'daki gizli servis politikacılarını en çok hiddetlendiren şey ise, "Stern" dergisinin, "Pershing 2" ve "Cruise Missiles" atom silahlarının Federal Almanya'da yerleştirilmesi öngörülen birkaç yerin adını da vermiş olmasıydı.



Federal Savcılık, "Stern" dergisine karşı, "devlet sırlarını açıklama" gerekçesiyle tahkikat açtı.

Sayfalarımızda yayınladığımız harita, atom silahlarının bugünkü üslenme yerlerini gösteriyor. Yalnızca "Pershing 1 A" roketlerinin nükleer patlama gücü bile 36 000 Kiloton (Hiroshima'ya atılan atom bombasının patlama gücü 20 Kiloton'dan daha azdı). Bu roketler, DDR ve diğer Doğu Avrupa devletlerinde vuracakları hedeflere göre ayarlanmış ve atışa hazır bir şekilde yerleştirilmişlerdir.

"Stern" dergisinin parmak bastığı ve aslında tamamen yeni bile olmayan bu bilgiler topluca ele alındığında, emperyalist bloklar arasında bir savaş çıktığı zaman yurdumuzun nasıl toptan imha olacağı gerçeği açıkça gözler önüne serilmektedir. **Savaş kışkırtıcılığının bunca yoğun ölçülere vardığı günümüz de, "Stern" dergisi gibi bir derginin öyle bir makale yayınlanmış olması çok sevindiricidir.** Bu makale, savaş planlarına karşı derhal çok güçlü bir direniş gösterilmesi gereğini açıkça ortaya koymaktadır.

Ama politik sorumlular tam da bu direnişten korkmaktadırlar. Ve Federal Savcılık'ın "Stern" aleyhinde tahkikat açmasının nedeni de budur.

Roketleri ateşleyecek Kod'u ve ateş emrini elinde bulundurranlar Amerikan işgal eskerleridir. Onlar olmaksızın uyuyan güzel gibi yatan bu atom silahlarının anlamı, NATO çerçevesi içinde birlikte girişilecek bir savaş halinde, BRD'nin, dünyanın üçüncü en güçlü atom devletini oluşturacağıdır.



Güney Almanya'daki atom silahları deposundan birisi.

Amerikan emperyalistleri, Batı Almanya'da, bilinen üslenmeler dışında, yalnızca kendilerinin bildiği tamamen gizli üslenmelere de sahipler. "Stern" dergisi, Amerikan subaylarının ağzından şöyle alıntılar yapıyor: "Bu lahanalar (yani Almanlar) atom silahlarını kullanmaya yanaşmazlarsa, bizim onların da payına üslenme imkanımız var". Bunun yanısıra, elbette Alman kesimi üzerinde de etkileri var.

Bu gerçekler, şu eski talebin bugün herzamankinden daha geçerli olduğunu açıkça ortaya koyuyor: "Amerikalı askerler ve tüm diğer yabancı askeri birlikler Batı Almanya'dan çekilmeye zorlanmalıdır. Çünkü yalnızca onların varlığı bile, ülkemizdeki insanların hayatına yönelik sürekli bir tehdittir.

Bu gerçeklerin gerektirdiği diğer bir zorunluluk ta şudur: Federal Cumhuriyet, bir savaş paktı olan NATO stratejisinin sözcüsü yerine koyan şimdiki Federal Hükümet'e karşı uzlaşmaz bir mücadeleyi de gerekli kılmaktadır.

"Stern" dergisi, Partimizin "Barış Planı"nda ortaya konmuş olan gerçekleri etkili bir biçimde doğrulamış oluyor: Roketler, Varşova savaş paktının roketlerini mıknatıs gibi üzerimize çeken bir rol oynamaktadırlar. Amerikan militerleri, kendi yeni atom roketlerini övüyor, bu roketlerin asla hedef şaşırmadıklarını, Varşova paktının azom üslerini hiç yanılmaksızın bulup imha edebileceklerini söylüyorlar. Bu yeni roketler sayesinde, kendilerinin "silahsızlandırma darbesi" olarak adlandırdırları ani atomar vurucu darbenin de mümkün hale geldiğinden söz ediyorlar. Oysa hiç kuşkusuz Sovyetler Birliği de kendini kolayca "silahsızlandırmayacaktır". Çünkü onların atom silahları sistemi de aynı mantığı izlemektedir. Yani, "ilk darbe"yi kimin vuracağı üzerine oynanmakta olan bu poker oyunuyla, ağızlardan düşürülmeyen "önleyici etki" giderek azalmaktadır.

Burada şu noktayı açıkça belirtmek gerekiyor: DKP'nin yapmakta olduğu gibi, Sovyetler Birliği'nin çılgın silahlanma politikasını Amerikan tehdidine dayandırmak ve Sovyet politikasının aslında barışsever olduğunu iddia etmek tamamen yanlıştır. Bugün oynanmakta olan oyun, iki emperyalist blokun karşılıklı silahlanma yarışıdır. Bu, dünya sultanlığını, hammadde kaynaklarını ve sürüm pazarlarını kimin ele geçireceğine karar verecek olan bir savaşın hazırlıklarıdır. Federal Cumhuriyet'te aynı amaçla bu oyuna katılmakta ve kendi payını garantilemeyi istemektedir. "Ruslar DDR'den çıkın!" talebi ve DDR'in Varşova Pakt'ından ayrılması yolunda mücadele, günümüzün acil görevlerindendir. Ve Partimiz, yurdumuzun doğusundaki çetin illegalite koşulları altında bu mücadeleyi sürdürmektedir.

Tüm bunlardan ortaya çıkan ögreti, halkın, demokrat ve anti-militarist insanların ve yeni bir savaşı istemeyen herkesin, barış dâvasını bizzat kendi ellerine almaları gerektiğidir. Hükümet politikacılarına güvenmemeliyiz! Onlar bize daima ve daima yalan söylediler, hâlâ da yalanlarına devam ediyorlar ve kendilerini inanıp izlemeyi reddettiğimiz zaman da bizi tehdide kalkışıyorlar. Barış uğuruna verilen mücadele de sınıf mücadelesidir. Ve bu mücadele herhangibir zaman değil, derhal **bugün** verilmelidir-aksi taktirde işişten geçmiş olabilir.

Egemen sınıflar bu mücadeleden ölümden korkar gibi korkuyorlar. Bakalım göreceğiz, "Stern" dergisine karşı ne gibi yöntemlere başvuracaklar ve ne gibi tedbirler alacaklar. Tüm bunlar, egemen sınıfların duyduğu korkunun bir ifadesidir ve bizi ancak mücadeleye daha da teşvik eder. Öyleyse güncel sloganlarımızdan biri şu olmalıdır: "Pershing 2" ve "Cruise Missiles" atom roketlerinin topraklarımıza yerleştirilmesini önleyelim! Yerleştirme üssü olarak öngörülen yerlerde kitle eylemleri yapalım!

Bu yerler aşağıdadır:

PERSHING 2,
56. Saha Topçu Tugayı'nın **Neckarsulm, Schwäbisch-Gmünd ve Neu-Ulm'daki** üç taburuna teslim edilecek. Bu atom roketleri, 1985 yazına kadar eski roketlerin yerine yerleştirilmiş olacak.
CRUİSE MİSSİLES,
Batı Almanya'daki beş veya yedi Amerikan kampına ve Federal Ordu'ya ait olmayan hava alanlarına yerleştirilecek. Saptanan üç hava alanı şunlar: **Ramstein, Hahn ve Spangdahlem'deki Amerikan askerî hava alanları.**
Ayrıca, **Bremen**'deki Amerikan kampı dışında, Kuzey Ren Vestfalya'da **Brüggen ve Laarbruch'taki** İngiliz askerî hava alanları da bu iş için uygun görülüyor.

("BRD-grösstes Atomwaffenlager der Welt" RM/Nr.9, S.2)

HABERLER

Nazi faşistleri CDU gençlik örgütünde

OFFENBACH. — Nazi faşistleriyle CDU gençlik örgütü Jungen Union (Genç Birlik) arasındaki yakın akrabalık örneklerinden birine Rhein-Main bölgesinde rastlanmaktadır.

Offenbach şehrinde Jungen Union üyeleri arasında "Hitler selamı" (elini ileri doğru kaldırarak selam vermek) bir alışkanlık haline getirilmiş durumda. Politik olarak kendilerine karşı olanlara da Hitler dönemindeki gibi küfür etmektedirler. Bu faşistler; "kapa çeneni, fırına sürüleceksin" gibi laflar söyledikleri gibi, diğer uluslardan insanları da aşağılayarak, "bunların derisinden iyi bir dalgıç elbisesi yapılır" demektedirler.

Ayrıca, Hoffmann çetesiyle de ilişkiler kurmaktadırlar. 19 yaşındaki bir Jungen Union üyesinin "Hoffmann-Savunma Spor Grubu"nun antrenman çalışmalarına katıldığı bilinmektedir. Bu faşist, Jungen Union'dan hemfikir yandaşlarıyla beraber askeri elbiseler giyinip, Jungen Union'un toplantılarına gitmeyi bir alışkanlık haline getirmiştir.

30 000 bin işçi uyarı grevine gidecek

Metal sanayiinde çalışan kadın işçiler, bu yılki toplu iş sözleşmelerinde kadın işçilerin tabi tutulduğu ücret grubu 2'nin kaldırılması talebini hayata geçirmeye kararlı. Kuzey Almanya bölgesindeki IG Metal, kadın işçilerin bu talebinin ücret zammı taleplerinden kesinlikle ayrılmayacağını açıklamaktadır. Bu arada, özellikle de Kuzey Almanya bölgesinde bu talebin gerçekleşmesi için sayısız kitle eylemleri yapıldı. Bu ay içinde yeni eylemler planlanmış durumda.

IGM sendikasının 15 Ocak günü Neumünster Holsteinhalle'de yaptığı büyük toplantı fabrikalarda kadın ve erkek işçiler arasında büyük bir yankı buldu. Kapitalistlerin ücret grubu 2'nin kaldırılması talebi üzerine görüşmeyi kabul etmemeleri üzerine, Schleswig-Holstein Eyalet'nin bütün büyük şehirlerinde 5 Şubat günü kadın ve erkek işçiler işi bırakma eylemine gittiler. Saat 14 00'de Flensburg'da uyarı grevine katılan 1000 işçi düzenlenen yürüyüşe katıldı.

Kapitalistler, bu eylemlere katılan kadın ve erkek işçileri yıldırmak için çok yönlü tehditlere başvurdular. Bu tehditlerden birisi işçileri işten atmak idi. Buna rağmen işçilerin mücadelesini durduramadılar.

Mart ayı başlarında Kuzey Almanya'da metal sanayiinde çalışan 30 000 işçi 4 saatlik işi bırakma eylemine gidecek. Kiel şehrinde HDW, AEG, MaK, Anschütz ve Hagenuk fabrikalarında uyarı grevlerine gidilecek. Bu grevleri yürüyüşler ve mitingler takip

Sendikal faaliyetlerinden dolayı işten atıldılar

STUTTGART. — Druckzentrum yayınevi patronları, sendikal faaliyetlerinden ötürü iki sendikacıyı işten atmak istemektedirler. Jürgen Michels ve Peter Rapke arkadaşlar, Stuttgart'taki Druckzentrum firmasında çalışanların bir bölümünün ücretlerinin düşürülmesine karşı yapılan protestoları aktif bir biçimde desteklemişlerdi.

1976 yılında Stuttgart'taki Druckzentrum firmasına yeni tipte elekronik dizgi makinalarının yerleştirilmesiyle, işyeri yönetimiyle işyeri işçi temsilciliği arasında bir işyeri anlaşması imzalanmıştı. Bu anlaşmaya göre, elektronik dizgi makinalarında çalışanlar, makina dizgisinde çalışan işçiler gibi ücret alacaklardı. 1978 yılında basın sanayiinde uzun süreli bir grev yapıldı. Grev "Rastertarifvertrag" denilen bir toplu sözleşmeyle sona erdi. Bu toplu sözleşme, yeni teknikten etkilenen hizmetlileri kapsamaktaydı. Ama, Stuttgart Druckzentrum'da imzalanan işyeri anlaşması, bu toplu sözleşmeden daha iyi sonuçlar getirmişti.

Yayınevi patronları, geçen yılın sonlarına doğru Druckzentrum'da çalışan emekçilerin bir bölümünden, işyeri anlaşmasının getirdiği yararları alma girişiminde bulundular. İşyerinde çalışan 100 arkadaşa gönderilen mektupta, sigortalarının değiştirildiğini ve hizmetli olarak Federal Sigorta Kurumuna kaydedildikleri bildirildi. Patronlar, 52 arkadaşın ücretlerini de "Raster toplu sözleşmesi"ne göre yeniden ayarlayarak düşürdüler. Bu değişikliklerle ilgili olarak, ne işyeri işçi temsilciliğine ne de bu uygulamadan etkilenenlerin onayına başvurulmuştu.

Bunun üzerine, Stuttgart'ta yayınlana IG Druck dergisi "Stuttgarter Solidarität"te, yayınevi patronlarının yaptıklarını teşhir eden bir yazı yayınlandı. Yazının yayınlanmasından sonra patronlar karşı saldırıya geçtiler: İşyeri işçi temsilcisi ve aynı zamanda "Stuttgarter Solidarität"in basın sorumlusu Jürgen Michels için işyeri işçi temsilciliğine işten atılma dilekçesi verildi.

"Stuttgarter Solidarität" dergisini işyerinde dağıttığından ötürü Peter Rapke arkadaş da işten atıldı.

IG Druck sendikası, işletme içinde ve dışında sendikal faaliyetlere yapılan bu saldırıya boyun eğmemektedir. İşyeri işçi temsilciliği tabii ki Jürgen Michels'in işten atılmasını onaylamayacaktır. Peter Rapke arkadaşın da işten atılmasına karşı sendika itirazda bulundu. IG Druck ve işyeri işçi temsilciliği, 52 arkadaşın ücretlerinin düşürülmesine karşı çıkacak.

Darbe girişiminden sonra İspanya!

Askeri darbe kendi başına bir eylem değildi

MADRİD. — Herkes, İspanyol parlamentosuna yapılan baskını yöneten albay Tejero'nun bir "deli" olduğunu söylüyor. Başarısız sonucundan sonra, yalnızca İspanya'da değil batı ülkelerinde de bu darbe girişimi birkaç iflâh olmaz unsurun yaptığı kendi başına bir eylem olarak açıklanmaya çılışılıyor.

Bu cevreler hepbir ağızdan Juan Carlos'u günün kahramanı ilân ediyorlar. Bu adamın böylesine hararetle alkışlanan kahramanlığı nedir acaba? Yaptığı şey, general üniformasını giyerek televizyon kameraları önüne çıkmak ve darbeyi onaylamadığını açıklamaktan ibarettir. Demek bu, kahraman ilân edilmeye yetiyor. Bu soğukkanlı "demokrasi kurtarıcısı"na tutulan alkış ne kadar gürültülü olursa, sorulabilecek tatsız soruları araya kaynatmak ta o kadar kolay olacaktır elbette. İşte Juan Carlos'u bunca şamatayla günün kahramanı ilân etmekle esas olarak sağlanmak istenen de budur.

Kral, darbeyi suçlamak için neden altı saat bekledi? Darbenin başarısızlığa uğramasından hemen sonra, Valencia askerî kumandanı Milans del Bosch dışında tek general olarak neden ordu kumandan vekili Armada açıkça darbeye katılmış olmak gerekçesiyle görevinden alındı? Armada, Kral'ın askerî danışmanıydı ve en yakın çevresinde yer alıyordu. Juan Carlos, silahlı kuvvetler başkumandanı olarak "demokrasinin kurtarılması"na neden daha önce katkıda bulunmadı, neden ordunun ve Guardia Civil'in hiç zaman kaybedilmeksizin Bosch veya Tejero gibi unsurlardan temizlenmesini daha önce sağlamadı?

Subaylar kadrosunun büyük bölümünün fanatik faşistlerden oluştuğu, İspanya'da bir sır değil, bunu herkes biliyor. Üstelik bu adamların kendileri de, taşıdıkları niyetleri fazla gizlemediler. Darbe sırasında tanklarını göreve süren general Bosch, daha 1979 yılının Ekim ayında açıkça şöyle diyordu: "Yasaların, polis önlemlerinin ve yargı organının yetersiz oldukları koşullarda ordu elbette müdahale edecektir". Bizzat burjuva basının verilerine göre ordu kışlalarının en gözde gazetesi olan faşist "El Alcazar" gazetesi, son aylarda orduyu darbe yapmaya çağırdı durdu. Bu çağrıları kaleme alanlar, örneğin eski savaş bakanı general Mendevil gibi önde gelen subaylardı. Ve tüm bunlar, saklı gizli değil, Kral'ın da, Hükümet'inde gözleri önünde tamamen açıktan açığa yapılıyordu. Ama buna karşın hiçbir önlem alındığı yoktu. Hatta öyle ki, albay Tejero bundan iki yıl önce de diğer yüksek subaylarla birlikte bir darbe (Monclona Sarayı'nın işgalini ve hükümet üyelerinin tutuklanmasını içeren "Galaxis Planı") hazırlamıştı da, kendine hiçbir şey yapılmadı, önce gülünç bir şekilde topu topu altı ay hapse mahkum edildi, ama hemen ardından salınıverildi, bununla da yetinilmeyip Guardia Civil'in kumandanlığına terfi ettirildi.

Buna karşın, askerî adalet tüm sertliğiyle, demokratik hevesler taşıdıkları belli olan subayların üstüne gitti. Örneğin kısa zaman önce, ordu bünyesindeki faşistlerden yakınan bir okuyucu mektubu yazdığı gerekçesiyle albay Graino gözaltına alındı. "Union Democratica Militar"dan dokuz subay, 1976 Mart ayında, Madrid askerî mahkesince "ayaklanma amacıyla komplo kurmak" gerekçesiye yedişer yıl hapse mahkum edildiler. "Şuçları" şuydu: Generalleri, Franco ile işbirliği yapmış oldukları için eleştirmişlerdi. İşte "kurtarıcı" Juan Carlos'un emrindeki ordu içinde durum budur.

Polis kurumu içinde de durum bunun aynı. Toplam 9000 polis müfettişinden 7000'i faşist polis sendikasında örgütlü. "Roter Morgen"ın son sayısında da anlattığımız gibi, politik tutuklulara polis karakollarında sistemli olarak işkence yapılmakta. İşkence altında ölen Jose Arregui olayına çok geniş bir tepki uyanıp ta kaçınılmaz olarak işkenceci katillerden birkaçını tutuklamak gerekince, polis yönetimi açık isyana kalktı. En yüksek polis görevlileri meydan okur biçimde istifalarını verdiler. Niyetleri, tüm ülkede bir istifa dalgası uyandırmaktı ve bunu başardılar da. Darbeden önceki hafta içinde İspanyol gazeteleri, tüm vilayetlerde polis yöneticilerinin görevlerinden istifa etmekte oldukları haberini veriyordu.

Bir ETA Militanının Madrid'de işkence sonucu katledilmesinden sonra, Bask bölgesinde işçiler genel greve gitmişti. Ayrıca bütün Bask bölgesinde protesto eylemleri yapıldı ve çok sayıda otobüs tahrip edildi.

Bu ayaklanma, general Mendevil ve diğerlerinin orduya yapmakta olduğu darbe çağrıları; tüm bunlar, darbenin açık ön belirtileriydiler. Ve nitekim bu belirtilerden birkaç gün sonra da darbe girişimi sahnelendi.



Faşist Albay Tejero ve tayfası İsyanya parlamentosunda darbe sinyallerini verirken.

Ama faşist ordu ve faşist polis aygıtı içinde temizlik yapma yönünde bu yıllara kadar en ufak bir çaba göstermemiş olan Madrid Hükümeti bu açık darbe belirtilerine de aldırmadı. Aslında bunda pek şaşılacak birşey yok. Çünkü hükümet partisi olan UCD'nin yönetici kadrolarının hemen hepsi, politik kariyerlerine kanlı Franco diktatörlüğünün elemanları olarak başlamış kişilerdir.

Bu kişilerin tek niyetleri, oynadıkları demokrasicilik oyunu başarısızlığa uğrayıp ta İspanyol oligarşisinin egemenliği ciddi olarak tehlikeye düştüğü taktirde halka karşı kullanılmak üzere faşist şiddet aygıtının korunmasıdır. Yapılan darbe girişimi işte bu çerçeve içinde yorumlanmalıdır. Bu darbe girişiminin kendi başına bir eylem olmadığı çok yakında iyice ortaya çıkacaktır (ama hiç kuşkusuz, Hükümet ve Ordu, bu darbenin gerçek boyutlarını gözlerden gizlemek için elinden gelen her şeyi yapacaktır). Daha bugünden açıkça bilinen, Tejero'nun eyleminin uzun hazırlıklara dayandığı ve bir çok yüksek rütbeli askerin de onayını almış bir girişim olduğudur. Tejero ve adamlarının Parlamentoya baskın yapmalarından önce yalnız Valencia'da değil diğer askerî bölgelerde de kumandanlarca sokağa çıkma yasağı konulmuş olması, bunun açık kanıtlarından biridir.

Darbe planının aşamaları, ordu kadrolarının çoğunluğunun değilse bile büyük bir kısmının bu plana dahil edilmiş olduğunu gösteriyor. Bu aşamalar şöyle: 1. Parlamento'nun Tejero ve Guardia Civil tarafından basılması. 2. Askerî bölge Valencia'da general Bosch'un iktidarı devralması. 3. En modern donatıma sahip tank tümeni "Brunete"in Madrid üzerine yürümesi. 4. General Armada'nın askerî cunta şefi ilân edilmesi. 5. Darbeye karşı direnmeleri mümkün olan ordu birliklerinin bastırılması.

Bu planın neden tam da 3. aşama sırasında başarısızlığa uğramış olduğu henuz açık değil. Böyle bir girişiminin zamanlanması konusunda egemen sınıflar içindeki çelişki, bu darbenin akamete uğramasında rol oynamış olabilir. Yine de, bu başarısız girişimden bile İspanyol oligarşisi bazı politik kazançlar sağladı. Darbeden hemen sonra, reformist güçler aşırı gerici UCD'ye daha da yanaştılar. Sosyal demokrat Partinin Şefi Gonzales, hükümete katılmamak konusunda sürdürdüğü dirençten vazgeçti ve UCD ile bir koalisyon oluşturmaya hazır olduğunu ilân etti. Avrupa revizyonizmi çizgisindeki partinin patronu Carillo da ondan aşağı kalmak istemedi: Partisinin yeni hükümete "parlamenter destek" göstereceğini açıkladı.

Reformistler hükümete destek konusunda yarışadursunlar, yeni hükümet Başkanı Calvo Sotelo (UCD) sosyal demokratların hükümete katılımını reddetti. Hele yeni hükümet şefinin ilk resmi açıklaması birinci sınıf bir provokasyondu: Ordu içinde, diyordu Sotelo, temizliğe gidilmeyecek.

Bu demek oluyor ki, faşist generaller huzur içinde bundan sonraki darbelerini hazırlamaya koyulabilirler artık.

("Der Putsch war keine isolierte Aktion" RM/Nr. 10, S. 11)

1981 yılı işyeri işçi temsilciliği seçimleri:

SEÇİMLERDEKİ EN ÖNEMLİ HUKUKİ KURALLAR

2. BÖLÜM

Yazımızın bir önceki bölümünde işyeri işçi temsilciliğinin önemine değindikten sonra, seçim kurulu (Wahlvorstand), seçim duyurusu (Wahlausschreiben) ve seçmenler listesini (Wählerliste) açıklamıştık. Yazımızın bu bölümünde ise, ortak seçim (gemeinsame Wahl) ve grup seçimini (Gruppenwahl), çoğunluk seçimi (Mehrheitswahl) ve liste seçimini (Listenwahl) açıklayacağız.

Ortak seçim ve Grupsal seçim

Memurların ve işçilerin temsilcilerinin, işyeri işçi temsilciliği içinde oransal olarak yeralmaları gerekir. Burada kural, işçilerin ve memurların kendi temsilcilerini birbirinden ayrılmış seçim süreçleri içinde seçmeleridir. Bu nedenle, ortak seçim için önce kesin karar gerekir. Ortak seçimin yürütülmesi için gerekli olan şey, gerek işçi çoğunluğunun gerekse memur çoğunluğunun birbirinden ayrı ve gizli olarak yapılan seçim işleminde ortak seçim istemiş olmalarıdır. Bu gruplardan birinin çoğunluğunun buna karşı olması halinde, o işyerinde çalışanların çoğunluğu ortak seçimi istemiş olsa bile, ortak seçim reddedilmiş sayılır.

Biz genel olarak ortak seçimi savunuyoruz. Bunun birinci nedeni, işçilerle küçük ve orta memurlar arasında birliği pekiştirmeye yönelik ilkesel bir neden. Bunun yanısıra, ortak seçim bizler için taktik yararlar da sağlıyor. Ayrı ayrı yapılan grupsal seçimde, işçiler yalnızca işçiler için adaylığa önerilenleri seçebilirler, memurlar da yalnızca memurlar için önerilenleri. Yani bu yönteme göre iki ayrı aday teklif listesi hazırlanamız gerekiyor. Oysa çoğunluk işyerinde bunu yapabilecek durumda değiliz. Kural olarak, memurlar için liste çıkaramıyoruz. Ortak seçimde ise, herkes önerileni seçebilir. Ama ayrılmış seçim de, gerek bir memur, işçilerin aday listesinden aday olabilir ve gerekse bir işçi, memurların listesinden. Yani işçiler için düzenlenmiş bir RGO listesinde pekâlâ bir memur yoldaş ta aday olarak yeralabilir.

Ortak seçimin benimsenip benimsenmediğine karar verecek olan seçim, seçim duyuru genelgesinden ve seçim komitesinin saptanmasından önce de hazırlanabilir, seçim duyuru genelgesinden sonra da. Ortak seçim kararı seçim duyuru genelgesinden önce alınmışsa, grupsal seçim için seçim kuruluna verilmiş olan listeler geçerliliklerini yitirirler. Ortak seçim için yeniden listeler hazırlanır. Bu durumda listelerin seçim kuruluna iletilmesi için tanınan sürenin de uzatılması gerekir.

Çoğunluk seçimi ve Liste seçimi

Her bir grup için veya ortak seçimde tüm seçmenler için yalnızca tek bir aday listesi varsa, bu taktirde çoğunluk seçimi ilkesi geçerlidir. Çoğunluk oylarını toplayan adaylar seçimi kazanmış olurlar. Her arkadaşın oy sayısı, kendi grubu için işçi temsilcilerinin, veya ortak seçimde, toplu olarak işçi temsilcilerinin seçileceği kadardır. Her arkadaş liste üzerinde bundan daha az sayıda adayı işaretleyebilir, ama daha çok sayıda adayı işaretleyemez.

Eğer birden çok aday teklif listeleri varsa, bu taktirde tek bir adaylar değil, ancak listelerden biri seçilebilir. Yani bu durumda her arkadaş tek bir oya sahiptir. Seçim sonucu, en yüksek rakam işlemi denilen karmaşık bir sayım yöntemine göre belirlenir. Her listeye düşen oylar sayısı sırayla 1, 2, 3, 4'e vs. bölünür. Örneğin 10 işyeri işçi temsilcisi seçilecekse, ortaya çıkan en yüksek on rakkamdan her biri için, bu rakkamın ait olduğu listeden bir aday, temsilciliğe seçilmiş olur. Genellikle bu, belli bir oy yüzdesinin, işçi temsilciliğindeki aynı yüzdeye tekâbül etmesi sonucunu verir. Liste seçiminde önemli olan, adayların sevilen veya tanınan kişiler olmasının değil, adayların listedeki yerlerinin karar verici olmasıdır. İlk en yüksek rakkamla, listedeki sırada ilk yeri alan aday seçilmiş olur, ikincisi en yüksek rakkamla, listedeki sırada ikinci yeri alan aday vs.